Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 72. | Dresden, Mittwoch den 27. März 1912. | 23. Jahrg.

Parteien und deren Rechte.

In dem neuen Reichstag sind Meinungsverschiedenheiten entstanden über die Zusammensetzung einer Partei und über die Rechte, die ihr bei Erledigung der Geschäfte des Hauses zustehen. Da die Regelung dieser etwas verwickelten Frage nicht ohne Bedeutung für den Verlauf der Geschäfte sein wird, ist es notwendig, Klarheit darüber zu schaffen.

Daß eine Partei, oder wie der Ausdruck im Reichstage auch lautet, eine Fraktion eine Arbeitsgemeinschaft der auf gemeinschaftlicher politischer Grundlage stehenden und um ein gemeinsames Programm verbundenen Abgeordneten sein soll, darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit. Es hatte sich auch allmählich der allgemein anerkannte Gebrauch herausgebildet, daß die Fraktionen oder Parteien gemäß ihrer Stärke Anspruch auf Vertretung in den Ausschüssen verschiedenster Art haben müssen. Ferner wird auch das nicht bestritten, daß bei der Zumessung dieser Vertretungen eine Grenze nach unten gezogen werden muß. Als maßgebend dafür hat sich nun seit längerer Zeit die Uebung eingebürgert, daß eine Partei oder Fraktion über mindestens 15 Mitglieder verfügen müsse, um überhaupt auf Berücksichtigung bei den Ausschußwahlen Anspruch erheben zu können, eine Regel, von der nur selten abgewichen worden ist. Auch für die Vertretung im Seniorenkonvent oder Aeltestenrat war diese Vorbedingung erforderlich. Dieser Aeltestenrat besteht aus Vertrauensmännern der Fraktionen, deren Aufgabe es ist, in Gemeinschaft mit dem Präsidenten eine Verständigung über die geschäftlichen Dispositionen des Reichstags herbeizuführen.

Die kleineren Gruppen des Reichstags, die es nicht zu der Zahl von 15 Mitgliedern bringen konnten, ebenso einzelne Mitglieder des Hauses, die sich weder einer vollzähligen Fraktion noch auch einer kleineren Gruppe anschließen wollten, sind nun jetzt vielfach zu ihnen nahestehenden Fraktionen in eine losere Verbindung getreten, um auf diese Weise einen Einfluß auf die Bildung der Ausschüsse zu erhalten. Während früher die Fraktionen nur in der Stärke ihrer ordentlichen Mitglieder und der ihnen gleichberechtigten Hospitanten bei der Bildung der Ausschüsse in Anrechnung gebracht wurden, ließen sich einzelne Mitglieder oder ganze Gruppen nunmehr der Fraktion „zuzählen", wie der technische Ausdruck lautet.

Die freikonservative Partei, die im vorigen Reichstage noch 25 Mitglieder stark war, ist bei den Neuwahlen auf 13 Mitglieder, die Hospitanten eingeschlossen, zusammengeschrumpft. Die freikonservative oder Reichspartei versuchte einige Leute zu überreden, daß sie sich der freikonservativen Partei „zuzählen" lassen möchten. Nach zweimonatiger Werbearbeit hat sie damit schließlich bei dem Grafen Posadowsky und bei dem Amtsrichter Warmuth aus Landshut i. Schl. Erfolg gehabt. Beide Herren erklärten, sich der Reichspartei zuzählen lassen zu wollen, machten aber noch ausdrücklich den Vorbehalt, daß sie unter keinen Umständen dadurch ihre völlig unabhängige Stellung im Reichstage aufgeben wollten. Auf Grund dieser Zuzählung erhob nun die Reichspartei den Anspruch, als vollgültige Fraktion bei Besetzung der Kommissionen und des Seniorenkonvents anerkannt zu werden. Der Unterschied zwischen diesem Verfahren der Reichspartei und den sonstigen Zuzählereien ist der, daß in den anderen Fällen die Fraktionen sowieso gemäß ihrer natürlichen Stärke Anspruch auf eine Vertretung bei der Besetzung der Kommissionen gehabt hätten. Ihre Vertreterzahl konnte deshalb durch die Zuzählung nur erhöht werden. Die Reichspartei will dagegen durch das Mittel der Zuzählung überhaupt erst das Anrecht auf Vertretung in den Kommissionen erhalten.

Gegen dieses Ansinnen wurde nun zunächst im Seniorenkonvent Widerspruch erhoben. Es ist das auch sehr begreiflich, da bei den unsicheren Mehrheitsverhältnissen im Reichstage selbst eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses in den Kommissionen durch die Anerkennung der Reichspartei ein Widerspruch zu den Kräfteverhältnissen im Reichstage herbeigeführt werden könnte. Gegenwärtig könnten nämlich in der Budgetkommission die Sozialdemokratie mit 8 Stimmen, die Fortschrittspartei mit 3 Stimmen und die nationalliberale Partei mit 4 Stimmen zusammen eine Mehrheit bilden in irgendeiner Frage gegenüber den 13 Stimmen der Rechten. Würde, um der Reichspartei eine Stimme zu verschaffen, einer jener drei Fraktionen eine Stimme weggenommen werden, so würde damit eine mögliche Linkenmehrheit vereitelt werden.

Zu diesem Bedenken kommt, daß die Zuzählerei auch noch mit anderen Nachteilen für die ordnungsgemäße Geschäftsführung verknüpft ist. Die nämlichen Gruppen und Gruppchen, die sich anderen Fraktionen zum Zweck der Kommissionsbesetzung zuzählen ließen, haben sich bei der Festsetzung der Rednerliste keinerlei Beschränkungen auferlegt, sondern das Anrecht einer vollen Fraktion geltend gemacht. Es ist nämlich ein Brauch des Reichstags, daß bei allen größeren Debatten die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke das Wort erhalten. Diese Regel wird nicht bloß bei der ersten Serie der Redner, sondern auch bei der zweiten oder dritten befolgt, so daß z. B. eine große Fraktion, wie die sozialdemokratische, nicht öfter zum Wort kommt als alle kleineren. Während früher nun die Mitglieder aller kleineren Gruppen bei der Rednerverteilung zusammen nur den nämlichen Anspruch hatten wie eine der vollzähligen Fraktionen, haben in diesem Reichstage auch die kleinsten Gruppen das Recht geltend gemacht, einen Redner in jeder Serie zu stellen. So kam in der Generaldebatte zum Etat in der ersten Serie außer der konservativen Partei auch noch ein dieser Partei zugezählter Christlichsozialer und ein Antisemit zum Wort. Außerdem trat auch noch der Herr Graf v. Posadowsky als selbständige Fraktion in der Reihenfolge der Redner auf, trotzdem noch ein Vertreter der freikonservativen Partei zum Wort gekommen war, der der Herr Graf sich nunmehr zuzählen lassen will. Diese Praxis ist auch bei anderen Gelegenheiten beobachtet worden und dadurch wird zweifellos der Anspruch der großen Parteien, ausgiebig zum Wort zu kommen, in unbilliger Weise verkürzt.

Mit dieser Frage hatte sich auch die Geschäftsordnungskommission zu befassen, da vom Seniorenkonvent an ihre Entscheidung appelliert war. Die Kommission hat sich damit begnügt, das Prinzip aufzustellen, daß für die Anerkennung einer Reichstagsgruppe als vollgültige Partei mit allen daraus resultierenden Rechten die Zahl von 15 Mitgliedern erforderlich sein solle. Die spätere Ausgestaltung dieser Regel ist der Reform der gesamten Geschäftsordnung vorbehalten. Macht aber der Seniorenkonvent, was wohl zu erwarten ist, sich die Auffassung der Geschäftsordnungskommission zu eigen, so ist damit der Versuch der Reichspartei, sich durch „Zuzählung" Fraktionsrechte zu verschaffen, vorläufig vereitelt.

Albert Träger.

Albert Träger, der Senior der deutschen Parlamente ist gestorben. Der Zweiundachtzigjährige leitete noch jüngst als Alterspräsident des neuen Reichstags erste Sitzungen. Er vollzog diese Aufgabe mit noch frischem Geist und mit jener milden Würde, die stets von ihm ausgegangen ist. Noch vor Wochenfrist weilte er im Reichstage, man sah, daß ihn allgemach die Müdigkeit des Alters übermannte. Sanft ist er nun entschlummert.

Albert Träger ist am 12. Juni 1830 in Augsburg geboren, er verbrachte aber seit den Knabenjahren sein Leben in Mitteldeutschland und seit 1891 in Berlin. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften und wurde Rechtsanwalt. Bereits in den sechziger Jahren trat er im politischen Leben hervor; er schloß sich den linken Reihen des Liberalismus an. Schon damals bekundete er die Ehrenhaftigkeit des von jeder Streberei freien Charakters, da er im Jahre 1869 die Bekanntschaft mit dem Sozialdemokraten Bebel in Leipzig suchte. Er blieb mit unserm Bebel stets bei aller politischen Gegnerschaft auf persönlich freundschaftlichem Fuße. Seit 1874 hat Träger fast ununterbrochen dem Reichstage angehört, seit 1879 dem preußischen Landtage. Zuletzt vertrat er im Reichstage den Wahlkreis Jever im Oldenburgischen und im Landtage den Wahlkreis Berlin I.

Träger war nicht eigentlich ein Führer im politischen Streit, wohl aber ein aufrechter und aufrichtiger Politiker. Er ließ sich nicht durch Aussicht auf Regierungsgunst verlocken, er blieb dem Zuge seiner Seele treu, die ihn zu volkstümlicher Politik trieb. Er war daher auch ein Mahner seiner Partei, als diese sich auf die Irrwege der Bülowschen Politik begab. Sein Wort von der Paarung des Kaninchens mit dem Karpfen ist ja das charakteristischste Spottwort jener konservativ-liberalen Flitterzeiten geworden.

Wenn Albert Träger im Parlament sprach, so wurde ihm von allen gern zugehört. Sein guter Humor machte selbst trockene Angelegenheiten lebendig und seine liebenswürdigen Formen nahm der Polemik den Stachel. Er war überall ein gern gesehener Mensch, nicht zum wenigsten auch — bei den Damen, denen er viele seiner schlichten Gedichte und seiner Festtoaste gewidmet hat.

Auch wir Sozialdemokraten stehen voll Anerkennung an der Bahre dieses braven Mannes, der gewiß nicht unsere Ideale teilte, aber uns stets Achtung und Gerechtigkeit widerfahren ließ. So hat auch unser Bebel, als Träger den 80. Geburtstag beging, ihm einen sehr freundschaftlichen Artikel gewidmet, in dem er sagt: „Und wir Sozialdemokraten ehren in ihm einen Gegner, der in all den Kämpfen, die wir seit Jahrzehnten nicht zuletzt auch gegen seine Partei führen, stets sich als Gentleman benahm, dem nie ein beleidigendes Wort oder eine ungerechtfertigte Anklage über die Lippen kam."

* * *

Wie verlautet, soll an Stelle des Verstorbenen im Wahlkreis Jever seitens der Fortschrittlichen Volkspartei der bei den letzten Wahlen in Nordhausen unterlegene Herr Wiemer aufgestellt werden und im Berliner Landtagswahlkreis Fr. Naumann. Für unsere Partei kandidiert in Jever wieder Genosse Hug in Gami.

Russische Heilige.

Seit längerer Zeit leidet Rußland unter dem Treiben eines Mannes, dessen Gebaren geradezu sprichwörtlich ist. Das Treiben Gregor Rasputins kennt in Rußland so ziemlich jeder, und von Mund zu Mund erzählt man sich die wildesten Geschichten über die Taten des Mannes bei Hofe. Geschichten, wie sie nur wenige Höfe im Mittelalter aufzuweisen hatten. Gregor Rasputin ist ein allmächtiger Günstling, aber nicht einmal die reaktionäre Gesinnung war es, die ihm diese Macht verschafft hat. Ein ganz anderes Kapitel, ein Kapitel aus der Sexualgeschichte, hat diesen unbedeutenden Menschen, diesen Analphabeten zum Gebieter Rußlands gemacht. Noch vor kurzem war er ein einfacher Bauer, dann begann er in Frömmigkeit zu machen und erwarb sich bald ganze Scharen von Verehrerinnen, die ihm auch ansehnliche Geschenke gewährten. Es war von Anfang an charakteristisch für das Treiben des neuen Heiligen, daß ihm viele Weiber nachliefen. Bald war der „Ruhm" Rasputins bis an den Hof gedrungen, und das ungeschlachte Bäuerlein wurde nach Zarskoje Selo geladen, um von da an ein ständiger Gast bei Hofe zu werden. Für das höfische Leben und das Treiben des Klerikalismus setzte damit so etwas wie eine neue Aera ein.

Die russische orthodoxe Kirche hat ja überhaupt noch nie einen solchen Einfluß auf die Staatsgewalt ausgeübt und zugleich noch nie einen solchen moralischen Tiefstand, einen solchen Grad der Zersetzung und Korruption erreicht, wie unter der „glorreichen" Regierung Nikolaus' II. Stets ein Instrument der Volksunterdrückung und der Volksverdummung, hat sich die russische Geistlichkeit in den Jahren der Gegenrevolution als die wichtigste Bundesgenossin der junkerlichen Reaktion gezeigt, als deren Sachwalterin sie sich an die Spitze der „schwarzen Hundertschaften", der Pogromorganisationen der Regierung stellte, das Volk durch eine unerhörte Hetze fanatisierte und alle Scheußlichkeiten des Galgenregimes sanktionierte. Mit derselben Bereitwilligkeit, mit der sie die unschuldigen Opfer der Zarenregierung an den Galgen geleitete, segnete sie die Banner der „echtrussischen" Pogromorganisationen, verbündete sie sich offen mit der Polizei und den Gendarmen, stürzte sie sich bei den Dumawahlen in die Agitation zugunsten der Regierungsparteien, und trat sie in der Duma des Staatsstreichs als die tatkräftigste Befürworterin der volksfeindlichen, chauvinistischen Politik der Regierung auf. Die vereinzelten aufrechten Männer unter der Geistlichkeit wurden ihres Amtes entsetzt oder verbannt, und die Herrschaft über die orthodoxe Kirche geriet immer mehr in die Hände rücksichtsloser Streber, die im Priesterrock die Funktionen der geistlichen Polizei der Regierung ausübten. Der Lohn für diese Judasrolle der russischen Geistlichkeit blieb natürlich nicht aus. Die Regierung im Verein mit der dritten Duma bewilligte für das geistliche Ressort jährlich immer größere Kredite und verstärkte seinen Einfluß auf die gesamte Verwaltung. Der Etat des geistlichen Ressorts beläuft sich gegenwärtig auf 48 Millionen Rubel; der Besitz der Kirchen und Klöster, der bereits in den 90er Jahren nach amtlichen Angaben einen Wert von 116 Millionen Rubel repräsentiert hat, steigt infolge reicher Zuwendungen mit jedem Jahre; der Einfluß der Geistlichkeit auf die Schule, die Presse, die innere Verwaltung wird von der Zentralregierung auf jede Weise verstärkt. Andrerseits zeigt es sich allerdings, daß die breiten Schichten der Bevölkerung sich infolge dieser Evolution der Geistlichkeit immer mehr von der orthodoxen Kirche abwenden, zu verschiedenen Sekten übergehen und die offiziellen Vertreter des Christentums auf dieselbe Stufe stellen, wie die besoldeten Agenten des Staates — die Verwaltungsbeamten, die Polizisten, die Lockspitzel der Regierung. Eine tiefe Irreligiosität, verbunden mit einem heftigen Abscheu vor den Vertretern der Staatskirche, bringt in das Volk ein, das jetzt erst seiner geistigen Emanzipation entgegengeht. Die Früchte dieser kirchenfeindlichen Bewegung dürften sich schon bald zeigen, vorläufig aber beherrscht der kriegerische Klerikalismus das Feld, der, vielleicht in Voraussicht der nahenden Kämpfe, das zerschlissene Mäntelchen des offiziellen Christentums selbst von sich wirft, im Bunde mit den brutalsten Gewalten des Polizeistaates gegen die „Zweifler" und „Ungläubigen" ins Feld zieht und im übrigen nur das eine Ziel verfolgt — den geistigen Aufstieg des Volkes durch eine wütende Rassenhetze, durch das Aufpeitschen der niedrigsten Instinkte der rückständigen Elemente des Volkes niederzuhalten.

Zu diesem hier geschilderten Bild gehört das wüste Bacchanal, das seit einigen Jahren unter der Mitwirkung einzelner Geistlicher und „Wundertäter" am Zarenhofe stattfindet. Zar Nikolaus II. hat stets verschiedene Abenteurer, „Propheten", „Wahrsager" zu sich herangezogen und sie zu seinen Günstlingen gemacht. Dieser Hang zum Mystischen paart sich bei ihm, der so viel auf dem Gewissen hat, mit einem krankhaften Streben nach geistlichen „Offenbarungen", und so kam es denn, daß die widerlichsten Elemente der Geistlichkeit, Streber, Abenteurer, Betrüger sich an den Zaren heranbrängten. Dieses bacchantisch-mystische Treiben hat unter dem „Wundermönch" Rasputin einen solchen Charakter angenommen, daß streng monarchisch gesinnte Kreise gegen den „holsteinischen Degenerierten" — wie ein echtrussischer Abgeordneter den Zaren genannt hat — zu revoltieren beginnen. Rasputin, der ungebildete Bauer aus einem sibirischen Gouvernement, ist der erklärte Liebling der Kaiserin und der Günstling des Zaren, auf den er einen fast unbegrenzten Einfluß ausübt. Nebenbei veranstaltet er unter der Mitwirkung der Damen aus den höchsten Kreisen die wahnsinnigsten Orgien und nimmt mit der Kaiserin und anderen hysterischen Weibern aus der Hofgesellschaft „Wunderkuren" vor, die ob ihres offensichtlichen Erfolges den Glauben des schwachsinnigen Zaren an die „Heiligkeit" Rasputins noch mehr gefestigt haben. Bei der halb-orientalischen Despotie, die trotz allen europäischen Flickwerks im Staatswesen die Grundlage der russischen „Verfassung" bildet, ist es begreiflich, daß der Abenteurer Rasputin die einflußreichste Person im Staate geworden ist und die Minister wie Schulbuben abkanzelt. Stolypin brachte ihm Huldigungen dar, und Kokowzew wagt es nicht, seinen

Der Kampf um den Mindestlohn.

Der gewaltige Kampf, der sich gegenwärtig in England abspielt und in dessen Mittelpunkt die Frage steht, ob die Arbeiter künftig das Recht auf einen Mindestlohn haben sollen — dieser gewaltige Kampf hat nunmehr eine Verschärfung erfahren: Das Unterhaus hat gestern den Vorschlag der Arbeiterpartei, in die Bergarbeiterbill einen Mindestlohnsatz von 5 Schilling einzufügen, mit 326 gegen 88 Stimmen **abgelehnt.**

Der Kampf der Bergarbeiter wird also weiter gehen, da sich selbst bei Annahme der Mindestlohnbill in 3. Lesung die Unternehmer der verschiedensten Distrikte weigern werden, den geforderten Mindestlohn von 5 Schilling vertragsmäßig zu garantieren. Die Verantwortung für die weiteren Folgen dieses Kampfes, der Handel und Produktion des Landes lahm zu legen droht, hat diese bürgerliche Parlamentsmehrheit zu tragen, die in der Festsetzung eines Mindestlohnes schon den Anfang vom Ende des Kapitalistenprofits wittert.

Ueber die Unterhausverhandlung, die zu der Ablehnung des Vorschlags der Arbeiterpartei führte, wird gemeldet:

London, 26. März. Die Beratung der Bill wurde vor überfülltem Hause wieder aufgenommen. Lynn, einer der Führer der Unionisten, beantragte Vertagung der Debatte, indem er auf die Schwierigkeit hinwies, die Bill zu erörtern, während die Konferenz außerhalb des Hauses noch fortgesetzt wurde. In diesem Augenblick kehrte Asquith von der Konferenz zurück und ergriff sofort das Wort. Er erklärte, die Regierung bleibe bei ihrem Beschluß, keine Zahlen in die Bill einzufügen. (Beifall.) Er glaube nicht, daß ein Minimallohn von 5 Schilling für den Tag unvernünftig sei. Es sei jedoch besser, wenn der Lohn in jedem Distrikt gesondert festgesetzt würde. Er habe beiden Parteien den Vorschlag gemacht, daß diese Frage gesondert behandelt werde, doch sei sein Vorschlag von keinem der beiden Teile angenommen worden. Die Regierung habe die Bill in der Hoffnung verschoben, daß, da man sich im wesentlichen so nahe gekommen sei, ein Uebereinkommen zwischen den beiden Parteien erreicht werden könne. Die Regierung habe mit Nachdruck und Ausdauer gearbeitet; er bekenne aber mit schwerer Enttäuschung, daß ihre Arbeiten bisher erfolglos gewesen seien. Er sage jetzt beiden Parteien, daß sie, wenn sie im allerletzten Augenblick nicht zu einem vernünftigen Uebereinkommen über einen Punkt von verhältnismäßig geringer Bedeutung gelangten, eine sehr schwere Verantwortung vor dem Lande auf sich nähmen würden. Die Regierung habe alles getan, was sie konnte, und habe den gesetzgeberischen Eingriff bis auf den letzten nur möglichen Augenblick hinausgeschoben. Was auch das Ergebnis der Verhandlungen der jetzt tagenden Konferenz sein werde, es sei dringend erforderlich, daß die Bill Gesetz werde. Wenn die Bill angenommen werde und wenn den Kreisern unter Tage ein angemessener Mindestlohn garantiert werde, der von einer unparteiischen Stelle bestimmt werde dann werde eine Fortsetzung des Streiks den dafür Verantwortlichen eine Verantwortlichkeit aufbürden, der sie sich schwer würden entledigen können. Die Regierung habe alles, was sie an Ueberredung, an Gründen und an Einfluß in der Verhandlung zur Verfügung habe, erschöpft und empfehle jetzt diese Bill dem Hause dringend, als die bestmögliche Lösung in dem großen Notstand.

Bonar Law sah seiner tiefgefühlten Sympathie mit Asquith Ausdruck und erklärte, er hoffe, daß die Bill die Krisis beenden werde und die Arbeiter unter den in der Bill enthaltenen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen würden. Aber wie wird sich die Lage gestalten, fragte er, wenn sie es nicht tun? Die Regierung hat sicherlich das Recht, den Mitgliedern des Bergarbeiterverbands vorzuhalten, daß sie nicht blos Verbandsmitglieder sind, sondern auch Staatsbürger. Wir verlassen uns darauf, daß sie dem Gesetz gehorchen werden, und wir erklären ferner: Wenn nicht die Gesellschaftsordnung in Stücke gehen soll, so müssen alle Hilfsmittel des Landes aufgeboten werden, um jeden, der dem Gesetze zu gehorchen wünscht, vor Belästigung zu schützen.

Ramsay Macdonald (Arbeiterpartei) erklärte, das Streben der Arbeiterpartei nach Frieden sei fortgesetzt behindert worden durch die Bergwerksbesitzer, deren Pflicht es jetzt sei, den Arbeitern entgegenzukommen und einem Abkommen zuzustimmen, das den Arbeiterführern ermögliche, die Streikenden anzuweisen, zur Arbeit zurückzukehren. Wenn sich die Bergwerksbesitzer dieser Pflicht entziehen, so würde die Verantwortung für jede hieraus entstehende Stockung der Arbeit auf ihnen lasten. (Beifall bei der Arbeiterpartei.)

Hierauf wurde **das Amendement der Arbeiterpartei abgelehnt.**

Der Protest der Arbeiterpartei.

London, 26. März. Die Arbeiterpartei beschloß zum Protest, daß das Unterhaus die Einführung der Mindestlohnsätze nicht annahm, **gegen die dritte Lesung der Mindestlohnbill zu stimmen.**

Deutsches Reich.

Zuckerkonvention und Postetat.

Die letzte Arbeitswoche vor den Osterferien hat begonnen, und es ist jetzt schon sicher, daß diese Tage noch ernste Anstrengungen für die Abgeordneten und für die Journalistentribüne bringen werden, wenn nämlich die Absicht durchgeführt werden soll, vor Ostern den ganzen Postetat und den Etat der Reichsdruckerei zu erledigen.

Die Beratung des Postetats, dessen Generaldebatte am Sonnabend mit der Rede des Genossen Zubeil begonnen hatte, wurde heute unterbrochen mit der dritten Lesung der Zuckerkonvention. Noch einmal versuchten die unentwegten Agrarier gegen diese — gewiß nicht allzu aufdringliche — Abmachung anzukämpfen. Seit dem Tage der ersten und zweiten Lesung sind ja auch die wenigen, die zu der geringfügigen Konzession bereit waren, von der Deutschen Tageszeitung in der geeigneten Weise scharf gemacht worden, und heute war die ganze konservative Fraktion mit samt dem Ueberbleibsel der seligen Reichspartei in der Opposition.

Die Konvention wurde gegen die Rechte angenommen, nachdem nahezu dieselbe Mehrheit den Antrag auf Kommissionsverweisung abgelehnt hatte.

Nach einigen Wahlprüfungen, die ohne Debatte mit Gültigkeitserklärung schließen, wird die Behandlung des Postetats wieder aufgenommen.

Der Postetat ruft indessen zunächst keine grundsätzliche Erörterung des Verkehrswesens und unserer Verkehrseinrichtungen hervor. Nur der erste Redner, der Zentrumsmann Duffner, möchte gern allgemeine Bemerkungen machen, die jedoch völlig mißlingen und zu allgemeinen Redensarten werden.

Im übrigen bezog sich die Debatte größtenteils auf die Besoldungsordnung. Herr Duffner verlangte die Beseitigung der Unstimmigkeiten, und der nationalliberale Abgeordnete Beck vertrat eine ähnliche Forderung, während der Staatssekretär an der Besoldungsordnung lieber nicht und an keinem Punkt rütteln lassen will. Auch der Konservative Pauli-Hagenow erklärte zwar eine Reihe von Wünschen für berechtigt, hält aber ihre Erfüllung für aussichtslos. Derselbe Herr, der ja vor der siegenden Sozialdemokratie aus dem Wahlkreis Potsdam geflüchtet ist, beklagte es bitter, daß Beamte einen sozialdemokratischen Abgeordneten zu ihrem Vertrauten machen können.

Der Fortschrittler Kiel trat für eine Reihe postalischer Verbesserungen ein und brachte auch ein sehr hübsches Material zur weiterzigen Auffassung der Portofreiheit, wie sie an manchen Fürstenhöfchen offenbar vorherrscht. Gegen die von alters her bekannten bakatsiischen Schikanierungen wandte sich der Pole von Chlapowski, ihm entgegnete der Reichsparteiler Gamp. — Im Laufe der Sitzung teilte Präsident Kaempf in bewegten Worten das Ableben des alten Träger mit, von dem er mit Recht sagen konnte, daß er im Hause wohl politische Gegner, aber keinen persönlichen Feind gehabt hat.

Die Bundesstaaten gegen den Reichskanzler.

Die Minister der Bundesstaaten werden indiskret. Einer nach dem andern steht auf und versichert, daß er nach wie vor prinzipieller Anhänger der Ausdehnung der Erbschaftssteuer sei, und daß er sich nur mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage bei der Ministerkonferenz vom 14. März für einen Verzicht auf die Wiedereinbringung im gegenwärtigen Moment ausgesprochen habe. Nach Sachsen, Württemberg und Bayern kommt jetzt Anhalt.

Diese Erklärungen werden Herrn v. Bethmann-Hollweg nicht gerade angenehm sein, denn er hatte in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung das prinzipielle Festhalten dieser Bundesstaaten an dem Gedanken der Erbschaftssteuer weise verschwiegen und nur die schließliche Ablehnung erwähnt. Der anhaltische Staatsminister Laue aber scheint darauf aus zu sein, dem Reichskanzler noch mehr Unbequemlichkeiten zu machen. So sagt er von der Aufhebung der Branntweinliebesgabe, daß diese bei der Besprechung in Berlin von einer norddeutschen Regierung mit angeführt sei. Eine bestimmte Stellungnahme zu dieser Anregung sei nicht erfolgt und habe nicht erfolgen können, da es sich bei der Zusammenkunft nur um einen allgemeinen Meinungsaustausch gehandelt habe. Nach den offiziösen Mitteilungen, die der Reichskanzler in die Oeffentlichkeit hat gelangen lassen, sieht es so aus, als ob die Beseitigung der Liebesgabe eine Sache sei, über die es innerhalb des Bundesrats keine Meinungsverschiedenheit mehr gebe. Wer hat nun recht?

Doch der kleine Anhaltiner hat dem großen Kollegen in Berlin noch einen weiteren Nippenstoß versetzt. Er stellte sich auf den von einem nationalliberalen Abgeordneten vertretenen Standpunkt und führte aus, daß auch er die Wehrvorlagen nicht für ausreichend erachte für die Sicherheit des Reichs. Das gelte sowohl von der Heeres- als auch von der Flottenvermehrung und er werde namens der Staatsregierung im Bundesrat seine Bedenken zum Ausdruck bringen.

Es ist zum mindesten ungewöhnlich, daß sich der Minister eines Einzelstaates so über Gesetzentwürfe äußert, die dem Bundesrat vorliegen, und besonders auffallend ist es, daß die Vorschläge für Rüstungsvermehrungen in solcher Weise kritisiert werden. Offenbar gibt es da doch allerhand Unstimmigkeiten, und wenn auch nicht gerade angenommen werden kann, daß ausgerechnet der Staatsminister Laue in Dessau sich den Sturz des deutschen Reichskanzlers vorgesetzt hat, so lassen doch Reden, wie die seine, einen Schluß auf die Schwäche der Position Bethmanns zu. Ob er wohl die Fahrt nach Korfu gesund überstehen wird?

Die Jugendbewegung im preußischen Dreiklassenparlament.

Das preußische Abgeordnetenhaus führte am Dienstag die Debatte über die Jugendfrage zu Ende. Nach einer nicht weiter beachtenswerten Rede des nationalliberalen Abgeordneten Hackenberg sprach der Kultusminister in längeren, wiederholt durch stürmischen Beifall der Mehrheit belohnten Ausführungen über die proletarische Jugendbewegung. Er warf ihr alles das vor, was ihr täglich in der Presse der Scharfmacher und der Junker vorgeworfen wird, und erging sich in den gewöhnlichen agitatorischen Behauptungen der Gegner unserer Jugendbewegung. Auch der fortschrittliche Abgeordnete Schropp schloß sich dem allgemeinen Reißtreiben gegen die proletarische Jugendbewegung an, indem er ihr vorwarf, daß sie die jungen Leute zur Mißachtung der Schule und der Lehrer auffordert. In einer mehrstündigen Rede antwortete Genosse Liebknecht auf all die Angriffe vom Sonnabend und Dienstag. Er fertigte zunächst die Verleumdungen der proletarischen Jugendorganisation ab und wies darauf hin, daß die Politik in die Jugendbewegung erst durch die Gesellschaftsordnung hineingetragen würde, und er stellte dem sozialpolitischen Nichtwissen der Dreiklassenmänner ein erschütterndes Gemälde des Elends und Jammers gegenüber, das die kapitalistische Gesellschaftsordnung über die Jugend des arbeitenden Volkes bringt. Unser Genosse schloß seine inhaltreiche Rede mit der Erklärung, daß gleichwie die Sozialdemokratie auch die proletarische Jugendbewegung nur überwunden werden könne, wenn die heutige Gesellschaft sich zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit entschließt, womit sie allerdings ihr eigenes Todesurteil unterschreiben würde.

Von konservativer Seite wurde sofort nach dieser Rede unter Hinweis auf ihre Dauer gefordert, daß bei der Geschäftsordnungsreform eine bestimmte Redezeit festgesetzt werde. Unsere Genossen Hoffmann und Liebknecht erwiderten schlagend, daß die Sozialdemokraten in dieser Frage allen anderen Parteien allein gegenüberstehen und daß darum die Rede des Genossen Liebknecht nur mit der Gesamtrededauer der Redner der bürgerlichen Parteien und des Ministers verglichen werden könnte. Nach einer belanglosen Rede des alten nationalliberalen Herrn v. Schenckendorff wurde die Debatte geschlossen.

Der Präsident widmete dem verstorbenen Abg. Albert Traeger einen seine parlamentarische Geschäftstüchtigkeit anerkennenden kurzen Nachruf.

Das Etatsnotgesetz vor der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigte sich Dienstag mit dem Etatsnotgesetz. Staatssekretär Kühn erklärte, daß die Befürchtungen, die gegen die Ermächtigung zu Ausgaben auf unbegrenzte Zeitdauer geäußert worden sind, hinfällig seien. Die der Regierung durch das Notgesetz gegebene Ermächtigung könnte sich doch schlimmstenfalls nur auf das Jahr 1912 erstrecken und auch dann nur, wenn in diesem Jahre ein Etat nicht zustande kommen würde. Abg. Gothein bekämpfte die im Entwurf vorgeschlagene Fassung, die dem Reichskanzler für immer die Ermächtigung gibt, ohne parlamentarische Zustimmung Ausgaben zu machen. Damit wäre das Budgetrecht des Reichstags beseitigt. Deshalb forderte er, die Zeitdauer der Ermächtigung genau zu begrenzen. Er beantragte, das Notgesetz nur für die Monate April, Mai und Juni zu beschließen. Erzberger stellt sich, der jetzigen Stellung des Zentrums entsprechend, auf die Seite der Regierung. Der Antrag Gothein wird gleichwohl mit großer Mehrheit angenommen.

Da im Notgesetz auch die ersten Raten für eine große Anzahl militärischer Bauten gefordert werden, ohne daß eine Prüfung der Kostenanschläge sowie der Notwendigkeit der Bauten selbst jetzt bei der gedrängten Zeit möglich ist, entspann sich eine lebhafte Debatte über dieses Verfahren der Regierung, das den Reichstag an diese Bauten bindet wenn er jetzt die erste Rate per Notgesetz bewilligt. Die fortschrittliche Volkspartei brachte eine Resolution ein des Inhalts, daß der Reichstag sein Bedauern darüber ausspreche, daß das Notgesetz erst am 21. März dem Reichstage zugegangen ist, obwohl die Notwendigkeit zu einem solchen Gesetz schon seit Wochen feststand. Die Kommission erblicke in diesem Verfahren der Regierung eine Gefährdung des Budgetrechts des Reichstags.

Die Resolution wird von den konservativen Abgg. Dietrich und Graf Westarp bekämpft, die dem Reichstag das Recht bestreiten, Mißtrauensvoten gegen die Regierung zu fassen. Dietrich sucht dieserhalb dem Reichstage die Schuld aufzuladen, der sich bei den Plenarverhandlungen zu wenig Beschränkungen auferlegt habe. Von fortschrittlicher Seite wurden die konservativen Angriffe scharf zurückgewiesen und Genosse Südekum erklärte, daß der Reichstag sehr wohl das Recht habe, Mißtrauensresolutionen zu fassen, falls sich die Notwendigkeit hierzu herausstellt. Die Resolution wird schließlich mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Nur die Sozialdemokraten und Fortschrittler stimmen dafür.

Die Kommission erledigte ferner den Rest des Etats für Togo und den Etat für Neu-Guinea, wobei ein größerer Schutz für jagdbare Tierarten gefordert und die jetzt im Schwunge befindliche gewinnsüchtige Niederknüllerei bekämpft wurde. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf verwiesen, daß Neu-Guinea uns bereits viele Millionen kostet und der jetzige und spätere Nutzen in gar keinem Vergleich zu diesen Aufwendungen stehe. Ebenso wurde die steigende Einfuhr von Spirituosen bekämpft, wozu der Staatssekretär bemerkte, daß der höhere Konsum durch die Weißen verursacht werde.

Gesinnungsschnüffelei.

Die preußischen Landräte haben an die Polizeibehörden in diesen Tagen das folgende Rundschreiben gerichtet:

„Vertraulich!

Nach einem Erlasse des Herrn Ministers des Innern sind den Militärbehörden diejenigen ausgehobenen Militärpflichtigen namhaft zu machen, die

1. bereits eine gewisse Führerrolle in der sozialdemokratischen Partei eingenommen oder
2. eine agitatorische Tätigkeit zur Verbreitung sozialdemokratischer Lehren entfalten oder
3. durch sonstige Handlungen sich als zielbewußte Vertreter der sozialdemokratischen Lehren betätigt haben.

Es sind hierbei in erster Linie die überzeugten Anhänger und die sogenannten Mitläufer der Sozialdemokratie zu unterscheiden, das heißt Personen, die unter dem terroristischen Druck der sozialdemokratischen oder von Arbeiterverbänden mit sozialdemokratischer Leitung meist aus wirtschaftlichen Gründen deren Mitgliedschaft erworben, innerlich aber nur in losem Zusammenhange mit der Sozialdemokratie stehen.

Ich ersuche, sich daher über die in dem umseitigen Verzeichnis aufgeführten, beim diesjährigen Musterungsgeschäft für brauchbar befundenen Militärpflichtigen nach Maßgabe der vorstehenden Anordnung bestimmt innerhalb fünf Tagen äußern zu wollen."

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Ein artiges Stück sozialpolitischer Kurpfuscherei will sich das Reichsamt des Innern wieder leisten. Es hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe neu regeln soll, dabei ist aber ein solches Monstrum von Halbheit und Zaghaftigkeit herausgekommen, daß die Handelsangestellten noch nicht die Tinte dafür opfern würden, die das neueste „sozialpolitische Werk" Delbrücks kostet. Offiziös wird darüber mitgeteilt:

„Der vorläufige, im Reichsamt des Innern aufgestellte Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe läßt es bei dem Verbot der Beschäftigung am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage, macht aber im übrigen für die Beschäftigung an Sonn- und Festtagen zunächst einen Unterschied zwischen den offenen Verkaufsstellen und den Kontoren. Für die ersteren wird die bisher zugelassene Beschäftigungszeit von fünf auf drei Stunden mit der Maßgabe beschränkt, daß die höhere Verwaltungsbehörde für Orte, in denen die Bevölkerung an Sonn und Festtagen die offenen Verkaufsstellen aufzusuchen genötigt ist, eine Beschäftigung bis zur Dauer von vier Stunden zuläßt. Der Gemeinde oder dem weiteren Kommunalverbande ist aber auch das Recht gewährt worden, die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbezweige auf kürzere Zeit einzuschränken oder ganz zu untersagen. Die auch bisher schon der Polizeibehörde übertragene Vollmacht auf Erweiterung der Beschäftigungszeit bis zu zehn Stunden ist auf jährlich höchstens sechs Sonn- und Festtage beschränkt. In den Kontoren und den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handelsgewerbes kann die höhere Verwaltungsbehörde, Gemeinde oder weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zur Dauer von zwei Stunden zulassen. In Betrieben des Handelsgewerbes, die am Sabbat und an jüdischen Feiertagen gänzlich ruhen, dürfen Angestellte jüdischen Glaubens an Sonn- und Festtagen bis zur Dauer von fünf Stunden mit der Maßgabe beschäftigt werden, daß die Geschäftsräume für den allgemeinen Verkehr geschlossen bleiben. Die Vorschriften über die Ausnahmen von der Sonntagsruhe, die Weisungen des Bundesrats für die Anordnungen der höheren Verwaltungsbehörden und der Polizeibehörden, das Verbot des Gewerbebetriebes in offenen Verkaufsstellen usw. sind im großen und ganzen die alten geblieben. Besonders bestimmt ist, daß die Vorschriften des Ge-

---

Beichten entgegen zu handeln. Alle diese Tatsachen sind dem ganzen Lande bekannt und haben, wie der Oktobristenführer Gutschkow sich in diesen Tagen anläßlich der Rasputin-Interpellation in der Duma ausdrückte, im Verlaufe weniger Jahre das vollbracht, was weder die revolutionäre, noch die kirchenfeindliche Propaganda auszurichten vermochte.

Diese Günstlingswirtschaft, die an die schlimmsten Zeiten des 18. Jahrhunderts mit ihren Biron, Potemkins usw. erinnert, ist es, die jetzt die regierungstreuen Parteien gegen Rasputin, mit anderen Worten gegen den Zarenhof mobil gemacht haben. Es ist die Furcht vor dem mächtigen Abenteurer, die Unsicherheit der eigenen Existenz vor den Wahnsinnsausbrüchen des Zaren und den Intrigen höfischer Cliquen, die sogar die lammfrommen Oktobristen veranlaßt hat, ihre Interpellation wegen der Rasputin-Affäre einzubringen. Sie würden nichts dagegen einzuwenden haben, daß in Zarskoje Selo Orgien gefeiert werden; sie würden sich auch damit abfinden, daß die blutblutigen Adelsgeschlechter durch die „Wunderkuren" Rasputins mit Plebejerblut „infiziert" würden; aber sie sträuben sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Zarengünstlinge auch den privilegierten besitzenden Gesellschaftsklassen gegenüber dieselben Regierungsmethoden zur Anwendung bringen, die lediglich den Arbeitern, den Bauern und den „Fremdstämmigen" gegenüber als eine „staatliche Notwendigkeit" erscheinen. Und endlich fürchten sie, daß solche Affären, wie die Rasputin-Affäre, die Monarchie und die Kirche vor dem Volke in einer Weise kompromitieren könnten, die diesen für die zahlungsfähige Bourgeoisie so notwendigen Institutionen einen guten Teil ihrer Zeitgkeit rauben würden.

Die jetzt aufgebrochene Eiterbeule, die den Eigenschauer Klosterskandal wirkungsvoll ergänzt, zeigt zur Genüge, wie schwankend und hohl das Gebäude ist, das die Dreieinigkeit der Konterrevolution, Absolutismus, Kirche und Kapital, mit dem blutenden Rücken der Völkerschaften Rußlands aufgerichtet hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120327/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

setzes auf die Geschäftsbetriebe der Spediteure, der Versicherungsunternehmer und Versicherungsagenten sowie der Konsumvereine und anderer Vereine, die nach Art des Handelsgewerbes ihre Geschäfte betreiben, entsprechende Anwendung finden. Auf den Verkauf von Arzeneimitteln und Gegenstände der Krankenpflege in Apotheken und den Verkauf von Speisen, Getränken und Genußmitteln in Gast- und Schankwirtschaften zum Genuß auf der Stelle, auf Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten sowie auf das Verkehrsgewerbe findet das Gesetz keine Anwendung. Die Gewerbetreibenden können Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in diesen Gewerben nur zu solchen Arbeiten an Sonn- und Festtagen verpflichten, die nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten.

Es wird der größten Anstrengungen der Handelsangestellten bedürfen, um Regierung und Parlament dahin zu bringen, diesen Entwurf halbwegs brauchbar zu gestalten.

Scharfmacherwissenschaft.

Der bekannte Professor der Nationalökonomie Ludwig Bernhard hielt am 24. März auf der Versammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf eine Rede über Schwerindustrie und Sozialpolitik. Er kaute dabei die bei den Scharfmachern beliebten Redensarten von Rentenhysterie, Dekadenz in der Arbeiterschutzgesetzgebung usw. wieder und sang natürlich auch das Lied von der Notwendigkeit eines besseren Schutzes der Arbeitswilligen. — Verdientermaßen wurde von den versammelten Scharfmachern dieser Vortrag des Herrn Universitätsprofessors mit stürmischem Beifall aufgenommen. Wenn sie ihren Generalsekretär Bueck oder den Herrn Beumer vorgeschickt hätten, die hätten nicht besser die Wünsche der Großindustriellen vertreten können, als es dieser „Mann der Wissenschaft" getan. Es verschlägt ja nichts, daß die Praktiker der Sozialpolitik zu ganz anderen Resultaten kommen als Professor Bernhard. Erst dieser Tage wurde im Reichstag von bürgerlicher Seite über rigorose Rechtsprechungen des Reichsversicherungsamtes geklagt, der Professor Bernhard klagt über die große Nachgiebigkeit dieser Instanzen. Die Hauptsache ist, daß gehörig Stimmung für ein Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter gemacht wird, und das zu besorgen ist der Professor Bernhard, wie sein Vorschlag beweist, gerade der rechte Mann. Er wird in der Gunst der preußischen Regierung sicher durch die neueste Leistung noch ganz erheblich gestiegen sein.

Ein agrarischer Prügelheld.

Der auf dem Gute Milmersdorf bei Templin amtierende Gutsverwalter Ifsland ist der Bruder des Gutsbesitzers und hatte daher den besonderen Drang, die gutsherrliche Autorität durch reichliche Prügel zu wahren. Ende Januar hatte er sich vor dem Schöffengericht Templin wegen schwerer Mißhandlung und Beleidigung einer auf dem Gut seines Bruders beschäftigten 50jährigen Arbeiterfrau zu verantworten; er wurde zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt. Das Gericht hatte Milde walten lassen, trotzdem der Richter in den Urteilsgründen hervorhob, der Angeklagte habe sich benommen, wie dies vielleicht vor 200 Jahren üblich gewesen sein mag. Die Tat charakterisiere sich als eine ohne jeden Anlaß verübte rohe Körperverletzung. Die Verurteilung des agrarischen Prügelhelden wurde in der Presse besprochen, worauf an den Redakteur der Zeit am Montag ein vom Ifsland unterzeichneter Brief gelangte, der von den unflätigsten Beschimpfungen gegen den Redakteur, die Arbeiter und die Sozialdemokratie förmlich wimmelte.

Gegen das Schöffengerichtsurteil hatten Staatsanwalt und Verurteilter Berufung eingelegt. Dieser Tage fand die Berufungsverhandlung vor der Strafkammer in Prenzlau statt. Die Zeugenaussagen ergaben wiederum dasselbe Bild, wie in der Schöffengerichtsverhandlung. Der agrarische Unternehmer-Stellvertreter hatte die kaum von einer schweren Unterleibsoperation genesene Arbeiterin mit der Reitpeitsche geschlagen, war mit dem Pferd auf sie eingeritten und hatte sie nach einigen agrarischen Koseworten wie „faules Schwein", „faule Sau", „Ich sch . . . . auf eure Operation" in den Chausseegraben geworfen. Seine Verteidigung hatte der tapfere Osteibier gegen die Verhandlung in der ersten Instanz, wo er Notwehr (!) geltend gemacht hatte, etwas geändert. Er habe die Liebe mit der Reitpeitsche nicht mit Absicht geführt. Er sei nervös, und deshalb wippe die Peitsche ständig in seiner Hand. Sein Anwalt versuchte, den Fall politisch gegen die Sozialdemokratie auszuschlachten, die Schuld daran sei, daß sich die Oeffentlichkeit mit der Angelegenheit beschäftigt habe, wodurch Ifsland in der ganzen Umgegend blamiert sei!

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten wegen Körperverletzung und 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung. Das Gericht fand diesen Antrag etwas zu weitgehend, verurteilte den agrarischen Prügler aber doch zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen und 50 M. Geldstrafe sowie zur Tragung der Kosten. Die feige Prügeltat fand in der Urteilsbegründung eine ähnliche Würdigung wie in der ersten Instanz.

Kleine politische Nachrichten. Bei der gestrigen **Ersatzwahl im preußischen Abgeordnetenhause** im Wahlkreise Berlin 2 wurden 477 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Bankdirektor Karl Mommsen, Berlin, (Fortschr. Volksp.) 373, Arbeitersekretär Hermann Müller, Tempelhof, (Soz.) 104 Stimmen. Gewählt ist Bankdirektor Mommsen. — In einem Grenzorte des Gouvernements Olonez (Rußland) haben zwei Soldaten der Grenzwache ihren Kommandeur erschossen. — In einem Dorfe in der Nähe von Saudschanlak (Kleinasien) wurden von Kurden die nestorianische und lutherische Kirche zerstört und die Kirchendiener getötet.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Obstruktion im Abgeordnetenhause.

Wien, 26. März. Im Abgeordnetenhause haben die Ruthenen mit der Obstruktion eingesetzt. Der erste Abgeordnete hatte den Auftrag, solange zu sprechen bis der Ruthenenklub über seine Haltung zur ersten Lesung der Wasserstraßenvorlage entschieden haben wird. Der Ruthenenklub beschloß, gegen die Vornahme der ersten Lesung zu protestieren, und sein Vertreter bat auch in der Sitzung des Abgeordnetenhauses diesen Einspruch vorgebracht. Durch die Obstruktion wollen die Ruthenen die Polen zwingen, mit ihnen eine Verständigung herbeizuführen.

Wien, 26. März. Infolge eines Kompromisses haben die Ruthenen um 4 Uhr nachmittags die Obstruktion um 24 Stunden eingestellt.

Zusammenstöße mit der Polizei.

Wien, 26. März. Nach einer in der Volkshalle des Rathauses abgehaltenen **christlichsozialen Wählerversammlung** versuchten, wie die Korrespondenz Wilhelm meldet, 400 bis 500 Personen nach dem Stadtpark Wieden zu ziehen, wo eine Versammlung freiheitlicher Wähler abgehalten wurde. Die Sicherheitswache stellte sich ihnen entgegen und wurde mit Stockhieben bedroht. Die Menge wuchs schließlich auf etwa 1000 Personen an und wollte den Wachtkordon stürmen. Die Polizei, die inzwischen Verstärkungen erhalten hatte, zog vom Leder und zerstreute die Menge ohne Waffengebrauch, wobei drei Verhaftungen vorgenommen wurden. Ein Teil der Demonstranten zog vor die Redaktion der Neuen Freien Presse, wurde aber durch den Wachtkordon auch hier abgewehrt. Als gegen die Fensterscheiben Steine geworfen wurden, zog die Wache blank und zerstreute die Menge, ohne die Waffe zu gebrauchen, wobei eine weitere Verhaftungen erfolgten.

Frankreich.

Die Wahlreform.

Paris, 26. März. Die Deputiertenkammer nahm bei der weiteren Beratung über die Wahlreform mit 591 gegen 21 Stimmen eine Bestimmung an, nach der in jedem Wahlkreis auf 22 500 Wähler ein Abgeordneter gewählt werden soll. Auf jeden Bruchteil von mindestens 11 500 Wählern kommt ein weiterer Abgeordneter. Die Zahl der Deputierten wird so um 77 verringert.

Türkei.

Italienische Kriegsschiffe bei Mytilene.

Saloniki, 26. März. 18 italienische Kriegsschiffe sind in der Richtung von Mytilene nach der Insel Lemnos gesichtet worden und fuhren dann nach dem Thermaischen Golf weiter. Infolgedessen hat der Befehlshaber der Befestigungen am großen Golf Karaburnu scharfe Bewachung der Küste angeordnet.

Italien.

Prügelei in der Kammer.

Rom, 26. März. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer kam es im Laufe der Debatte über die Interpellation Chiesa, die den Ausstand der Arbeiter der Konzessionierten Minengesellschaft Elba zum Gegenstand hatte, zu einer heftigen Prügelei zwischen dem Republikaner Chiesa und dem Nationalen Luzzatto, weil Chiesa Luzzatto beschuldigte, als Administrator der Gesellschaft den Staatsfiscus um einen Teil der Quittungsgebühren betrogen zu haben. Der Präsident der Deputiertenkammer, Marcora, mußte die Sitzung unterbrechen. Luzzatto sandte Chiesa seine Zeugen.

Wahlunruhe.

Mailand, 26. März. Aus Alessandria wird berichtet: Obwohl der sozialistische Abgeordnete und große Kriegsfeind Benardi am Sonntag mit einer Mehrheit von fünf Stimmen gewählt worden ist, wurde vom Präsidium des Wahlkollegiums die Stichwahl zwischen dem Regierungskandidaten Sierero und Benardi erklärt. Dadurch entstanden große Tumulte, die sich auf der Straße fortsetzten, so daß es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Die Sozialisten legten gegen diese Maßregel des Wahlkollegiums Protest ein. Zu gleicher Zeit mit den Tumulten fuhren am Bahnhofe verschiedene Truppenabteilungen nach dem Kriegsschauplatz in Tripolis ab.

Amerika.

Neue Kämpfe in Mexiko.

Neuyork, 26. März. In einem blutigen Gefechte bei Jiminez verloren die Regierungstruppen 400 Tote, die Rebellen 100. Jene sind derart umringt, daß ihre völlige Vernichtung und Gefangennahme wahrscheinlich erscheint. Der Truppenkommandant Salas hat angeblich Selbstmord verübt. Im Staate Sinaloa ist die Lage sehr bedenklich. Dort wurden flüchtige Amerikaner beraubt und verwundet und die Frauen schwer bedrängt.

Präsidentschaftswechsel in Paraguay.

Buenos Aires, 26. März. Die hiesigen Zeitungen berichten aus Asunccion, daß die provisorische Regierung von Paraguay die Auflösung der Kammer und des Senats beschlossen hat. Navero ist zum provisorischen Präsidenten der Republik ernannt worden.

Soziales.

Gesetzliche Arbeitszeitverkürzung in Frankreich.

Die französische Kammer verhandelt gegenwärtig über eine Gesetzesvorlage, wonach die tägliche Arbeitszeit im Maximum auf zehn Stunden festgelegt werden soll. Selbstverständlich vertritt die sozialistische Fraktion bei dieser Gelegenheit die Forderung des Achtstundentages. Doch tritt hier die Erscheinung zutage, daß die Gewerkschaften positivistischer sind als die parlamentarische Vertretung des Proletariats; ein von ihnen gebildeter Aktionsausschuß beschränkt sich darauf, nach englischem Beispiel eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden zu fordern. Das gewerkschaftliche Zentralkomitee trägt der Sachlage insoweit Rechnung, als es in einem dieser Tage veröffentlichten Aufruf die Gewerkschaften allgemein auf die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung hinweist und den Umstand berücksichtigt, daß die Angestellten der Detailgeschäfte, die Barbiere usw., schon aus wöchentlicher Festlegung der Arbeitszeit Gewinn ziehen würden. Der Aufruf regt an, daß die einzelnen Gewerkschaften eine Broschüre herausgeben möchten, in der die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung nach jeder Richtung hin nachgewiesen wird. Die C. G. T. faßt in ihrem Aufruf noch die Hoffnung aus, daß diese vorbereitende Arbeit für die weitere auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtete Agitation eine gute Grundlage abgeben werde.

Neues aus aller Welt.

Zum Raubüberfall bei Paris.

Paris, 26. März. Die Aufregung unter der Bevölkerung über den gestrigen Raubüberfall bei Chantilly ist immer noch eine sehr große. Die ganze Nacht hindurch sind über 100 Polizeikommissare und -agenten auf der Suche nach den in Frage kommenden Banditen gewesen. In Asnières wurde in der Wohnung eines Anarchisten, von dem bekannt ist, daß er in Beziehungen zu dem Verbrecher Couoty steht, eine Haussuchung vorgenommen, die jedoch resultatlos verlief. Gemäß seiner gestrigen Erklärung vor der Kammer hatte der Minister des Innern dem Ministerrat verschiedene Maßregeln vorgeschlagen, die die zwischen Sicherheitsbehörde und Polizeipräfektur bestehende Spannung beseitigen sollen.

Die Spuren der Räuberbande wurden bis Lille verfolgt. Die Verbrecher sind vielleicht über die Grenze entkommen. Beim Versuche, in die Automobilgarage des Fabrikanten Rey einzudringen, wurde der 40jährige Edward Simon verhaftet, der Schußwaffen bei sich trug. Die Ihre zu dem Raubüberfall in Chantilly scheint übrigens den Banditen durch eine Frau eingeraten worden zu sein, die gestern in Chantilly angekommen und vor dem Ueberfall auf dem Bahnhofsplatz gesehen worden war. Auch nach dem Attentat sah man die Frau wieder in Gesellschaft der Räuber im Automobil.

Paris, 26. März. Die Kammer bewilligte mit 510 gegen 2 Stimmen die Kredite zur Verstärkung der Polizei.

Die Berliner Massenvergiftungen vor Gericht.

Vor der 10. Strafkammer des Berliner Landgerichts I haben sich der Drogist Julius Scharmach aus Charlottenburg, der Reisende und Essenzfabrikant Karl Jakrow, der Reisende Bruno Mehen und die Schankwirte Otto Nedomske und Gustav Dahle zu verantworten. Sie sind angeklagt, den Tod von 89 Menschen verschuldet und außerdem ebensoviele Personen in ihrer Gesundheit geschädigt zu haben, indem sie Methylalkohol fabrizierten und als „Rum", „Nordhäuser", „Schlesischen" und „Dänischen Korn" verkauften. Der am Dienstag begonnene Prozeß, zu dem 40 Sachverständige und 69 Zeugen geladen sind, wurde auf Antrag der Verteidigung auf Freitag vertagt.

Ueberfall im Stadtbahnzuge.

Berlin, 27. März. Gestern abend wurde eine 18jährige Kontoristin im Stadtbahnzuge unweit dem Potsdamer Ringbahnhof von einem Unbekannten überfallen, ihrer Handtasche beraubt und trotz ihrer verzweifelten Gegenwehr aus dem Zuge auf das Gleis gestürzt, kam aber mit leichten Verletzungen davon.

Laut amtlicher Meldung wurde die gestern abend in einem Ringbahnzuge überfallene und aus dem Zuge gestürzte junge Dame, eine Kontoristin, von einem Eisenbahnassistenten, der zu seiner Dienststelle nach dem Bahnhofe Großgörschenstraße ging und unterwegs Zeuge des Unfalles wurde, nach diesem Bahnhof gebracht. Außer mehreren Brand- und Würgwunden hat die Ueberfallene keine Verletzungen davongetragen. Die geraubten Sachen wurden im Zuge gefunden. Es fehlten in einem Portemonnaie etwa 24 M., Schlüssel und ein Brief.

Verhinderte Zugentgleisung.

Posen, 26. März. Dicht bei der Stadt Znin waren gestern abend mehrere schwere Feldsteine unmittelbar vor der Durchfahrt eines Zuges auf die Eisenbahnschienen gelegt worden. Das gefährliche Hindernis wurde noch rechtzeitig dem Lokomotivführer entdeckt. Als Attentäter wurde mit Hilfe eines Polizeihundes drei 16 bis 18 Jahre alte Burschen ermittelt, die die Tat schließlich eingestanden und angaben, sie hätten das Verbrechen aus dem Grunde begangen, um sich einmal das Schauspiel einer Zugentgleisung zu leisten.

Fliegertod.

Düsseldorf, 26. März. Heute nachmittag stürzte der Flieger Kleinke aus München-Gladbach auf der Golzheimer Heide mit seinem Doppeldecker aus etwa 100 Meter Höhe ab, als er einen Gleitflug unternehmen wollte. Er geriet unter das Flugzeug, dessen Motor ihm den Schädel zertrümmerte. Er starb auf dem Wege zum Krankenhause. Bei dem Unfall waren seine Frau und sein Kind zugegen.

Selbstmord einer Schauspielerin.

Aschaffenburg, 26. März. Fräulein Würzer, eine beliebte Schauspielerin am Aschaffenburger Stadttheater, ist infolge einer Morphiumvergiftung gestorben. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor.

Die Lawinenkatastrophe im Schneebergebiet.

Wien, 26. März. Im Laufe des Nachmittags wurden die sechs bereits aufgefundenen Leichen der verunglückten Skifahrer nach Schneebergdörfel geschafft und auch die übrigen vier Toten, deren Persönlichkeiten noch nicht festgestellt werden konnten, geborgen. Auch sie sollen heute noch zu Tal befördert werden. Es heißt jetzt, es werde noch ein Skifahrer vermißt.

Wien, 26. März. Zum Lawinenunglück wird noch aus Puchberg gemeldet: Bei allen Verunglückten ist der Tod durch Ersticken ohne Todeskampf eingetreten, wie aus den friedlichen Gesichtszügen zu erkennen ist. An der Bergung der Leichen waren etwa 250 Personen beteiligt. Nunmehr sind sämtliche Opfer der Katastrophe festgestellt. Die letzten vier sind Handelsangestellte aus Wien. Während die meisten Alpinisten und ein Teil des Militärs bereits das Schneeberggebiet verlassen haben, blieben noch einige Helfer zurück, da vor der Unglücksstelle noch eine Leiche liegen soll, da ferner auch aus Wien die Nachricht einlief, daß zwei weitere Wiener Skifahrer, die Sonntag eine Partie in das Rax- oder Schneeberggebiet unternahmen, vermißt werden.

Entdeckung einer Fälscherbande in Sofia.

Wien, 26. März. Wie dem Neuen Wiener Abendblatt aus Sofia gemeldet wird, wurde dort eine Banknotenfälscherbande entdeckt, an deren Spitze der Kassierer der Bulgarischen Nationalbank, der frühere Präfekt Milenkoff, stand. Die Bande hat falsche rumänische Banknoten in Umlauf gesetzt. Alle Fälscher wurden verhaftet.

Selbstmord in der Gefängniszelle.

Teschen a. d. E., 26. März. Die Wäscherin Theresia Matz, die, wie berichtet, die 61jährige Handelsfrau Werner in Biela, an der sächsisch-böhmischen Grenze, ermordet und beraubt hat, erhängte sich in der Arrestzelle des Teschener Bezirksgerichts.

Selbstmord eines Bankdirektors.

Budapest, 26. März. Der Direktor der Ungarischen Hypothekenbank, Scanto, erschoß sich wegen privater Spielverluste. Die Bankkasse ist in Ordnung.

Wieder eine Grubenkatastrophe.

Neuyork, 26. März. Aus Bluefields in Westvirginia wird gemeldet, daß 85 bis 100 Bergleute in einem dortigen Bergwerk der Weg zum Förderschacht abgeschnitten sei. Es wird ein schweres Unglück befürchtet.

Dresdner Polizeibericht vom 27. März.

Am Montag stürzte auf dem Hammerwege ein Packereigehilfe aus noch unbekannten Ursachen plötzlich von seinem Rade und blieb, am Kopfe schwer verletzt, besinnungslos liegen. Man brachte ihn im Krankenwagen nach dem Friedrichstädter Krankenhaus.

In der Nacht zum 24. März sind auf dem Striesener Platze die vor einigen Schaukästen angebrachten Leinwandvorhänge im Werte von ungefähr 30 M. gewaltsam abgerissen und gestohlen worden. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Karolabrücke.

Vom 27. März, mittags 12 Uhr.

Barometer 760. Schön Wetter.
Thermometer + 16° R.
Thermometergraph: Min. + 7. Maxim. + 12.
Hygrometer 75 %.
Wasserstand — 100 cm.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 28. März:

Westwinde: wolkig; etwas kälter; zeitweise Regen.

Letzte Telegramme.

Die Mindestlohnbill in dritter Lesung angenommen.

London, 27. März. Die Beratung über die Mindestlohnbill wurde bis in die frühe Morgenstunde des heutigen Tages fortgesetzt. Schließlich wurde die dritte Lesung mit 213 gegen 48 Stimmen angenommen. Die Arbeiterpartei hat gegen das Gesetz gestimmt. Ramsay Macdonald erklärte, daß, wenn der Minimallohn von 5 Schilling in die Bill aufgenommen worden wäre, sie, wie er glaube, dem Streike ein Ende bereitet hätte. Jetzt aber könne er den Arbeitern nicht sagen, daß die Bill ihnen genügend biete, um zur Arbeit zurückzukehren. Die Bill habe ihren Zweck verfehlt. Lloyd George warnte die Mitglieder der Arbeiterpartei ernstlich vor der Verantwortung, die sie durch die Zurückweisung der Bill auf sich nähmen. Nach verschiedenen weiteren Reden von Abgeordneten der Arbeiterpartei gegen das Gesetz wurde die Bill unter Hochrufen auf die Regierungsparteien angenommen.

Unruhen in Marakesch.

Tanger, 27. März. Nach offiziellen Berichten aus Marakesch sind dort ernste Unruhen ausgebrochen. Mehrere Europäer verschiedener Nationalität sind verwundet und fünf Eingeborene getötet worden.

Wasserdurchbruch.

Berlin, 27. März. Heute früh, gegen 5 Uhr, erfolgte in der Baugrube der Untergrundbahnstrecke Spittelmarkt-Alexanderplatz ein Wasserdurchbruch. Die eindringenden Wassermassen setzten den Tunnel in der Richtung nach dem Spittelmarkt unter Wasser. Die den Bau leitenden Herren sowie Branddirektor Reichel erschienen rasch an der Ueberschwemmungsstelle. Man hofft daß das Wasser durch die Feuerwehr, die sofort mit mehreren Dampfspritzen in Tätigkeit trat, im Laufe des Tages ausgepumpt werden wird.

Zum Grubenunglück in Bluefield.

Bluefield (Westvirginia), 27. März. Bisher sind zehn Bergleute lebend geborgen und vier Leichen gefunden worden. Für die Rettung der übrigen eingeschlossenen Bergleute besteht wenig Hoffnung.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120327/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Soz. Verein Dresden-Altstadt

Wir bitten alle Mitglieder, die sich an den

Lehrvorträgen

des Genossen Dr. Duncker

nicht nur als Zuhörer, sondern auch an den schriftlichen Arbeiten beteiligen wollen, bis 1. April bei den Vorstandsmitgliedern ihres Bezirks zu melden. Die Vorträge finden am **17., 20., 24., 27., 30. April** und am **4., 8.** und **11. Mai** im **Odeum**, abends von 8 bis 10 Uhr statt. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden und Umg.

Gold- u. Metallschläger

von Dresden und Umgegend.

Donnerstag den 28. März 1912, abends 8½ Uhr
im großen Saale der **Reichshallen, Palmstrasse**

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichs- u. Landtagsabg. M. Hierl.
2. Neuwahl der Branchenvertrauensleute.
3. Branchenangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch der Kolleginnen und Kollegen erwartet
Die Ortsverwaltung.

An alle

Zigaretten-Maschinisten

von Dresden.

Sonnabend den 30. März, abends 8½ Uhr, im Restaurant **Braunschweiger Hof**, Freiberger Platz

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Referent: Kollege W. Liebe.
2. Branchenangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten.

Pünktliches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Dresden.

Donnerstag den 28. März, abends Punkt 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale des **Volkshauses**, Ritzenbergstraße.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum Verbandstag. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl.
2. Bericht von der Gaukonferenz.
3. Verbandsangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen Pflicht. Die Versammlung wird pünktlich 8½ Uhr eröffnet! — Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen! **Der Vorstand.**

Kasino-Theater

Tel. 2910 **Grosse Brüdergasse 25** Tel. 2910
1. Etage (Bürger-Casino) 1. Etage

Von heute ab neues Programm!

Die wilde Toni

Liederspiel

Verkannte Künstler

Gesangs-Posse

sowie der **reichhaltige Solistenteil.**

Preise der Plätze: 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 50 Pf., 3. Platz 30 Pf.
Sonn- und Festtags nachmittags 4 Uhr kleine Preise.
Anfang wochentags 8.15 Uhr.

Sächs. Reiter, Radeberg

Freitag den 29. März **Kaffeekränzchen**

wozu freundlichst einladet **Hulda Gnauk.**

Sämtliche Lederwaren Mod. Damenhandtaschen, Reisekoffer u. Taschen, Portemonnaies, Hosenträger, Rucksäcke usw. empf. reichhalt. Lager Oest. Gentschel, Leuben, Marktplatz.

Moderne Schlafzimmer u. Küchen

in allen Farben und Preislagen, **solid und billig**, empfiehlt
Möbelmagazin Karl Trobisch, Trachau.

Deutsch. Transportarbeiterverband

Verwaltungsstelle Dresden.

Die Wahl der Delegierten zur **Verbands-Generalversammlung** in **Breslau** findet für Dresden am

Sonntag den 31. März 1912

von vorm. 11 bis nachm. 3 Uhr

in folgenden Lokalen statt:

Goldene Krone, Radebeul
Zur Börse, Leipziger Straße
Mickel, Schönbrunnstraße 1
Goldener Anker, Klopstockstraße
Kämpfe, Wernerstraße
Fehrmann, Frankenbergstraße
Volkshaus, Ritzenbergstraße
Adam, Kaulbachstraße
Deutsche Eiche, Hutentstraße
Zur Laube, Niedersedlitz
Alter Gasthof, Mügeln
Altes Kloster, Leubnitz-Neuostra
Rote Schänke, Döhlen.

Wählen darf nur, wer sich durch **Mitgliedsbuch** legitimiert. Stimmzettel erhalten die Kollegen im Wahllokal.

Wir ersuchen um recht zahlreiche Beteiligung. **Die Verbandsleitung.**

Bez. Piesechen.

Freitag keine Sitzung.
Nächste Sitzung
Mittwoch den 3. April.

Touristen-Verein
„Die Naturfreunde"
Ortsgruppe Dresden
Vereinslokal: Volkshaus Pirnaischestraße 2

Freunde frohen Wanderns mit Gleichgesinnten unter kundiger Führung können jederzeit die Mitgliedschaft erwerben. Wander- u. Kletter-Sport. Winter-Sportsektion. Photosektion. Organ: Illustrierte Zeitschrift Der Naturfreund. Zusammenkünfte Donnerstags.

Bad-Restaurant zur Erholung
Kemnitz b. Dresden, Bahnstr. 4
Eisenbahnhaltestelle Kemnitz a. Elbtalbahn
Eröffnung des Bades April 1912.
Hochachtungsvoll **Schäwitz.**

Konfisziert gewesen

war die Sammlung politischer und sozialer Gedichte

„Von unten auf"

(Ein neues Buch der Freiheit)

gesammelt und gestaltet von **Franz Diederich**

Ausgabe in einem Band 5 Mark
Ausgabe in zwei Bänden à 3 Mk.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Dresden,** Grosse Zwingerstrasse 14.

Reform Zahn-Praxis

Gr. Zwingerstr. Nr. 12
Johannesstraße 23 b
(Pirnaischer Platz)
Blasewitz, Schillerpl. 2
Wochentags von 9—7 Uhr
Sonntags von 9—12 Uhr.

Schmerzloses Zahnziehen 1 M.
Aengstlichen Personen empfohlen.

Zähne 1 M 80
Platte einberechnet. Guter Sitz und Brauchbarkeit garantiert.

Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse M. 1.50 p. Zahn :: Reparaturen von **M. 1.—** an.
Ueberzeugung macht wahr.

Brautleute

kaufen **solid** und **billig** bekanntlich bei

Möbel-Hesse

Dresden, Rosenstrasse 45
auch bei Teilzahlungen.

Konfirmanden-

Kleiderstoffe und -Wäsche
solid und billig
28 Ernst Venus
Annenstrasse 28
Gegründet 1882.

Pillnitzer Str. 14, Tel. 3102
Bismarckplatz 13, „ 4162
Eingang Lindenaustraße.
Köllnerstraße 12, Tel. 3806
Eingang Striesener Straße.
Wartburg Str. 14, Tel. 4060
Alaunstraße 4, „ 2357
Pirnaerstraße 24, „ 3071
Wettinerstraße 17, „ 2031
Rosenstraße 43 Tel. 175
Hechtstraße 27 „ 4[illegible]
Torgauer Straße 10, „ 3[illegible]
Trompeterstraße 5, „ 2[illegible]
Reisewitzer Str. 18 Tel. 4[illegible]
Bienertstraße 11, Tel. 4871
Kontore und Lagereien: Wolfnitzstraße 1, Tel. 1684.

Von heute wieder zu erwartenden Zufuhren:

Kabljau, ohne Kopf, in derben Fischen von 7 Pfund an Pfund **16 Pf.**
Seelachs, ohne Kopf, in hochfeinen Fischen von 5 Pfund an Pfund **18 Pf.**

Ganz besonders preiswert und fein

Schellfisch, „Helg." . Pfund **22 Pf.**

Wiederverkäufer erhalten bei Entnahme von mindestens 50 Pfund einer Sorte besonders ermäßigte Preise.
Ausführliche gedruckte Rezepte gratis!
Infolge reicher Zufuhren sehr billig:

Pöttlinge, ff. Norweger extrafette, große . . . **5 Stück 20 Pf.**
Kiste, mit ca. 20 Stück, nur **70 Pf.**
bei 10 Kisten a **68 Pf.**, bei 25 Kisten a **65 Pf.**

Aus eigener Marinier-Anstalt täglich frisch:

Pa. neue Kronsardinen . . . . . ½ Pfund **20 Pf.**
Postdose, etwa 120 Stück, **150 Pf.**
bei 5 Dosen a **145 Pf.**, bei 10 Dosen a **140 Pf.**

Neue feinste Gewürzheringe . . . . **2 Stück 12 Pf.**
Postdose, etwa 80 Stück, **190 Pf.**
bei 5 Dosen a **185 Pf.**, bei 10 Dosen a **180 Pf.**

Pa. neue Rollheringe
sogenannte **Berliner Rollmöpse** . . . . **3 Stück 10 Pf.**
Postdose, etwa 40 Stück, **180 Pf.**
bei 5 Dosen a **175 Pf.**, bei 10 Dosen a **170 Pf.**

Hochf. grätenlose pa. Delikatessheringe in Weinsauce . . . . . **2 Stück 15 Pf.**
Postdose, etwa 28 Stück, **200 Pf.**
bei 5 Dosen a **195 Pf.**, bei 10 Dosen a **190 Pf.**

Musik-Instrumente aller Art **kauft und tauscht**
nur Ziegelstrasse Otto Friebel 13
Eckhaus Steinstrasse.

Frauen!
Bei Periodenstörungen nehmen Sie nur mein erprobtes garant. unschädl. Mittel, 6 und 5 M. Für hoch. Bedarfsart. Auskunft gratis. 10% Rab. **Frau Wünsche,** Postfr. 12 J.

Die herzlichsten Glückwünsche senden dem Genossen

Oswald Ledig und Frau

zu ihrem 25jährigen Ehejubiläum und gleichzeitig als 25jährige Abonnenten der Dresdner Volkszeitung

Die Genossen von Dobritz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden u. Umg.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Eisendreher

Max Richter

am 23. März verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-Altstadt.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden.
Druck und Verlag: Reden & Romß, Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120327/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 72. | Dresden, Mittwoch den 27. März 1912. | 23. Jahrgang.

Referenten zur Maifeier und zum Frauentag.

Die Vertrauensleute der Parteiorganisationen werden hierdurch nochmals ersucht, die Referenten zur Maifeier bis 1. April im Bezirkssekretariat Dresden-A., Ritzenbergstraße 4, II., zu bestellen. Persönliche Vereinbarungen mit den Referenten können, soweit nicht die Abgeordneten der einzelnen Kreise in Frage kommen, bei der Maifeier nicht beachtet werden, da die Zuweisung nur durch das Sekretariat erfolgt. Es wird jedoch etwa geäußerten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen. Eine besondere Benachrichtigung, welche Referenten den Versammlungen zugewiesen sind, erfolgt nicht.

Die Referenten für den am 12. Mai stattfindenden Frauentag müssen bis 25. April im Bezirkssekretariat bestellt werden. Der Bezirksvorstand.

Sächsische Angelegenheiten.

Die verbösserte Landgemeindeordnung.

In der Zweiten Kammer des Landtags stand gestern unter anderem die Novelle zur Landgemeindeordnung zur Schlußberatung. Die dadurch bewerkstelligte Gesetzesänderung bedeutet zum großen Teil eine Verschlechterung. Eingehender haben wir das schon vor mehreren Wochen dargelegt, zu einer Zeit, wo die Beratung in der Deputation eben beendigt worden war. Heute sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die Vorlage für die größeren Landgemeinden Bestimmungen bringt, die nahe an die Städteordnung für mittlere und kleine Städte herankommen: Die Befugnisse der Gemeindevorstände sind wesentlich erweitert, die Zahl der unansässigen Gemeindevertreter kann auf ein Drittel oder die Hälfte erhöht werden, die Gemeinderatssitzungen müssen immer öffentlich sein. Diesen und einigen anderen kleineren Verbesserungen stehen schlimme Verschlechterungen gegenüber. Für alle Gemeindewahlen ist die Klassenscheidung vorgeschrieben; nicht nur die ansässigen, auch die unansässigen Wähler sollen noch in besondere Klassen geschieden werden. Die frühere zulässige allgemeine Wahl ist jetzt nicht mehr statthaft, immer muß die Wahl innerhalb der vorgeschriebenen Klasse erfolgen. Das ärgste ist aber eine neue Vorschrift, wonach in Zukunft den Aktiengesellschaften ohne weiteres eine Vertretung im Gemeinderat eingeräumt werden kann, hat eine solche Unternehmung aber zusammen mit ihren Angestellten und Arbeitern eine Steuerleistung, die mehr als ein Drittel des Gesamtbedarfs der Gemeinde beträgt, dann hat dieser Betrieb das Recht, ohne weiteres einen Vertreter in den Gemeinderat zu entsenden. Man setzt auf diese Weise einen Industrie-Feudalismus schlimmster Art ein, der für die Entwicklung der Gemeinden, besonders für den Ausbau der Gemeindeeinrichtungen sozialer Art sehr schädlich sein muß.

Und dieses Vorrecht des industriellen Großkapitals wird zu einer Zeit eingeführt, wo man den breiten Schichten der Einwohner das Wahlrecht wesentlich verstümmelt. Zwar kann man einwenden, daß bisher schon die allgemeinen Wahlen in den Landgemeinden selten waren und die Klassenscheidung der Unansässigen vielfach auf dem Dispensationswege eingeführt worden ist. Es mag sein, daß in dieser Hinsicht die Novelle bisher auf dem Dispensationswege durchgeführte Verschlechterungen nur gesetzlich sanktioniert; aber es kommen dazu die bereits erwähnten schlimmen Verböserungen durch Einsetzung des Industriefeudalismus und Verstümmelungen anderer Art.

Bei der gestrigen Schlußberatung im Landtage unterzog Genosse Nitzsche diese klassenstaatliche Revision eines wichtigen Gesetzes einer scharfen Kritik und wies eingehend nach, daß man nur bestrebt gewesen sei, den Besitzenden die Herrschaft auf Kosten der breiten Schichten der Einwohner und des Allgemeinwohls zu sichern. Gleichzeitig hob der sozialdemokratische Redner hervor, in welch böse Enge die ganze Gemeindevertretung dadurch vom Staate gedrängt werde, daß man ihr eine Nachtwächterrolle für die großen Steuerzahler zuweise, die sie verhindere, ihre Aufgaben den Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Die bürgerlichen Redner sahen von großzügiger Kritik des Monstrums ab. Sie beschränkten sich darauf, Einzelheiten zu bemängeln und einige kleine Wünsche vorzubringen, von denen einzelne reaktionärer Art waren. Die Herren haben im übrigen bekommen, was sie erstrebten. Die skizzierten Verschlechterungen sind so recht nach ihrem Herzen. Das Vorrecht für die Industriellen ist ja besonders von den Nationalliberalen gefordert worden. Darin wurden sie von den Konservativen unterstützt. Genosse Uhlig ergänzte die Ausführungen des ersten sozialdemokratischen Redners noch in einigen Punkten und kennzeichnete kurz die reaktionären Randbemerkungen einiger bürgerlicher Redner. Gleichzeitig begründete er einige sozialdemokratische Anträge, die unter anderem die Beseitigung der Klasseneinteilung bei den Wahlen und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bei Gemeindewahlen, die Vornahme der Wahlen an einem Sonntag und andere Forderungen enthielten. Zum Teil entfesselten unsere Anträge bei der Spezialberatung lebhafte aber kurze Debatten. Das Endergebnis aber war die Ablehnung aller sozialdemokratischen Anträge.

Unsere Genossen hatten dafür gesorgt, daß bei der Abstimmung durch Namensaufruf auch die Namen derjenigen bürgerlichen Vertreter festgestellt wurden, die selbst den Industriefeudalismus in der oben gekennzeichneten Weise einsetzen wollten. Es ergab sich, daß alle Nationalliberalen und Konservativen dafür stimmten. Dagegen erklärten sich außer unseren Genossen nur die Abgg. Merkel und Langhammer und die Freisinnigen mit Ausnahme des Abg. Bär. Die Freisinnigen offenbarten überhaupt bei dieser Vorlage eine völlig zerfahrene Haltung. In vielen Fällen stimmten sie, was bisher bei ihnen noch nicht zu verzeichnen war, gegeneinander. Sollte das der Anfang einer neuen freisinnigen Taktik sein, würde unter dieser Zerfahrenheit das freisinnige Häuflein im Landtage völlig bedeutungslos werden.

Was wird aus der Volksschulreform?

Anläßlich des gestern von uns gekennzeichneten Artikels in der Deutschen Tageszeitung geht einem Leipziger Blatte von nationalliberaler Seite ein Artikel zu, worin es heißt:

„Die Nationalliberalen haben allen Grund, sich gegen solche Versuche fadenscheiniger Verdächtigung zu wehren und nachdrücklich daran zu erinnern, daß es ihre Schuld wahrhaftig nicht ist, wenn nichts zustande kommt. Aus den Reden des Kultusministers Dr. Beck bei der allgemeinen Vorberatung des Entwurfs konnte man als ziemlich sicher die Bereitwilligkeit der Regierung zu einem Entgegenkommen auch in prinzipiellen Punkten entnehmen. Der bisherige Verlauf der Deputationsberatungen hat diese Hoffnungen zu nichte gemacht. An Stelle des unzulänglichen Regierungsentwurfs hat die aus Nationalliberalen, Fortschrittlern und Sozialdemokraten bestehende Deputationsmehrheit Vorschläge gesetzt, die, vom nationalliberalen Abg. Dr. Seyfert geschickt formuliert, einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Schulgesetz bedeuten, ohne etwa in einseitige Uebertreibungen auszuarten. Die Regierung könnte nun, wenn sie wirklich einen Fortschritt wollte, wenn sie wirklich Sachsen als Vorbild auf dem Gebiete des Schulwesens erhalten zu sehen wünschte, mit Leichtigkeit auf die von nationalliberaler Seite gebotene Verständigungsbasis treten. Aber sie will das gar nicht, sie mag in bedeutsamen Punkten nicht nachgeben und erschwert dadurch den Fortgang der Verhandlungen ganz ungemein. Die Regierung stützt sich auf die Erste Kammer, die ihre Abneigung gegen „Neuerungen" bereits recht deutlich bekundet und damit dem Kultusminister eine wesentliche Stütze geliefert hat. Die Regierung hat denn auch den Deputationsberatungen eine geraume Zeit lang nicht beigewohnt, und als ihre Vertreter, an der Spitze der Kultusminister, endlich in der Deputation erschienen, geschah's im Grunde nur, um gegen alle wesentlichen Deputationsvorschläge Front zu machen.

Wenn aber die Regierung kein Entgegenkommen zeigen will, dann hat allerdings eine Weiterarbeit in der Deputation keinen Zweck. Das sollten jetzt mit allem nötigen Nachdruck die nationalliberalen Deputationsmitglieder erklären. Es hat wahrhaftig keinen Sinn, ein Reformwerk um jeden Preis zustande zu bringen, damit nur überhaupt etwas „reformiert" wird. Der flickwerkartige Charakter einer solchen Arbeit würde bei keinem der Faktoren, denen es um eine wirkliche Reform ernst ist, Freude und Genugtuung erwecken. Am allerwenigsten haben an solchen Halbheiten die Nationalliberalen ein Interesse, die doch auf ihre Bedeutung als Kulturpartei den allergrößten Wert legen müssen. Darum möge man die Reform des Volksschulgesetzes ruhig noch etwa fünf bis acht Jahre hinausschieben. Vielleicht steht dann an der Spitze des Kultusministeriums ein Mann, der wahrhaft reformfreundlich ist und eine großzügige Reform vorschlägt, der alle zustimmen können, die für den kulturellen Fortschritt ihre ganze Kraft einsetzen."

Aus diesen nationalliberalen Zeilen spricht leidliche Entschiedenheit. Leider ist von einer solchen bei den Nationalliberalen in der Schuldeputation nicht mehr viel zu bemerken. Es machen sich da vielmehr bedenkliche Anzeichen der Drehkrankheit und Umfallsucht bemerkbar. Das sah man auch in der letzten Sitzung der Schuldeputation. Vor kurzem haben die Nationalliberalen ihre ablehnende Haltung zu den konfessionellen Minderheitsschulen auf eine Regierungserklärung hin ohne weiteres aufgegeben. Am Dienstag versuchten sie zuerst wenigstens eine Vorschrift in das Gesetz hineinzubringen, wonach die Einrichtung konfessioneller Minderheitsschulen erschwert worden wäre. Es sollte nämlich nach einem Vorschlage des nationalliberalen Berichterstatters nur dann die Errichtung von Konfessionsschulen der Minderheit zulässig sein, wenn sie der Mehrheitsschule gleichwertig sei. Dann hätte man in Mittelstädten nicht mehr, wie es jetzt der Fall ist, neben einer 8klassigen Schule der konfessionellen Mehrheit eine Minderheitsschule mit zwei Klassen errichten können. Es wäre in solchen Fällen überhaupt nur dann eine besondere Schule der konfessionellen Minderheit möglich gewesen, wenn sie auch achtklassig eingerichtet werden könnte.

Schließlich aber schwächte der Berichterstatter seinen Antrag dahin ab, daß er das Wort „annähernd" hineinbrachte und die ganze Vorschrift nur für Minderheitsschulen Geltung haben sollte, die in Zukunft errichtet werden. Einer solchen Halbheit stimmten die Sozialdemokraten nicht mehr zu, deshalb fiel sie. Schließlich wurde aber auch die Regierungsvorlage abgelehnt. Es ist daher noch unklar, welche Gestalt die Vorschriften über die Errichtung der konfessionellen Minderheitsschulen erhalten sollen.

Die verpfuschte Wertzuwachssteuer.

Daß es die Agrarier vortrefflich verstanden haben, die Reichswertzuwachssteuer so zu verbunzen, daß sie fast wertlos geworden ist, haben auch die Vertreter der sächsischen Regierung kürzlich in der Gesetzgebungsdeputation bestätigen müssen, als das sächsische Ausführungsgesetz zur Reichswertzuwachssteuer zur Beratung stand.

Nach § 58 des Reichsgesetzes erhält von dem Ertrage der Zuwachssteuer das Reich 50 Proz., der Einzelstaat 10 Proz., die Gemeinde 40 Proz. Ueber die ihnen zukommenden 10 Proz. können die Einzelstaaten landesgesetzlich auch andere Verfügung treffen. Im sächsischen Landtage wurde nun angeregt, mit Rücksicht auf die in den Gemeinden bereits früher erfolgte Ausbildung der Wertzuwachssteuer, auf die mit der Steigerung der Grundstückswerte zusammenhängende Vermehrung der Gemeindelasten und auf die durch den Entwurf eines Gemeindesteuergesetzes beabsichtigte Beschneidung des Gemeindesteuerrechts den Gemeinden einen höheren Anteil als die vierzig Prozent auf Kosten der dem Staate zustehenden zehn Prozent zuzuführen. Die Regierung lehnte das aber entschieden ab. Abgesehen davon, daß sie auch für den Staat einen Anteil an den Ursachen der Werterhöhung in Anspruch nimmt, erklärte die Regierung, daß die dem Einzelstaate zukommenden zehn Prozent nur etwa die Hälfte des laufenden Aufwandes decken. Der jährliche persönliche und sächliche Aufwand, den die Zuwachssteuer den staatlichen Behörden in Sachsen verursache, sei auf mindestens 140 000 M. zu veranschlagen; dabei sei die Inanspruchnahme des Finanzministeriums und des Oberverwaltungsgerichts noch nicht berücksichtigt; ganz außer Betracht geblieben sei auch der beträchtliche einmalige und laufende Bauaufwand, der entstehe, weil die erforderlich gewordenen Beamten in den vorhandenen Räumen nicht untergebracht werden könnten. In den zehn Monaten vom 1. April 1911 bis zum 31. Januar 1912 seien in Sachsen im ganzen 811 635 M. Zuwachssteuer eingehoben worden. Der Anteil des Staates beträgt rund 81 100 M. Das Erträgnis der zehn Monate auf ein volles Jahr umgerechnet, ergebe einen jährlichen Staatsanteil von 97 400 M. Der Aufwand werde also nach den bisherigen Ergebnissen doppelt so hoch wie der Ertrag sein. Es war natürlich, daß in der Deputation die Vermutung aufkam, daß das ungünstige Ergebnis bureaukratischen Maximen bei der Handhabung der Zuwachssteuer zuzuschreiben sein könne. Die Regierung widerlegte aber die Vermutung, indem sie darauf hinwies, daß gegen 90 Prozent aller Zuwachssteuerfälle ohne ein finanzielles Ergebnis verliefen, weil die Art und das Maß der Anrechnung des Aufwandes für Bauten usw. nach § 14, und der Zinsenanrechnung nach § 16, die von der Reichstagsmehrheit für die Steuererträge weit günstiger als nach der Bundesratsvorlage gestaltet worden sind, den steuerbaren Wertunterschied und damit den Ertrag der Zuwachssteuer empfindlich beeinträchtigen.

Dem Landtage

ist mit Dekret 43 der Entwurf eines Gesetzes über die Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft zugegangen. Die durch die Vorlage angestrebten Abänderungen des bisherigen Gesetzes sind durch die Reichsversicherungsordnung nötig geworden. Es handelt sich also um eine Anpassung der bisherigen sächsischen Vorschriften an die neuen Reichsgesetze.

Wohnungsnot allerwärts.

Aus Radeberg wird bürgerlichen Blättern folgendes mitgeteilt: Von der Sozialdemokratie war eine Anfrage wegen der Wohnungsnot im Stadtverordneten-Kollegium eingebracht worden, weil mehrere Familien am Quartalswechsel obdachlos werden. Vom Ratstische erfolgte die Antwort, daß am 1. April alle Obdachlosen untergebracht würden. Der Wohnungsmangel wird hier geradezu zu einer Kalamität. Die private Bautätigkeit scheint aber nun einzusetzen, auch besteht ein Plan zur Gründung einer Baugenossenschaft.

Entwicklung der Wertzuwachssteuer in Sachsen.

Nach dem Verbandsorgan der Bodenreformer hat sich die Zuwachssteuer in Sachsen glänzend entwickelt. Ihre Erträgnisse sind schnell gestiegen. Nach den Angaben der Regierung brachte die Zuwachssteuer in allen sächsischen Gemeinden ein: 1908: 65002 M. = 0,08 Proz. aller Steuern überhaupt = 0,7 Prozent aller indirekten Steuern; 1909: 448 000 M. = 0,47 Proz. aller Steuern überhaupt = 4,16 Proz. aller indirekten Steuern; 1910: 1 327 901 M. = 1,30 Proz. aller Steuern überhaupt = 12,59 Proz. aller indirekten Steuern.

Soviel Geld brauchte, fügt das Bodenreformerblatt hinzu, infolge der Besteuerung unverdienter Gewinne nicht durch Besteuerung notwendiger Lebensmittel oder Beschwerung der Arbeit aufgebracht zu werden. Soviel Geld konnte für Kulturzwecke, in erster Reihe für die Schule und für die Lebenshaltung der Beamten, verwandt werden! Und dabei stehen wir erst am Anfang der Entwicklung.

Gegen das Volksschulgesetz.

In einer vom Liberalen Verein für Bautzen und Umgegend einberufenen öffentlichen politischen Versammlung sprachen die Herren Pastor Ende-Lichtenstein und Kaufmann Richard Pudor-Kleinstorkwitz über den Volksschulgesetzentwurf. Die Versammlung war von etwa 300 Personen besucht. Nach einer mehrstündigen Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die auf Einladung des Liberalen Vereins für Bautzen und Umgebung versammelten Eltern und Freunde der Schule erblicken in dem Volksschulgesetzentwurf nicht die Grundlage für eine gedeihliche Weiterentwicklung des sächsischen Volksschulwesens und des sächsischen Volkes. Sie erwarten, daß durch die Verhandlungen des Landtags 1. der Idee der allgemeinen Volksschule ohne Trennung der Kinder nach Konfession und Vermögen der Eltern und Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, 2. der Idee der Arbeitsschule, 3. der Reform des Religionsunterrichts und 4. der Idee der Selbstverwaltung der Schule mit Schaffung eines selbständigen Unterrichtsministeriums Rechnung getragen wird.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Montag früh fuhr die Ehefrau des Gutsbesitzers Meyer aus Ohorn mit dem Geschirr, das von ihrem Sohn Paul geführt wurde, auf der Lautenhofener Straße auf Kirchberg zu. Hinter Lautersbach scheute plötzlich das Pferd. Frau Meyer, die aus dem Wagen sprang, schlug dabei mit dem Kopf so heftig gegen einen Baum an, daß sie einen Schädelbruch erlitt und bald darauf starb. Der Sohn, der ebenfalls abgesprungen war, kam mit einer unerheblichen Verletzung am Arm davon. Das Pferd rannte mit dem stark beschädigten Wagen nach Kirchberg, wo es angehalten wurde. — Der Hilfsweichenteller Albin Uhlig aus Wolkenstein sah, wie ein 3jähriges Kind in die Zschopau stürzte. Er sprang nach und konnte auch das Kind in Sicherheit bringen. Dann aber verließen ihn die Kräfte und er ertrank. Die Leiche des wackeren Lebensretters ist noch nicht gefunden. — Zu dem noch unaufgeklärten Verschwinden des 78jährigen alten Gasthofsbesitzers Ungethüm in dem Neumark benachbarten Ruppertsgrün ist jetzt bekannt geworden, daß die ehemalige Wirtschafterin Ungethüms, Marie Burg, die einige Tage nach dem Verschwinden Ungethüms den hiesigen Ort bei Nacht und Nebel verließ, über Belgien nach Pennsylvanien in Amerika ausgewandert ist, wo sich ihre Mutter aufhält. Von dem Gasthofsbesitzer Ungethüm hat man noch nicht die geringste Spur.

Stadt-Chronik.

Vom Mietrecht.

Trotzdem schon öfter Artikel über das Mietrecht erschienen sind, herrscht noch immer unter der arbeitenden Bevölkerung eine große Unklarheit darüber. Es erscheint daher angebracht, kurz vor dem Ostermonat einige besonders wichtige Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu erläutern.

Ein Mietvertrag gilt als geschlossen, wenn sich Vermieter und Mieter über die Zeit der Einräumung und über die Höhe des Mietzinses einig sind. Die mündliche Form genügt. Nur wenn die Wohnung auf eine längere Zeit als ein Jahr gemietet ist, muß ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen wer-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120327/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

den. Nur mit Zustimmung beider Parteien kann ein einmal geschlossener Vertrag gelöst werden. Ein einseitiges Zurücktreten gibt es nicht. Die sehr viel verbreitete Auffassung, daß man innerhalb 24 Stunden von dem Vertrage zurücktreten könne, ist ein Irrtum. Wegen Nichterfüllung des Vertrags können beide Parteien auf Schadenersatz klagen. Mehr als bei anderen Geschäften ist es indessen bei Miet- und Pachtverträgen üblich, die Gültigkeit des Vertrags von einer schriftlichen Form abhängig zu machen. Es kann daher nicht genug empfohlen werden, vor Leistung der Unterschrift den Vertrag genau durchzusehen. Der Vermieter hat die Wohnung dem Mieter in einem zu dem vertragsmäßigen Gebrauch geeigneten Zustand zu überlassen und sie während der Mietzeit in diesem Zustand zu erhalten. Ein großer Teil unserer Hausbesitzer wälzt jedoch die Kosten für das Herrichten der Wohnung auf den Mieter ab. Wird dem Mieter der Wohnung der vertragsmäßige Gebrauch ganz oder zum Teil nicht rechtzeitig gewährt oder wieder entzogen, so kann er ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist das Mietsverhältnis lösen. Wegen einer unerheblichen Hinderung oder Vorenthaltung des Gebrauchs ist die Lösung nur zulässig, wenn sie durch ein besonderes Interesse des Mieters gerechtfertigt wird. Ist eine Wohnung oder ein anderer zum Aufenthalt von Menschen bestimmter Raum so beschaffen, daß die Benutzung mit einer erheblichen Gefährdung der Gesundheit verbunden ist, so kann der Mieter das Mietsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist lösen, auch wenn er die gesundheitsgefährdende Beschaffenheit bei dem Abschlusse des Vertrags gekannt oder auf die Geltendmachung der ihm wegen dieser Beschaffenheit zustehenden Rechte verzichtet hat.

Auch über die Kündigung bestehen noch viel irrige Ansichten. In erster Reihe gilt die vereinbarte Kündigungsfrist. Fehlt diese Vereinbarung, dann wird der § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuchs angewendet. Dieser lautet: Bei Grundstücken (Wohnräumen) ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig; sie hat spätestens am dritten Werktag des Vierteljahres zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktage der Woche zu erfolgen. — Wird also die Wohnung zum Jahrespreis gemietet, so ist vierteljährliche Kündigung, auch wenn die Mietzahlung monatlich erfolgt. Wird dagegen die Wohnung zum Monatspreis gemietet, so ist auch die Kündigung monatlich. Die Höhe der Miete hat auf die Kündigung keinen Einfluß. Natürlich können auch andere Vereinbarungen getroffen werden.

Der Vermieter kann ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist das Mietsverhältnis lösen, wenn der Mieter für zwei aufeinanderfolgende Termine mit der Entrichtung des Mietzinses oder eines Teils des Mietzinses in Verzug kommt. Die Lösung ist ausgeschlossen, wenn der Mieter den Vermieter befriedigt, bevor die Lösung erfolgt.

In der Regel ist der Miete an den Vermieter zu zahlen. Es kommen jedoch auch Fälle vor, wo ein Dritter Anspruch hat. In allen diesen Fällen, wo der Mieter nicht genau weiß, an wen er zahlen soll, tut er gut, die Miete bei dem zuständigen Amtsgericht zu hinterlegen.

Eine Aufhebung des Mietvertrags durch Verkauf des Hauses findet nicht statt. Kauft ein Mieter, so ist der Käufer und auch der Verkäufer verpflichtet, das Mietsverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Frist zu kündigen.

Der Vermieter hat für seine Forderungen aus dem Mietsverhältnis ein Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Mieters. Dieses Pfandrecht erstreckt sich nur auf die nach der Pfändungsaufforderung des Gerichts unterworfenen Sachen. Die Sachen der Ehefrau unterliegen nur dann dem Pfandrecht, wenn der Ehemann den ihr mit abgeschlossen oder stillschweigend stillschen den Ehegatten bestimmt ist. Es ist daher dringend daher zu warnen, daß die Ehefrau den Mietsvertrag unterschreibt. Sind nun die Sachen ohne Wissen oder unter Widerspruch des Vermieters entfernt worden, so kann er die Herausgabe zum Zwecke der Zwangsvollstreckung in das Grundstück und, wenn der Mieter ausgezogen ist, die Überlieferung vom Gerichtsvollzieher verlangen. — Zum Schutze des Pfandrechts des Vermieters dient außerdem noch der § 289 des Strafgesetzbuchs, der Gefängnis bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bis zu 600 M. demjenigen androht, der seine eigene bewegliche Sache oder eine fremde zugunsten des Eigentümers dem Pfandgläubiger in rechtswidriger Absicht wegnimmt. • Die Vertragsdauer kann nur auf Grundlage eines Vertrags.

Die Kündigung der Wohnung hat bis zum Schluß des Monats vor dem Umzug zu erfolgen. Da nun diese Frist 12 Uhr abends abläuft, hat die Kündigung im Laufe des nächsten Vormittags zu geschehen. Mit einzelnen durch den Verzug entstehenden Schäden hat der säumige Mieter aufzukommen.

Wann ist ein Unfallverletzter als völlig erwerbsfähig anzusehen?

Ein bemerkenswerter Fall von Rentenentziehung, der zugleich eine prinzipielle Entscheidung herbeiführen wurde, ist vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung der Sächsischen Staatsbahnen in Dresden verhandelt. Der erwähnte Kläger, jetzt Stationsarbeiter hier, erlitt im Jahre 1908 im Eisenbahnbetrieb einen Unfall, bei dem er eine schwere Verletzung des Schädels und eine Gehirnerschütterung davontrug. Nach Beendigung der Heilbehandlung erhielt der Verletzte gegen Erwerbsunfähigkeit, die ihm zahlende Rente. Mit der Zeit hat der Verletzte eingesehen, noch mehrere Stunden, jedoch als Stationsarbeiter beschäftigt, aber nicht mehr immer höhere Arbeit, sondern als Stationsarbeiter, die Weiche, der gewiß leichte sein. Die Bahn hatte ihn in ihrem Gutachten ausführlich dahin aufgefordert, bei noch Verletzung einzugehen. B. aber ging höheren Arbeit nicht fähig ist. Im Januar d. J. hatte der Stationsvorstand Kunstmann über den Zustand des Klägers an das Leipziger Bahnhofsamt berichtet, daß nunmehrige Beschäftigung nicht mehr befriedigen. B. die jetzige Beschäftigung ausübte, zu der höheren Tätigkeit als Stationsarbeiter in er aber nicht fähig. Auf Grund dieses Gutachtens hielt der Eisenbahnbetrieb für geboten und beantragte beim Schiedsgericht die Entziehung der seit geraumer Zeit gezahlten Rente. Dem hat der Kläger mit dem Einwand widersprochen, daß er noch weniger heute Unfallfolgen gefährlich ist, als er nicht in die Lage versetzt werde, seine frühere, besser bezahlte Tätigkeit aufzunehmen. Ungeachtet dieses zweifellos beachtlichen Einwandes hat aber der Staatsfiskus auf Rentenentziehung bestanden. Das Schiedsgericht hat jedoch die Weitergewährung der Rente für gerechtfertigt erachtet und den Rentenentziehungsantrag zurückgewiesen. In der Begründung wurde ausgeführt: Wenn auch der Verletzte seine jetzige Arbeit regelrecht und ungehindert ausübe, so könne nicht ohne weiteres völlige Erwerbsfähigkeit angenommen werden. Maßgebend sei, ob der Verletzte noch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt als geschädigt anzusehen ist, und diese Frage müsse schon um deswillen bejaht werden, weil B. seine frühere besser bezahlte Tätigkeit nicht aufnehmen könne und mit einer andern Arbeit vorlieb nehmen müsse.

Mißstände im Plakatwesen.

Gründlich hereingefallen ist der Inhaber des Füllbornschen Plakatinstitutes in Pieschen. Wir berichteten seinerzeit, daß die Firma während der Wahlbewegung auch das Wahlkomitee des 4. Kreises um Ueberweisung seiner Aufträge ersuchte. Die Arbeiterschaft in den Vororten Mickten, Trachau und Umgegend hatte auf Grund früherer Erfahrungen gänzlich auf die Benutzung der Füllbornschen Plakatsäulen verzichtet. Da jedoch die Firma schriftliche Zusicherungen gegeben hatte, ließ sich das Wahlkomitee nochmals zu einem Abschluß für die ganze Dauer des Wahlkampfes unter Vorausbezahlung ein. Doch schon bei den ersten Plakaten stellte sich heraus, daß die Firma diesen Anforderungen nicht gewachsen war, und das zweite Plakat wurde trotz wiederholten Erinnerungen noch unregelmäßiger, an einzelnen Säulen überhaupt nicht angeschlagen. Auf eine gütliche Auseinandersetzung ließ sich der Inhaber der Firma nicht ein, verweigerte auch die Herausgabe eines zurückgeforderten Teilbetrages. Das Wahlkomitee des 4. Kreises beschloß deshalb auf dem Klagewege gegen die Firma vorzugehen. Mittlerweile hatte aber auch die Firma gegen unsere Zeitung wegen der damaligen Veröffentlichung Klage angestrengt, wurde jedoch, wie schon berichtet, kostenpflichtig abgewiesen. Nunmehr ist auch die Klage des Wahlkomitees nach längerer und gründlicher Beweisaufnahme zugunsten desselben entschieden. Die Firma ist nach dem Klageantrag kostenpflichtig verurteilt worden. Es handelt sich hier um ein Plakatinstitut, das die städtische Konzession besitzt, und dürfte vielleicht der Ausgang der Klage und vor allem die Beweisaufnahme dazu beitragen, daß im Dresdner Plakatwesen für die Zukunft solche Zustände ausgeschlossen sind.

Herr Dr. Heinze.

Die Chemnitzer Allgemeine Zeitung bringt über die abgebaltene Zentralvorstandssitzung der nationalliberalen Partei, in der es zu der bekannten Auseinandersetzung kam — siehe den Artikel in der gestrigen Nummer unserer Zeitung —, noch ergänzende Mitteilungen, in denen es u. a. heißt:

„... Gegen Bassermann wandte sich u. a. sehr heftig Dr. Heinze-Dresden, während im übrigen die sächsischen Delegierten sich zum größten Teil auf die Seite der Reichstagsfraktion stellten, die mit wenigen Ausnahmen zu Bassermann hielt ...“

Man ersieht auch aus diesem Vorgang, wie reaktionär und rückschrittlich Herr Dr. Heinze politisch denkt. Von allen sächsischen Delegierten, die an der Sitzung teilnahmen, befämpfte er am schärfsten den Führer seiner Partei, weil dieser nicht mit den „Blauschwarzen“ durch dick und dünn wollte!

Unklimmigkeiten.

Der Konservative Verein im 4. Reichstagswahlkreis hat dieser Tage eine Kreisversammlung im Ebenhaus (!) des Neustädter Bahnhofs abgehalten. Es war wohl das erstemal, daß die Herren nach der Reichstagswahl in diesem Zirkel zusammenkamen. Sie haben aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und den Mund ganz gewaltig gegen die böse Sozialdemokratie und ihre vermeintlichen Helfer aufgetan. Die Herren Konservativen wollen sogar — sollte man's glauben! — die Nationalen Ausschüsse bekämpfen. Der Macher des Ganzen, Generalmajor z. D. Schmaltz, hat die Geschichte so satt, daß er den Krempel hingeschmissen und sich deshalb nicht wieder wählen ließ. Vorher aber forderte er — wie wir einem Bericht über die Versammlung entnehmen — „die Vertrauensleute im Wahlkreise auf, die Nationalen Ausschüsse vorläufig in keiner Weise mehr zu unterstützen. Schon bei Beginn der Wahlagitation habe sich das konservative Wahlkomitee zu einem Stichwahlabkommen mit den Liberalen bereit erklärt, während das Wahlkomitee der Fortschrittlichen Volkspartei jede Aeußerung hierzu abgelehnt habe. Obgleich aus dieser Ablehnung nur der Schluß habe gezogen werden können, daß die Fortschrittler im Falle einer Stichwahl für den Sozialdemokraten eintreten wollten, seien sie doch vom Nationalen Ausschuß vollkommen gleichmäßig mit den Konservativen behandelt worden. Aber auch nach Veröffentlichung des Stichwahlabkommens zwischen der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei habe der Nationale Ausschuß seine Stellung zu dieser Partei nicht geändert. Wer also die Nationalen Ausschüsse unterstütze, fördere Gesichte, daß diese Unterstützung bei einer Anhängen Wahl der Fortschrittlichen Volkspartei und somit der Sozialdemokratie zugute kommen. Es ist gewiß ein gewaltiges Verlangen, daß die Nationalen Ausschüsse das „national“ nicht nur im Namen führen, sondern, daß sie auch in nationalem Sinne entschiedene Stellung nehmen sollen.“

Sagte er und legte sein Amt nieder, trotzdem man ihn nochmal anbettelte und in Dankesmomten hat erhielt. Der Herr Generalmajor scheint die Nase voll zu haben. — Nach dem man der von den Konservativen abgehaltenen, von Generalmajor Generalleutnant gesprochene Herr Fritzsche auf den Plan. Er machte sich das Ernst nicht leicht; im Schimpfen ist ihm wohl keiner über. Der Sächs. sagt darüber:

„Als ernster Grund für den unglücklichen Ausgang der Stichwahl bezeichnete der Redner das Schwinden des Ansehens gegen die Sozialdemokratie. Der Sozialismus habe die Sozialdemokratie zu Tausenden geschaffen, das habe er als Reichstagskandidat in Schwabach-Nürnberg im Stichkampf verspürt. (Der Redner!) Scharf polemisierte Herr Fritzsche gegen die Fortschrittler, die mit der Stoßkraft der bewußten Unwahrheit gegen die Konservativen gefämpft hätten. Unser monarchisches Gefühl habe durch das Verhalten der Volkspartei tief gelitten. Die Liberale Volkspartei habe die schwerste Schuld in diesem Stichkampf auf sich geladen. Er klage die Sozialdemokratie an, daß sie den Sieg der Sozialdemokratie herbeigeführt habe. Zwischen den gebildeten und den ungebildeten Internationale bestünden innige Verbindungen. Sodann wandte sich Herr Fritzsche gegen den Nationalliberalismus. Ein nationaler und liberaler Mann dürfe überhaupt keinen Sozialdemokraten in den Reichstag kommen lassen. Die Nationalliberalen hätten aber sogar dem „vorbestraften Hochverräter“ Bebel die höchste Würde der deutschen Volksvertretung angetragen. Jeder Sozialdemokrat im Parlamentsdirektorium sei eine Beleidigung für den Landesherrn. Wenn der Bassermannismus weitere Fortschritte im Deutschen Reiche mache, so würde es schlimm um unser Vaterland stehen. Die Regierung frage sich immer: Wie wirken unsere Maßnahmen auf die Sozialdemokraten? Jeden Augenblick könnte der Kriegsfunke die Welt in Brand setzen. Da müßten wir gerüstet sein auf alle Eventualitäten. Unsere Regierung sei leider nicht mehr frei von den Einflüssen der Börse; der Landwirtschaft aber dürfe sie eine Last nach der anderen auf. Die konservative Partei mit ihren reichen Schätzen an Vaterlandsliebe sei heute unentbehrlich. Konservativ sein, das heiße heute Stütze sein, einzige Stütze unseres lieben deutschen Vaterlandes.“

Hurra! — Schade, daß wir diese Brandrede nicht hören konnten. Sie hätte uns sicher eine recht heitere Stunde gebracht. Früher meinte Herr Fritzsche doch wohl, daß die Antisemiten die einzig wahren „Stützen des lieben deutschen Vaterlandes“ seien. Doch so ein kleiner Gesinnungswechsel kommt vor in diesen Kreisen. Der Unterschied war übrigens nie sehr groß, heute merkt man ihn kaum noch. Wenn Herr Fritzsche von den vielen „Manismus“ nur nicht etwa krank wird. Im 20. Kreise hat man ihn offenbar auch hart mitgenommen. Ein politischer Katzenjammer scheint eine noch schlimmere Sache zu sein als ein physischer. — — —

Sitzung der Stadtverordneten am 28. März, abends 7 Uhr. Die Tagesordnung enthält unter anderen folgende Punkte: Beratung des Haushaltplans auf das Jahr 1912 betreffend Steuern und Abgaben; Berechnungsgeld zur Gewährung von Mietzuschüssen an Arbeiter; Berechnungsgeld zur Deckung des Fehlbetrages bei der Schwemmkanalisation; Beschleunigung der Rechnungsprüfung und Bewilligung von 10 000 M. zur Vergütung für Prüfung von Rechnungswerken außerhalb der geordneten Dienstzeit; Begründung von drei weiteren Ratsbeamtenstellen beim Rechnungsamte; Auflösung der Fachschule des Vereins Gewerbetreibender und Bildung weiterer Klassen bei den städtischen Fach- und Fortbildungsschulen; Errichtung einer Geldvermittlungsstelle für die sächsischen Gemeinden; Annahme des vom verstorbenen Bau- und Stadtrat Hermann August Richter der Stadtgemeinde unter einer Auflage ausgesetzten Vermächtnisses von 3000 M.; Beschlußfassung darüber, den Rat zu ersuchen, die Ausnahmetage vom Acht- und Neunuhrladenschluß sowie die Ausnahmen von der Mindestruhezeit aufzuheben, hiervon sämtliche Sonnabende jedes Jahres in die letzten 14 Tage vor Weihnachten auszunehmen und zu verordnen, daß an diesen Tagen die Läden nur bis 9 Uhr geöffnet sein dürfen und auch die Mindestruhezeit nur bis dahin beschränkt werden darf. — Geheime Sitzung.

Der Verein für Radwettfahren eröffnet die diesjährige Saison am ersten Osterfeiertag auf seiner Radrennbahn beim dem Großen Garten. Fünf Dauerrennen, und zwar ein Verfolgungsrennen über 15 Kilometer, ein Zukunftspreis über 20 Kilometer, ein Frühlingspreis über 25 Kilometer, ein Jugendpreis über 30 Kilometer, ein Fünf-Länder-Kampf über 40 Kilometer, werden neben Fliegerrennen das Programm umfassen und erstklassige Fahrer an den Start bringen. Bei schönem Wetter wird jetzt schon fleißig trainiert: Walthour, Hundrichts, Thomas und die Dresdner Sieber bereiten sich vor. Dauerkarten für alle sieben Rennen sind in der Geschäftsstelle beim Hofzimmerer Lehmann, König-Johann-Straße, zu den bekannten Preisen (Innenraum 21,06 M., 1. Platz 10,70 M. inklusive Steuer) zu entnehmen.

Vermischte Nachrichten. Der Leichnam eines neugeborenen Kindes, dessen Hals zugeschnürt war, wurde in den Elbanlagen bei Kaditz aufgefunden. Um den Kopf des Kindes war ein weißes Tuch gewunden. Es liegt wahrscheinlich ein Verbrechen vor. — Vorgestern abend entstand Hermsdorfer Straße 18 ein Küchenbrand. Da die Bewohner nicht anwesend waren, mußte der Zugang zur Wohnung von außen mittels Steckleiter genommen werden. Gestern früh 8¾ Uhr wurde dem Brühlsche Gasse 4 Rauchfangschlag gemeldet. Nachmittags 12¾ Uhr wurde Materniststraße 16 ein Küchenbrand gelöscht.

Aus der Umgebung.

Gittersee. Freitag den 29. März, abends 7½ Uhr, im Gasthofe öffentliche Gemeinderatssitzung. Die Tagesordnung ist ortsüblich bekannt gemacht.

Gostritz. Donnerstag den 28. März, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung. Interessante Tagesordnung.

Deuben. Der Gesamtvorstand der Tuberkulose-Fürsorgestelle im Plauenschen Grunde hat beschlossen, ein eigenes Fürsorgeheim zu errichten. Freiherr v. Burgk hat dem Gemeindeverbande geeignetes Areal zur Bebauung überlassen. Das Fürsorgeheim soll im Sommer fertiggestellt werden.

Reinhardt. Vor dem Landgericht in Freiberg wurde der Gutsbesitzer Friedrich Weichelt aus Reichstädt wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem siebenjährigen Mädchen, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil hat unter der Reichstädter Einwohnerschaft sonderbare Gefühle ausgelöst. W. hat das Verbrechen Anfang Januar begangen. Das Kind ist schwer verletzt worden und sind die Verletzungen von dem Bezirksarzt in Tharandtswalde festgestellt und als eine Folge des Sittlichkeitsverbrechens bezeichnet worden. W. befindet sich bis zum heutigen Tage auf freiem Fuße und war nicht inhaftiert. Weichelt bestreitet, die Tat begangen zu haben. Er gibt an, das Kind müsse über einen Scheunenrechen gefallen sein und sich dabei verletzt haben. Das Urteil und die Behandlung derselben deshalb sonderbar in Reichstädt, weil bereits einiger Zeit der Fabrikarbeiter Zimmchen desselben Vergehens angeschuldigt war und verurteilt wurde. Z. wurde einiger Tage nach Bekanntwerden des Vorfalles von der Arbeitsstelle weg verhaftet und wurde, obwohl bei der ärztlichen Untersuchung nichts festgestellt werden konnte, zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Vereinskalender für Donnerstag.

Maschinenbauerverband. Abends 8½ Uhr Branchen-Versammlung der Gold- und Metallschläger im Saale der Reichshallen, Seidnitzgr.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Bauarbeiter. Abends 8½ Uhr Rechenstunde für Gewerkschaftsmitglieder im Volkshaus.

Gewerkschaftskartell Mügeln und Umg. Abends 8½ Uhr Delegiertenversammlung im Kleinen Gasthof zu Mügeln.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Einen komplizierten Schwindel verübten die beiden Arbeiter Anton **Wozniak** und Franz **Trzeciak**, aus Russisch-Polen in der Gegend von Warschau stammend. Sie arbeiteten mit noch mehreren ihrer Landsleute in Torna in einer Ziegelei und einem Gute. W., der ältere, schrieb an die Eltern eines mit ihnen zusammenarbeitenden Landsmanns Kotak einen Brief, mit der Unterschrift des Sohnes. In dem Briefe stellte er als Sohn seine Lage als recht schlecht hin, er jammerte über die schlechte Behandlung, die sie in Deutschland hätten und bat um schleunige Uebersendung von 50 Rubel, damit er und zwei Freunde die hiesige Arbeitsstelle verlassen und in die Heimat reisen könnten. Als das Geld nach ihrer Rechnung eingetroffen sein konnte, begab sich Tr. auf das betreffende Postamt, wohin sie die Sendung adressiert hatten. Er stellte sich als Empfänger des Geldes, Kotak, vor, trotzdem er ungenügende Legitimationspapiere hatte. Der Schalterbeamte hat lange gezaudert, ehe er dem Tr. die für K. eingegangenen 124 M. auszahlte. Er hat ein förmliches Examen mit ihm vorgenommen; Tr. mußte den Namen und Ort des Absenders und sonstige Intimitäten angeben. Da er aber alles beantworten konnte, erhielt er schließlich das Geld und überbrachte es seinem Partner W. Mittlerweile war aber von der Heimat auch ein Brief mit der Mitteilung der Geldsendung eingegangen und der echte K. mußte natürlich auch sein Geld von der Post erhalten. Eigentlich mußte nun der Schalterbeamte das Geld dem Postfiskus ersetzen. Dieser hatte aber schon den nächsten Tag das Glück, den Tr. zu treffen, den er sofort festnehmen ließ. Bei den beiden Sündern wurde noch der größte Teil des Geldes gefunden, so daß der allzu leichtgläubige Beamte nur ungefähr 50 M. zu ersetzen hat. Beide Angeklagte haben in der Voruntersuchung alles Mögliche getan, um die Aufklärung der Sache zu erschweren. In der Hauptverhandlung bequemte sich Tr. zu Geständnissen, während W. weiter leugnete. Das Urteil lautete bei W. wegen schwerer Privatkundenfälschung und Betrugs auf 8 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust. Tr. erhielt wegen Privat- und intellektueller Urkundenfälschung 2 Monate 2 Wochen Gefängnis und wegen Uebertretung 2 Wochen Haft. Die gesamte Strafe Tr.s galt durch die Untersuchungshaft als verbüßt.

Schöffengericht.

Die Pfändung. Der Klempnermeister Gr. ichen hatte in der Wohnung eines gewissen Gräfe eine Klosettreparatur vorgenommen und es entstand hieraus ein Streit wegen Bezahlung der Reparaturkosten. G. war der Auffassung, daß der Hauswirt die 2,75 M. zu zahlen hätte, während sich der Klempnermeister nur an ihn als den Besteller hielt. Er übergab die Eintreibung der Schuld dem Rechtsanwalt Dr. Görisch. G. bezahlte zwar dann die Reparaturkosten, lehnte aber die Bezahlung der erwachsenen Rechtsanwaltskosten ab mit der Motivierung, zu einem derart geringen Betrage sei kein Rechtsanwalt nötig. Er wurde aber zur Zahlung der Kosten verurteilt. Graichen ließ nun auf Grund des Urteils bei G. pfänden, die Pfändung war aber erfolglos. In der Meinung, der Gerichtsvollzieher sei nicht energisch genug vorgegangen, ließ er ein zweites Mal pfänden und diesmal wohnte der Pfändung der Bureauvorstand des Rechtsanwalts Dr. Görisch bei. Diesmal pfändete man ein unentbehrliches Möbelstück, das wieder freigegeben werden mußte. Nunmehr wohnte einer dritten Pfändung der Rechtsanwalt selber bei und sie wurde von einem Gerichtsvollzieher vorgenommen, der bisher noch nicht in dieser Sache tätig gewesen war. Bei dieser dritten Zwangsvollstreckung soll die Ehefrau des Schuldners den Rechtsanwalt beleidigt haben, indem sie sein Vorgehen unverschämt nannte, von ihm als von einem Manne sprach und ihm drohte, sie wolle ihn herauswerfen lassen. Der Rechtsanwalt klagte deshalb gegen die Frau wegen Beleidigung. Sie bestritt alle Beleidigungen und machte im Gegenteil geltend, sie habe sich trotz des Verhaltens des Privatklägers diesem gegenüber anständig benommen. Der Privatkläger habe sie aber durch die Art seines Vorgehens schwer gereizt, er habe die Mienen mehrmals durchwühlt. Lediglich wegen seines Verhaltens habe sie ihn zum Verlassen ihrer Wohnung aufgefordert und bei der sechsten Aufforderung die Tür geöffnet. Als er trotzdem nicht ging, sondern höhnisch lächelnd erklärte, er werde sich das erst noch überlegen, habe sie zu einer Zeugin gesagt: „Sie haben gesehen, daß ich den Mann sechsmal zum Verlassen meiner Wohnung aufgefordert habe, ich werde dagegen vorgehen.“ Obwohl der Privatkläger hierauf sagte, er sei kein Mann, sei sie der Ansicht, daß hierin keine Beleidigung liege, denn für sie wäre er eben ein Mann. Die Beweisaufnahme beschränkte sich auf die Vernehmung des Gerichtsvollziehergehilfen Schmidt, nach dessen Bekundungen man sich allerdings nicht genug wundern kann, daß es bei der Pfändung nicht zu Schlimmerem kam. Der Zeuge verneinte, daß Beleidigungen seitens der Frau gefallen wären, obgleich selbst er (der Gerichtsvollzieher) durch das Benehmen des Privatklägers in der schwersten Form gereizt und verletzt worden sei. Einen Kasten mit Rickstücken sollte er zweimal durchsuchen, alte gebrauchte Tabakspeifen sollte er pfänden, ebenso eine alte Blechbüchse. Er habe das Verhalten des Rechtsanwalts als Schikane aufgefaßt und ihn auch bei der Pfändung gefragt, ob er ihn etwa schikanieren wolle. Er habe immerfort Unmögliches von ihm verlangt, und wenn er Einwendungen machte, so drohte der Rechtsanwalt ihm vor den Leuten fortgesetzt mit Beschwerden über ihn. Hätte er all die alten Sachen gepfändet, die er pfänden sollte, so hätte man ihn einfach ausgelacht. Die Beweisaufnahme war also vollständig negativ ausgefallen, trotzdem fand das Gericht eine Beleidigung heraus. Es erklärte eine solche in der Aufforderung an den Rechtsanwalt, die Wohnung zu verlassen und erkannte hierfür auf die gesetzlich zulässige Mindeststrafe von 3 M. — Das Urteil ist in jeder Beziehung unhaltbar, denn das Gesetz gestattet einem Wohnungsinhaber jederzeit, mißliebige Personen hinauszuweisen.

Ein gefährliches Experiment. Anfang dieses Jahres erschien im Aussiger Tageblatt ein Inserat, in dem Pflegeeltern für ein unehelich geborenes Kind gegen eine Abfindung von 7000 Kronen gesucht wurden. Offerten waren an den Reisenden Karl August Jaxke in Dresden einzureichen. Auf das Inserat gingen gegen 200 Offerten ein, von denen noch nicht einmal der vierte Teil durch J. geöffnet wurde. Er sandte darauf an 20 Leute, die das Kind und die 7000 Kronen haben wollten, ein hektographiertes Schreiben, worin er ihnen mitteilte, ihre Bewerbung sei berücksichtigt worden, es müsse aber noch in diskreter Weise Auskunft über sie eingeholt werden. Zu diesem Zwecke sollten sie 3,50 M. einsenden. Dieser Aufforderung kamen denn auch sieben Personen nach. Einem von diesen schwante aber hinterher, daß die Geschichte vielleicht doch Schwindel sei und er erstattete gegen J. Anzeige. Der Kriminalwachtmeister Hermersdorfer bestellte J. nun zu sich und nahm ein Verhör vor. Bei der Leibesvisitation wurde auch ein Teil einer Leipziger Zeitung zutage gefördert. In einem unbewachten Augenblick ergriff J. das Zeitungsblatt und machte Anstalten, es zu verschlingen. Man rückte ihm den größten Teil der Zeitung wieder aus den Zähnen. Das Zeitungsblatt enthielt einen Artikel über den Adoptionsschwindel und schilderte detailliert das System, nachdem dieser neuere Schwindel organisiert und in Szene gesetzt wird. J. hatte sich wegen Betrugs zu verantworten. Er gab zu, daß weder das Kind noch die 7000 Kronen existierten. Trotzdem bestreitet er, Betrugsabsichten gehabt zu haben; das ganze sei lediglich ein Experiment gewesen, zu dem er durch jenen Artikel animiert worden sei. Der Angeklagte reist für das Geschäft seiner Frau, hat aber nur geringe Erfolge. Er inseriert auch in den Tageszeitungen, bekommt aber wenig Offerten. In dem Artikel wurde nun gesagt, daß auf die Inserate der Adoptionsschwindler Tausende von Offerten einlaufen und die Schwindler infolgedessen glänzende Geschäfte machen. Diese Praxis interessierte ihn und er kam nun nach seiner Behauptung auf den ausgefeilten Gedanken, einmal die Probe aufs Exempel zu machen, wieviel Offerten er wohl bekommen werde. Dabei will er die Absicht gehabt haben, den Leuten das Geld wieder zurückzuschicken. Er hat es auch zurückgeschickt, da war aber die Untersuchung bereits im Gange. Das Gericht schenkt dieser Erklärung aber keinen Glauben und verurteilt ihn zu 3 Wochen Gefängnis.

7. Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen.

k. r. Nürnberg, den 23. März.

Fünfter Verhandlungstag.

Kollege R. **Behr**-Bremen hielt ein eingehendes Referat über „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Küchenangestellten“. Es war dem Verband bisher äußerst schwierig, unter dem Küchenpersonal Eingang zu finden, aber seitdem der Kollege Behr, ein bisheriger Koch, ins Hauptbureau eintrat, konnte auch dieser Aufgabe mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden und ist es gelungen, auch die Köche in größerer Anzahl für den Verband zu gewinnen. Infolge seiner Tätigkeit ist Behr mit der Lage des Küchenpersonals durchaus vertraut geworden, und sein Referat bildete eine Aufhebung krasser, geradezu unglaublicher Mißstände in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es sind zu verlangen: eine Erhöhung der ungenügenden Lohnsätze, die in den letzten Jahren, trotz der Teuerung, eine ständige Verkürzung erfahren, Beseitigung des Kost- und Logiswesens, Ablösung der „freien Station“ durch Barentschädigung, Bekämpfung der Lehrlingsausbeutung und Beseitigung des Volontärunwesens, bessere hygienische Verhältnisse in den Küchen und sonstigen Arbeitsräumen, und meistenteils auch bessere Kost. (Wenn das Publikum die Zustände in vielen Küchen kennen würde, wo Ratten und großes Ungeziefer als Haustiere hausen, würde es in solchen Küchen zubereitete Speisen weit von sich weisen. Bezüglich der Beköstigung des Küchenpersonals geben sich viele Eltern der Illusion hin, ihren Kindern wenigstens ein gesundes, gutes Essen gesichert zu haben, wenn sie sie in den Küchendienst geben. Das ist meistens ein großer Irrtum der Eltern, denn es ist vielfach Sitte, für das Küchenpersonal diejenigen Nahrungsmittel zu verarbeiten, die weg müssen, weil sie schon „angerüchtig“ sind.) Auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes ist für das Küchenpersonal, gleichwie für das übrige Personal, der zweistündige Arbeitstag, der 36stündige wöchentliche Ruhetag und besonderer Schutz für die Jugendlichen zu fordern.

Die alten, auf dem Boden der Harmonieduselei stehenden Köchevverbände haben es mit Rücksicht auf ihre Prinzipals-Ehrenmitglieder gänzlich verabsäumt, die wahren Interessen des Küchenpersonals wahrzunehmen, darum ist es notwendig, daß die Köche sowohl wie das gesamte Hilfspersonal sich dem Verband der Gastwirtsgehilfen anschließen und diesen in den Stand setzen, eine noch intensivere Tätigkeit für das Küchenpersonal entfalten zu können. — In der Diskussion wurden die Schilderungen des Referenten vollauf unterstützen und darauf hingewiesen, daß selbst in renommierten Häusern die an und für sich schon ganz unzulänglichen Bundesratsbestimmungen über die Ruhepausen (aller 14 Tage 24 Stunden, für die dazwischenliegende Woche 6 Stunden) und den Schutz der Jugendlichen rücksichtslos übertreten werden. Der Verbandstag nahm einstimmig eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution an.

Das darauffolgende Referat von **Hugo Poetzsch** über den für das Gastwirtsgewerbe notwendigen Arbeiterschutz enthüllte eine weitere Serie geradezu furchtbarer Liebelstände: Arbeitszeiten, die ins Unglaubliche gehen, Schlafgelegenheiten für die Angestellten, die geradezu mörderisch sind, ein Raubbau an der Gesundheit und Arbeitskraft, der bis zur völligen physischen Erschöpfung geht. Der Verbandstag nahm wiederum einstimmig eine vom Referenten vorgeschlagene Resolution an, die verlangt, daß an die Stelle der Bundesratsverordnungen ein Spezialgesetz treten soll, das in Anlehnung an die Reichsversicherungsordnung die Verhältnisse der gastwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten nach folgenden näher spezialisierten Grundsätzen regelt:

Die Arbeiterschutzbestimmungen sind für alle im Gastwirtsgewerbe tätigen Personen festzulegen.

Die tägliche Arbeitszeit aller Angestellten über 16 Jahre im Gast- und Schenkwirtschaftsgewerbe darf 12 Stunden nicht überschreiten und kann mit Rücksicht auf den Geschäftsgang auf 15 Stunden, einschließlich der Pausen, verteilt werden, so daß eine neunstündige ununterbrochene Ruhezeit innerhalb 24 Stunden verbleibt.

Pausen im Sinne dieser Bestimmungen sind Arbeitsunterbrechungen nur dann, wenn der Angestellte sich aus den zum Betriebe benutzten Räumen entfernen darf, über diese Zeit selbständig zu verfügen hat und die einzelne Pause nicht weniger als eine Stunde beträgt.

Allen Angestellten ist eine Mittagspause von mindestens einer Stunde zu gewähren.

Lehrlinge und jugendliche Personen im Alter von unter 16 Jahren dürfen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden, und darf deren tägliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht überschreiten.

Allen Angestellten ist wöchentlich eine ununterbrochene Arbeitsruhe von mindestens 36 Stunden zu gewähren.

In jedem Gast- und Schenkwirtschaftsbetriebe ist öffentlich sichtbar ein Verzeichnis aufzuhängen, in dem die Namen der Hilfspersonen aufgeführt sind, und bei jeder Person aber Gruppe von Personen ist anzugeben, in welchen Stunden sie Dienst und wann sie Ruhepausen sowie an welchem Tage sie vollen Ruhetag haben.

Angestellte im Sinne dieser Bestimmungen sind ohne Rücksicht auf die Art und Dauer des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses, diejenigen Personen, die mit Arbeiten im Gast- und Schenkwirtschaftsbetriebe beschäftigt werden.

Dann beschäftigte sich der Verbandstag mit der Frage der Ein- und Auswanderung der gastwirtschaftlichen Angestellten und rief in einer Resolution zur Bekämpfung der Verluste in verschiedenen Ländern auf, durch skrupellose Hoge die Gehilfen gegeneinander auszuspielen und so deren Unglück und Vorgehen zur Verbesserung ihrer allenthalben gleich schlechten Lage zu hintertreiben. Die gastwirtschaftlichen Angestellten müssen vielmehr, ganz im Sinne der internationalen Konferenzen der Gastwirtsgehilfenbewegung an jedem Orte und in jedem Lande Hand in Hand mit den einheimischen bezw. zugewanderten Berufsgenossen, also auf internationaler Grundlage, ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllen und ihre Kämpfe um Verbesserung ihrer Verhältnisse führen. In diesem Sinne soll eine besondere rege Aufklärung unter den jugendlichen Berufsgenossen betrieben werden.

Weiter nahm der Verbandstag die Berichte über die Zweite Internationale Konferenz der Internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und den deutschen Gewerkschaftskongreß entgegen. Der Verbandstag erklärte sich mit der Haltung der Delegierten einverstanden.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden einstimmig der Kollege Reiske-Berlin als erster Vorsitzender (der bisherige Vorsitzende Poetzsch und der provisorische Vorsitzende Baumeister lehnten eine Wiederwahl ab), Diesing-Berlin als zweiter Vorsitzender und Strählinger als Kassierer gewählt. Der Posten des Redakteurs bleibt vorläufig offen; Poetzsch hat sich bereit erklärt, die Redaktionsarbeiten bis auf weiteres zu übernehmen, soweit dieselben nicht durch den zweiten Redakteur erledigt werden können.

Der nächste Verbandstag soll Pfingsten 1914 stattfinden.

Damit waren die Verhandlungen erledigt.

Parteiangelegenheiten.

Delegiertenkonferenz der Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Aus dem Internationalen sozialistischen Bureau wird uns geschrieben: Diese letzten Jahre waren für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands Jahre der Verwirrung und der Desorganisation. Während dieser Jahre hat die Partei weder eine Konferenz noch einen Kongreß einberufen können und während zweier Jahre konnte der Hauptvorstand keinerlei Tätigkeit entfalten. Die Partei bestand zwar weiter, aber in Gestalt von einzelnen Gruppen, die mangels eines Hauptvorstandes in allen Städten von einer gewissen Bedeutung ein wenig isoliert nebeneinander lebten.

Seit einiger Zeit unter dem Einflusse des Wiedererwachens des russischen Proletariats, fängt die Partei an, sich von neuem zu festigen, und ganz kürzlich haben wir schließlich eine Parteikonferenz zusammenberufen können (was seit dem Jahre 1908 nicht möglich gewesen war), auf der die Organisationen der beiden Hauptstädte, der Nordwestgegend und der Südgegend, des Kaukasus und der Industriegegenden des Zentrums vertreten waren. 20 Organisationen im ganzen traten in engste Verbindung mit dem Organisationskomitee, der diese Konferenz einberufen hatte, d. h. beinahe die Gesamtheit der Organisationen, Menschewiki oder Bolschewiki, die in dem Augenblick in Rußland bestehen.

Im Verlaufe ihrer 23 Sitzungen prüfte und erörterte die Konferenz, die sich die Rechte und Pflichten des obersten Parteiorgans beilegte, alle auf ihre Tagesordnung gesetzten Fragen, von denen manche von ganz einschneidender Bedeutung sind. So wurde auf die eine tiefgehende und sehr politische Erörterung der augenblicklichen politischen Lage und der Politik der Partei gegeben, eine Würdigung, die mit den Resolutionen der Konferenz von 1908 und mit den Beschlüssen der Vollversammlung des Parteiausschusses von 1910 in vollkommener Uebereinstimmung sich befindet. Sie widmete eine ganz besondere Aufmerksamkeit den in einigen Monaten stattfindenden Wahlen zur Duma und arbeitete zu diesem Gegenstand eine Resolution aus, die aus drei Teilen besteht und die in einer sehr greifbaren und sehr ins einzelne gehenden Weise die vielfachen Gebrechen unseres Wahlgesetzes berücksichtigt, die sich über die Frage der Wahlabkommen mit den anderen Parteien ausspricht und die Stellung sowie die Tätigkeit der Partei im Laufe der bevorstehenden Wahlbewegung von allen Gesichtspunkten aus untersucht. Die Fragen der Streikpraxis, der Arbeiterversicherungen, der Gewerkschaften und der Streikkasse wurden gleichfalls erörtert und ihrer Lösung entgegengeführt.

Die Konferenz untersuchte ebenfalls die Frage der „Boycotisten“. Diese Richtung leugnet das Bestehen einer illegalen Partei, erklärt, daß diese bereits aufgelöst sei, daß ihre Neubegründung nichts weiter sei als eine reaktionäre Utopie, und versichert, daß die Partei nur in legaler Form wieder erstehen könne. Nichtsdestoweniger hat diese Richtung, die mit der illegalen Partei gebrochen hat, bis jetzt seine legale Partei begründen können. Die Konferenz hatte sich, daß die Partei seit vier Jahren gegen diese Richtung kämpft, daß die Konferenz von 1908 und die Hauptversammlung des Parteiausschusses von 1910 sich gegen diese Boycotisten ausgesprochen haben, daß trotz aller Anstrengungen, die gemacht worden sind, sie fortfährt, Sonderbündelei zu treiben und die Partei in der legalen Arbeit anzuarbeiten. Die Konferenz erklärte demzufolge, daß die von die Organe Nasche Zaria, Dielo Truda (deren man jetzt noch Zibor Dielo anzufellen muß) geschaarten Mitglieder sich außerhalb der S. D. Arbeiterpartei Rußlands gestellt haben.

Schließlich wurde ein Vorstand und die Redaktion des Zentralorgans Sozialdemokrat gewählt. Außerdem hat die Konferenz außerordentlich beschlossen, da wir im Auslande eine Menge Gruppen besitzen, die mehr oder weniger sozialistisch, jedoch auf alle Fälle von dem russischen Proletariat fehlen nur einer sozialistischen Aktion vollständig getrennt und demzufolge ohne jede Verantwortlichkeit sind, daß diese Gruppen in keiner Weise die S. D. A. Partei darstellen oder vertreten können, daß die Partei keinerlei Verantwortung oder Gewähr für diese Gruppen übernimmt und daß alle Verbindungen mit der S. D. A. Partei Rußlands durch Vermittlung des Parteivorstandes zu erfolgen haben, dessen Auslandsadresse wir nachstehend geben: Wladimir Ostlanof, 4 Rue Marie Rose, Paris XIV.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Der Streik der Bergleute am Deister bei Hannover und im Schaumburg-Lippischen Gebiet

dauert unverändert fort. Der Bergfiskus geht mit denselben rigorosen Mitteln vor, wie die Kohlenbarone des Westens. Im Laufe der vorigen Woche sind nicht weniger als 1715 Bergleute am Deister durch eingeschriebenen Brief benachrichtigt worden, daß sie aus der Belegschaftsliste gestrichen sind. Am Deister arbeiteten am Sonnabend nur 581 Mann, meistens Leute, die über Tage beschäftigt sind. Die geringe Zahl der unterirdisch beschäftigten Leute reicht kaum aus, um Kohlen zum Selbstverbrauch unter zu fördern. Die Streikenden gehen meist zu Bruch. Im Lippischen Gebiet beträgt die Zahl der Streikenden noch rund 1000. Hier ist man ebenfalls mit der Sperrung aus der Belegschaftsliste vorgegangen.

Am Sonntag fand im Sperrgebiet eine große Anzahl Versammlungen statt, die alle übereinstimmend eine Resolution annahmen, in der die Bergarbeiter geloben, im Streik auszuharren. Es soll jedoch im Laufe der Woche versucht werden, mit den Behörden wegen Verhandlungen in Verbindung zu treten. Als nahegehende Beschwerde kommen das Oberbergamt Clausthal und der Minister für Handel und Gewerbe in Frage. — Sollten sich die Verhandlungen wieder zerschlagen, so empfiehlt die Konferenz, den Streik mit der schärfsten Mitteln durchzuführen.

Interessant war die Versammlung in Gardorf, zu der mehr als 1000 Bergleute erschienen waren. Dort trat der Vertreter Proske aus Barmbuchsen in der Debatte auf und riet den Bergleuten eindringlich, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er glaubte nach einer Unterredung mit dem Bergrat Schäffer ausführen zu müssen, daß der Streik keine Aussicht auf Erfolg habe. Der Bergrat habe ihm gesagt, daß die Forderungen nicht bewilligt werden könnten, weil die Verwaltung gezwungen sei, einen Ueberschuß von 7 Proz. herauszuwirtschaften. Das lasse nicht die Rücksicht, sondern der preußische Landtag. Der Bergrat habe kein persönliches Interesse an der Sache. Auf die Frage, was denn werden solle, wenn der Streik mehrere Wochen dauere, habe der Bergrat geantwortet, dann müsse das Werk eingehen? Trotzdem der Vorstand mit allen Mitteln der Ueberredung versuchte, die Bergleute zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen — er versicherte, daß die Verwaltung dann freiwillig großes Entgegenkommen zeigen werde —, stimmte die Versammlung, wie alle anderen, einmütig der Resolution zu. Die Bergleute sind eben der Meinung, daß, wenn die Verwaltung später freiwillig Zugeständnisse machen kann, sie es auch jetzt tun könnte.

Interessant ist jedenfalls die Auslage des Bergrats, der lieber ein staatliches Bergwerk eingehen lassen will, als den Arbeitern auskömmliche Löhne zu zahlen. Es ist auch unrichtig, daß der Landtag einen siebenprozentigen Ueberschuß verlangt hat.

•

Die Bergarbeiterbewegung in Böhmen.

Aus einer eingehenden Darstellung des Verlaufs der Bewegung der Braunkohlenbergarbeiter in Nordwestböhmen durch die Union der Bergarbeiter Oesterreichs ergibt sich zunächst die unbeugsame Zähigkeit dieser Arbeiterschaft. Nur in dem kurzen Streik vom Februar dieses Jahres umfaßt die Union den größten Teil der Arbeiter, Falkenau-Elbogen umfaßt die Union den größten Teil der Arbeiter, Stände, obgleich auch dort ein Teil dem „freigewerkschaftlichen“ Verband, zum Teil aus alter Anhänglichkeit und Unternehmerfreund Simon Stark, zum Teil aus alter Anhänglichkeit in besserer Zeit, folgt. Dagegen ist die Union im Gebiet von Teplitz-Brüx durch den sicherlichen Schutzverband und durch die terroristische Beeinflussung der deutschnationalgesinnten „Organisation“ durch die Unternehmer sowie durch sicherlich nationalistisch-anarchistische“ Treibereien bedeutend geschwächt worden. Die Arbeiterzeitung führt alles dies aus der im Vorbereiter nicht nach immer gibt eine Zersplitterung oft also der im Vorbereiter nicht nach immer gibt eine christliche Organisation keine notwendige ist. Insofern haben alle Gruppen den Willen, diesmal gemeinsam zu operieren. Streiks kommt es darauf wenig an, da durch die von allen Seiten betriebene Hetze gegen die Gewerkschaft die Disziplin und Geschlossenheit unter den Bergarbeitern sehr gelitten hat. Als daher am 17. d. M. die Unternehmer alle Forderungen ablehnten, kam es — gegen den Willen der Gewerkschaftsführer und ohne noch das Resultat der Vermittlungsaktion zu der es sich sofort bereit erklärt hatte, abzuwarten — zu zahlreichen wilden Streiks. Dies ist namentlich auf den Kohlenbergbau des Bruch gerichtet, wo das Leben einer hart unschuldig den gesamte Arbeitermasse lebt. (Was parlamentarische Abgeordnetenwahlen nicht bewirkt!) Sieg der Zechenkandidaten bei den Parlamentswahlen nicht hindert!) Der 28. März wird auch für die verbandstreuen Arbeiter der Entscheidungstag sein.

Im Plauener Steinkohlenrevier sowie in dem mährisch-schlesischen Becken von Ostrau-Karwin sind ebenfalls Forderungen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120327/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Mörderreich. Die Regierung hat überall Gendarmen konzentriert, nach Ostrau auch bereits Militär entsendet.

•

Amerika.

Neuyork, 26. März. Ein allgemeiner Kohlenstreik erscheint unabwendbar, auch droht ein Streik der Lokomotivführer, da die Verhandlungen zwischen ihnen und den Eisenbahngesellschaften resultatlos verliefen.

Inland.

Lohnbewegungen.

Am Dienstag vormittags 9 Uhr begannen unter Vorsitz des Reichsschlichtungsamts Dr. Hiller in Frankfurt a. M. die Einigungsverhandlungen im Schneidergewerbe. Die Parteien waren vertreten nur durch die Hauptvorstände. Einem Wunsche Dr. Hillers folgend, soll über die Verhandlungen vorläufig nichts in die Oeffentlichkeit gebracht werden, damit die Verhandlungen nicht gestört oder von außen beeinflußt werden könnten. Zunächst berichteten beide Parteien von ihrem Standpunkt aus über den Lohnkampf. Nach vierstündiger Verhandlung wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vormittag vertagt. — Am Nachmittag tagten beide Parteien gesondert, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die örtlichen Vertreter zu den Verhandlungen geladen werden sollen. Die Vertreter des Schneiderverbandes sind dafür, während die Unternehmervertreter sich dagegen erklären. Vorläufig ist ein gangbarer Weg zur Einigung noch nicht gefunden.

In Görlitz sind vom Textilarbeiterverband und vom Gewerkverein H.-D. die Betriebe von Otto Schwetasch und Krause und Söhne wegen Lohndifferenzen für Weber und Weberinnen gesperrt.

Der Streik und die Aussperrung in der Singer-Nähmaschinenfabrik in Wittenberge sind beendet. Die Streikenden beschlossen den Streik aufzuheben und am Montag die Arbeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

Bei der Firma G. Schmidt, Wärmofen, haben die Zwicker die Arbeit eingestellt, nachdem gütliche Unterhandlungen ohne Erfolg waren. — Bei der Firma Gg. Sauer, Thalfröschen, haben die Zwicker infolge ihres geringen Verdienstes und Einführung neuer Fassons einige Forderungen gestellt. Man sucht die Firma aus März Zwicker, allem Anschein nach, um über die Forderungen dadurch hinweg zu kommen. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Möbeltransporteure und Kutscher in Breslau haben den Streik beschlossen. Sie fordern für die in der Expedition beschäftigten Arbeiter 3 M. wöchentlich Zulage unter Beibehaltung der bisherigen Gratifikationen. Für die im Möbeltransport beschäftigten Personen wird ein Minimallohntarif gefordert, der eine staffelweise Erhöhung des Lohnes, Festsetzung der Arbeitszeit und Bezahlung der Ueberstunden fordert. Seit 12 Jahren hat in dieser Branche keine nennenswerte Aufbesserung der Löhne stattgefunden.

Bei der Firma J. H. Mohr u. Co., Margarinefabrik in Altona, wurde ein neuer für die Arbeiter günstiger Tarifvertrag abgeschlossen.

In Breslau sind von 350 beschäftigten Möbeltischlern über 300 ausständig geworden. Sie hatten Lohnforderungen gestellt; alle Verhandlungen waren aber ergebnislos.

Am Sonntag hatte der Transportarbeiterverband nach Hamburg eine Konferenz einberufen, an der auch die acht Organisationen der im Hamburger Hafen beschäftigten Arbeiter vertreten waren. Die Zentralverbände werden den Unternehmern Forderungen auf Gewährung von Lohnzulagen unterbreiten. Wann diese Lohnforderungen eingereicht werden sollen, ist noch nicht bekannt. Da voraussichtlich sämtliche im Hamburger Hafen beschäftigten Arbeiter sich an der Lohnbewegung beteiligen, so wird diese einen größeren Umfang nehmen als im Jahre 1896.

Tarifbewegung der Steinsetzer. Für den Tarifbezirk Niederlausitz, der die Kreise Kottbus, Forst, Sorau, Kalau, Luckau, Lübben, Guben umfaßt, ist ein neuer Tarif zum Abschluß gelangt, und zwar ohne Kampf. Durch den Tarif werden die Löhne für Steinsetzer und Rammer im ganzen Bezirk vereinheitlicht; bisher bestanden in den Orten verschiedene Lohnsätze. Der Tarif ist auf vier Jahre abgeschlossen und sieht innerhalb dieser Zeit für die bisher ungünstiger gestellten Bezirke eine Lohnerhöhung von 9 Pf. pro Stunde vor, in den übrigen Bezirken eine solche von 6 Pf.

Für den Kreis Liebenwerda konnte ebenfalls ohne Kampf ein Tarif abgeschlossen werden, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. bringt. — In Hohenstaaten kam zum erstenmal ein Tarif zustande, der gleichfalls den Arbeitern mancherlei Vorteile bringt. — In Bromberg dagegen, wo schon seit langem ein Tarif bestanden hat, wollen die Unternehmer lediglich Verschlechterungen „bewilligen"; u. a. wollen sie die Berechtigung haben, bei nicht genügender Arbeitsleistung — worüber natürlich sie allein entscheiden — 30 Proz. vom Lohne abziehen zu können.

Aus den Organisationen.

Der Verband der Bureauangestellten veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht für 1911. Danach ist die Mitgliederzahl im Jahre 1911 von 5783 auf 6508 gestiegen. An Beiträgen wurden 81 955 M. gegen 68 146 M. im Jahre 1910 eingenommen. An Kranken-, Stellenlosen-, Notfall-, Streikgeld-Unterstützung und Rechtsschutz wurden 23 085 M. gegen 19 535 M. verausgabt. Das Vermögen ist auf 56 700 M. angewachsen. Für die Pensionskasse, die dem Verband als selbstständige Einrichtung angegliedert ist, wurden 65 370 M. an Beiträgen vereinnahmt. Unterstützungen wurden noch nicht ausgezahlt, da die Karenzzeit noch nicht abgelaufen ist. Das Vermögen der Pensionskasse ist auf 196 400 M. angewachsen, so daß das Gesamtvermögen des Verbandes am Jahresschluß 1911: 256 100 Mark betrug.

Der Bauarbeiterverband veranstaltet am 24. März im ganzen Reiche eine Kundgebung, um die noch fernstehenden Berufskollegen zur Organisation heranzuziehen. Im nächsten Jahre findet die Tarifrevision im Baugewerbe statt, zu der die Bauarbeiter gerüstet sein müssen. Die Verbandsfinanzen haben sich so günstig entwickelt, daß Verbandsvorstand, Ausschuß und Gauvorsitzende zu dem Entschluß gekommen sind, in diesem Jahre keine Extrabeiträge zu erheben, da der Verband stark genug ist, den Anforderungen der kommenden Bewegung gerecht zu werden, vorausgesetzt, daß sich die Organisation im laufenden Jahre ebenso günstig entwickelt, wie im Jahre 1911.

An der Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes im Monat Februar beteiligten sich 853 Zahlstellen mit 184 737 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 17 547, davon 6268 Arbeitslose am letzten Tage des Monats. Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt an 7581 Mitglieder für 84 804 Tage, insgesamt 157 422 M. Reiseunterstützung erhielten 5356 Mitglieder für 8342 Tage mit 7313 M. — Der relative Umfang der Arbeitslosigkeit ergab 3,39 Arbeitslose auf je 100 Mitglieder gegen 4,20 im Januar und 3,40 im Februar des Vorjahres.

Neues aus aller Welt.

Ein russischer Millionär als Verbrecher.

Petersburg, 26. März. Seit einigen Tagen ist Rußland um einen neuen Sensationsprozeß reicher geworden, der ein eigentümliches Schlaglicht auf die unkultivierten Verhältnisse wirft, in denen Geld und Kapital das Machtmittel spielen. Vor dem Bezirksgericht in Baku kam heute der Prozeß gegen den fünfzigfachen Millionär, Kapitalisten und Diktator der Petroleumbörse, Ehrenfriedensrichter und Wirklichen Staatsrat Seinal Abdin Tagijew, einen früheren persischen Untertanen, zum Abschluß. Der Sachverhalt war höchst einfach: Der Ingenieur Behbutow war seit acht Jahren Leiter der technischen Unternehmungen Tagijews und genoß als solcher scheinbar das Vertrauen seines Chefs. Allerdings munkelte man, daß Frau Tagijew dem hübschen Ingenieur gegenüber nicht ganz gleichgültig geblieben sein soll. Dieser Klatsch hatte zur Folge, daß Tagijew seinen Oberingenieur zu sich einlud, um mit ihm verschiedene Reparaturen seines Palais zu besprechen. Sie durchschritten verschiedene Säle, bis sie schließlich vor der Tür des Schlafzimmers Halt machten. Tagijew öffnete die Tür, ließ den Ingenieur eintreten und schloß die Tür dann hinter sich ab. Dann rief er aus: „Haut den Lumpen ordentlich durch!" Nun traten der persische Prinz Masur Mansur, mehrere Offiziere und Neffen Tagijews durch eine Nebentür ein und fielen über den sich anfangs zur Wehr setzenden Ingenieur her, den sie bald zu Boden gerungen und gebunden hatten. Nun begann eine grausame Exekution. Behbutow wurde mit Füßen getreten, mit Stöcken geschlagen, angespien und von Tagijew in unmenschlicher Weise gemißhandelt. Tagijew verließ schließlich das Schlafzimmer und holte seine Frau und Frau Behbutow aus dem Speisezimmer herbei, um den beiden Frauen eine „unerwartete Ueberraschung" zu bereiten, wie er sich lächelnd ausdrückte. In Gegenwart der Frauen, die vor Entsetzen aufschrien, spie er Behbutow, der gebunden am Boden lag, ins Gesicht, versetzte ihm mehrere Fußtritte und überhäufte ihn mit den gemeinsten Schimpfreden. Den Frauen war dieser Anblick des aus vielen Wunden blutenden Mannes zu viel. Frau Tagijew verließ, empört über die Roheit ihres Mannes, das zur Folterkammer degradierte Schlafgemach, während Frau Behbutow in einen hysterischen Weinkrampf verfiel. Das Nachspiel fand vor dem Bakuer Gericht statt. Tagijew, der den ganzen Vorgang leugnet und ihn als eine „Erfindung" des überspannten Behbutow hinstellt, ist durch Zeugenaussagen eines andern überführt worden. Das Bezirksgericht verurteilte heute den Napthakönig wegen Mißhandlung und Folterung zu 2½ Jahren Arrestantenkompagnie, die er in dem von ihm selbst erbauten und dem Staat geschenkten Gefängnis verbüßen muß. Alle übrigen an der unmenschlichen Folterung beteiligten Personen, darunter der persische Prinz Mansur, wurden zu je 2 Jahren Arrestantenkompagnie verurteilt.

Unterschlagungen eines Feldwebels.

Berlin, 25. März. Vor dem Kriegsgericht der zweiten Gardedivision begann heute vormittag die Verhandlung gegen den Feldwebel Ruppert vom Telegraphen-Bataillon. Er wurde im Oktober 1911 unter dem Verdacht erheblicher Unterschlagungen und Fälschungen verhaftet. Ruppert wird beschuldigt, 25000 Mark unterschlagen zu haben. Ruppert wurde wegen militärisch gearteter Unterschlagung in zwei Fällen und wegen Mißbrauch der Dienstgewalt in 30 Fällen zu drei Jahren Gefängnis, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Liebestragödie.

Landau, 26. März. Heute vormittag gegen 11 Uhr wurden in dem Gasthaus „Zum Deutschen Tor" der Unteroffizier der 5. Kompagnie des 8. Infanterieregiments Franz Schreiner aus Ebesheim und die 19jährige Elisabeth Gräber aus Bellheim erschossen aufgefunden. Beide Leichen lagen nebeneinander im Bette. Das Mädchen war durch die linke Schläfe, der Unteroffizier durch die rechte Schläfe mittels Revolverkugeln entleibt. Das Mädchen lag mit gefalteten Händen im Bette. Das Motiv zur Tat soll in Unregelmäßigkeiten zu suchen sein, die sich der Unteroffizier hat zuschulden kommen lassen.

Die Lawinenkatastrophe auf dem Schnerberg.

Wien, 26. März. Bis 11 Uhr vormittags wurden bereits sieben Leichen geborgen. Unter den Gefundenen befindet sich der Führer der Gesellschaft, Bezirksrichter Dr. Hacker. Die Bergungsmannschaften arbeiten unter Lebensgefahr, da noch immer Lawinenstürze drohen. Nur einen Teil der Verschütteten, die zum Berggipfel ziehen, deckt tragfähiger Schnee; der größte Teil der steilen Fläche ist von Neuschnee, verwehten Schneemassen und Lawinenbruch angefüllt. Die gefundenen Leichen lagen mehr als 3 und 4 Meter tief unter der Schneefläche. Die Persönlichkeiten von zweien konnten noch nicht festgestellt werden. Man vermutet, daß Dr. Hacker und Frl. Taglaisht, die vor Eintritt der Katastrophe zuletzt die Fischerhütte verließen, die Lawine losgetreten haben, die dann, rasch anwachsend, auf die übrigen, in einer geraden Linie absteigenden Mitglieder der Touristengesellschaft herunterstürzte.

Schneestürme in der Schweiz.

Bern, 26. März. In Graubünden sind zwei Schweizer Skiläufer, die über den Septimer-Paß ins Engadin wollten, von Schneestürmen überrascht worden. Während es dem einen gelang, ins Bergell abzusteigen, um Hilfe zu holen, ist der andere, der vor Erschöpfung zurückgeblieben war, erfroren. Es geht heute eine Kolonne zur Bergung der Leiche ab.

Brandkatastrophe in Neuyork.

Neuyork, 26. März. In einem hiesigen Logierhause entstand Feuer, das mit großer Schnelligkeit um sich griff und das Gebäude fast vollständig zerstörte. Unter den Gästen entstand eine ungeheure Panik. Zwei Personen sind verbrannt, fünf weitere wurden schwer verletzt. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht bekannt.

Versammlungen.

6. Kreis, Bezirk Striesen. Mitgliederversammlung vom 22. März im Sächsischen Prinzen. Die Versammlung war trotz des ungünstigen Wetters gut besucht. Genosse Weiß-Potschappel hielt den ersten Vortrag über: Die Entstehung und Entwicklung der Sozialdemokratie, der aufmerksam aufgenommen wurde. Der zweite Vortrag wird am 18. April stattfinden. Mit dem Kreisvorstandsbericht erklärte man sich bis auf einen wichtigen Punkt einverstanden. Von den eingegangenen Sammellistengeldern zur Reichstagswahl erhält der 5. Kreis die Hälfte, in die andere Hälfte teilen sich der 4. und 6. Kreis. Die Reichstagswahl kostet dem 6. Kreis 19 432,14 M., davon ist der Bezirk Striesen infolge seiner 24 Wahllokale derjenige, der die meisten Geldkosten verursacht hat, nämlich 1159,51 M. Der Bericht des Volkshauses schlicht in diesem Jahre wesentlich günstiger ab als seine Vorgänger; höhere Abschreibungen konnten vorgenommen werden, auch ist ein Reingewinn aus dem Restaurationsbetrieb von 3695 M. zu verzeichnen. Eine lebhafte Debatte setzte über den Kauf des Grundstücks am Wettinerplatz durch die Aktienbaugesellschaft ein. Die Genossen Herrmann, R. Fischer und H. Lange hätten gewünscht, daß unbedingt eine Verständigung mit den Gewerkschaften hätte gesucht werden müssen. Eine Zusammenlegung des Zeitungsbetriebes mit dem Volkshaus sei notwendig gewesen und hätte zur Hebung des Volkshauses wesentlich beigetragen, die Frequenz würde eine bessere geworden sein. Es gehe nicht an, zu allem Ja und Amen zu sagen. Genosse John entgegnete den Vorrednern und verteidigte den Kauf und bemerkte, daß die Gewerkschaften genau dasselbe Opfer hätten bringen müssen, auch wenn eine Zusammenlegung des Zeitungsbetriebes mit dem Volkshaus möglich geworden wäre. Als Zeitungskommissionsmitglied erhielt Genosse Jallenbeck 97 Stimmen, Kranke 1 Stimme. Zur Kreiskonferenz wurden die Genossen Englisch, Jtiner und Semmer gewählt. Am 11. April wird ein Maifingblatt verteilt werden. Am 24. April findet ein Lichtbildervortrag mit dem Programm: An der Küste dreier Erdteile statt. Am Palmsonntag findet abends 6 Uhr eine Konfirmandenfeier im Sächsischen Prinzen statt. Es ist Pflicht, die Jugend dahinzuführen. Der Unterrichtskursus des Genossen Dunicker findet im Gasthof Dobritz statt, und zwar am 16., 19., 23., 26. und 28. April und am 3., 7. und 10. Mai. Die dazu bestimmten Genossen haben sich pünktlich zu jedem Vortrag einzufinden; nur Krankheit kann als Entschuldigung gelten. Am 1. Mai findet vormittags im Sächsischen Prinzen eine Versammlung statt, abends in Hammers Hotel ein Kommers. Der Demonstrationszug nach Scherwitz geht nachmittags 2 Uhr mit Musik von der Schlüterstraße ab. (Eing. 27.3.)

Teuben. In der letzten Gruppenversammlung hielt zunächst Landtagsabgeordneter Genosse Reimling einen instruktiven Vortrag über Imperialismus und Sozialismus. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung nahm man den Bericht aus dem Kreisvorstand entgegen. Weiter wurde von der Gruppenverwaltung berichtet, daß die Versuche, die Gesangvereine in Teuben, soweit sie dem Arbeitersängerbund angehören, zusammenzuführen, mißlungen seien. In der Hauptsache scheiterte es an dem Gesangverein Liederkranz, der durchaus seine Auflösung nicht beschließen will. Die Angelegenheit soll nun von dem Arbeitersängerbund in die Hand genommen werden. Als stellvertretender Schriftführer wurde Genosse Roblisch gewählt. Als örtliches Maikomitee wählte man die Genossen Litzke, Kaiser und Manisch. Als Delegierte für die Kreiskonferenz wurden die Genossen Richter und Bach bestimmt. In der nächsten Gruppenversammlung sollen die Gemeindevertreter Bericht erstatten. An den Kreisvorstand wurde der Wunsch gerichtet, der Vorstand möge ein von der Kinderschutzkommission gewünschtes Flugblatt im Kreise verbreiten lassen. (Eing. 22.3.)

3. Bezirk. Pesterwitz-Altfranken. In der am 16. März im Gasthof Oberpesterwitz abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Genosse Landtagsabgeordneter Winkler ein sehr beifällig aufgenommenes Referat über: Märzstürme. Den Kreisvorstandsbericht erstattete Genosse Rülke. Als Vertreter zur Kreiskonferenz wurden die Genossen Friedrich, Prinz und Schneider gewählt. Die Maifeier des 6. Kreises findet in Zschertnitz, der Abendkommers im Gasthof Reichsschmied und das Bezirksfest der Bezirke Löbtau, Naußlitz und Gorbitz im Gasthof Wölfnitz statt, da der Wirt des Gasthofs Roßthal, welches Lokal für diese Veranstaltungen in Aussicht genommen war, seinem Verhalten nach nicht gern etwas mit der organisierten Arbeiterschaft zu tun hat.

Wilsdruff. Mitgliederversammlung. Genosse Bürger gab den Vorstandsbericht. Zur Kreiskonferenz wurden gewählt die Genossen Otto Zschocke, Paul Neumann und Theodor Kropf. Genosse Bürger gab noch den Geschäftsbericht vom Dresdner Volkshaus, wobei Genosse Zschocke die Versammelten aufforderte, das Volkshaus mehr zu berücksichtigen. Bei Punkt 2, Maifeier betreffend, wurde auf Antrag des Genossen Bremer einstimmig beschlossen, eine imposante Tagesfeier zu veranstalten. Die Gestaltung der Feier wurde dem Vorstande überlassen. An Stelle der erkrankten Beitragssammler Gadler und Schulze wurden die Genossen Dörre, Oskar Zschocke und Kurt Pietzsch gewählt. Ferner machte Genosse Bürger darauf aufmerksam, daß die gesperrten Lokale mit Arbeitern nichts zu tun haben wollen.

Transportarbeiter. Am 23. März fand im großen Volkshaussaale eine Mitgliederversammlung statt, die sich mit dem im Juni in Breslau stattfindenden Verbandstag beschäftigte. Ueber die Aufgaben des Verbandstages referierte der Bevollmächtigte. Aus den Ausführungen sei etwa folgendes hervorgehoben: Die Verbandsgeneralversammlung in Breslau ist die erste, die nach dem Zusammenschluß mit den Bruderverbänden — Hafenarbeiter und Seeleute — gemeinsam stattfindet. Dadurch ist auch die Zahl der Delegierten weit größer geworden, obgleich die Mitgliederzahl, die einen Delegierten entsendet, auf der Verbandsgeneralversammlung in München ganz erheblich erhöht worden ist. Die Organisation hat sich auch nach dem Zusammenschluß ganz außerordentlich gut entwickelt. Die Mitgliederzahl von 200 000 ist bereits überschritten. Mit dem Wachsen der Organisation steigern sich auch naturgemäß die Lohnbewegungen an Zahl und Ausdehnung. Aufgabe des Verbandstages wird es sein, die Massen zu schmieden, die den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Von den 12 eingegangenen Anträgen sind zwei abgelehnt worden. Als Kandidaten sind folgende Kollegen gewählt worden und erhielten Stimmen: Schiller 222, Müller 212, Große II, Fischer 206, Nagel 204, Götze 200, Herold 195, Bahn 189, Walter II, Jäpel 179, Wustmann 176, Kleemann 176; außerdem erhielten noch Stimmen: Müller 155, Matthes 25 und Holek 22. Die Wahlen finden nächsten Sonntag den 31. März in der Zeit von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr in folgenden Lokalen statt: Goldener Krone, Radebeul; Zur Börse, Leipziger Straße 95; Mickel, Schleusenstraße 1; Volkshaus, Rittenbergstraße 2, part.; Deutsche Eiche, Hutten-straße 1; Alles Kloster, Leubnitz-Neuostra; Adam, Paulbach-straße 16; Kämpfe, Wernerstraße; Fehrmann, Frankenbergstraße; Goldner Anker, Klopstockstraße 40; Rote Schenke, Döhlen; Zur Linde, Niedersedlitz; Alter Gasthof, Mügeln. Wählen kann nur, wer sich durch Mitgliedsbuch legitimiert. Nach Erledigung noch einiger Verbandsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung. (Eing. 26. März.)

Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Das Rennen in Dresden macht
Tymians Thalia-Theater
Görlitzer Str. 6 Telephon 4350 Linien 8 und 7
Am 1. u. 15. vollst. Programmwechsel. Sonntag von 11—1 Uhr Fidelio Frühschoppen m. Vorst. (30 u. 50 Pf.). Nachm. 4 Uhr Kl. Pr., ab 8 Uhr Gew. Pr. Donnerstag Damen-Kaffee m. Verteilung. Wochentags abends TTT-Vorzugskarten gültig

Persil
für
Stärkewäsche
(Wichtig - lesen!)
Das, selbsttätige
Waschmittel.
Stärkewäsche wird prachtvoll klar, blütenweiß, wie auf dem
Rasen gebleicht!
Kein Reiben und Bürsten, daher kein Reubwerden der Ränder und Kanten bei Kragen und Manschetten. Größte Schonung des Gewebes bei garantierter Unschädlichkeit.
Erprobt u. gelobt!
Nur in Originalpaketen, niemals lose.
HENKEL & CO., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten
Henkel's Bleich-Soda
Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.

[illegible]

... Verein ist Stuttgart.

Dr. Ernst Leopold Stahl in Düsseldorf bereitet in Gemeinschaft mit einigen jungen Dichtern und Gelehrten Frankreichs eine Uebertragung von Hebbels Hauptwerken vor, die außer der Mehrzahl der Dramen eine Auswahl aus den Gedichten und den Tagebüchern enthalten soll. Als Erscheinungsjahr ist 1914 in Aussicht genommen; einzelne Stücke aus dem französischen Hebbel sollen noch in diesem Jahre in Zeitschriften erscheinen.

Die japanische antarktische Expedition ist ... [illegible]

[illegible]

Heiteres [illegible]

(Jugend.)

Bildende Künste Kupferstichkabinett. [illegible]

Kleine Mitteilungen [illegible]

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 28. März. Opernhaus [illegible]

Musik. Mitteilungen aus dem Bureau der Königl. Hoftheater. [illegible]

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

[illegible]

Veranstaltungen für Donnerstag:

[illegible]

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 72 | Dresden 27. März | 1912

Toms Brautfahrt

Eine Schnurre aus Patagonien

Das war nach der Schafschur, als am Neujahr herum. Wir saßen in ziemlich gedrückter Stimmung ... [illegible]

[illegible]

Kleine auf mich begleitet. Wenn ich doch einbrechen muß, so reckte ich wenigstens erst — — auch unter Pferde in der Nähe haben!"

„Ich weiß nicht," meinte ich, „ob du bei mit dem einbrechen noch einig haben wirst. Manchmal war, als er im Hafen nach ihr fragte, ziemlich unbeteiligt. Und wenn er gar sehen wird, daß du ohne Schirm ankommst, wird er nicht über schämen; was seinen Frauengimmern will ich nicht erst reden. Wer weiß, hast du die nicht die Braut verscherzt . . . ."

„Oh, das wäre fein . . . ."

Der Mensch war unerträglich! Endlich am Abend dieses Tages lauchten wir auf Murphys Horn. Was schlief schon. Wir verkauften uns in einer leeren Kammer des Kochhauses. (Kochhaus ist das Hauptgebäude, das Küche, Speiseraum und Schlafkammern für die Herre enthält.)

An nächsten Morgen weckte uns der laute Ruf des Hammerk: „Hallo, boys! Habt ihr eher?" „Nein!" Wir machten Toilette und putzten uns so gut als möglich; zum Teufel, wenn man Pudys entgegentreten soll . . . . Da war auch schon Murphy bei uns ein. Er schien gar nicht böse zu sein, im Gegenteil, verlegen und schuldbewußt. „Tom O'Higgins" begann er, „ist nicht böse, aber es kann noch nichts daraus werden. Meine Mary will nicht recht" . . . .

Tom sah er in die Höhe und hätte beinahe ein fremdsprachliches „Oh, that's very fine" herausgebrüllt. Aber rechtzeitig besann er sich noch und sah in drohendem Tone an: „Mister Murphy . . . ."

„Sei ruhig, alter Junge, ich kann nichts dafür. Wie hat du lieber als der . . . . Ja, wissst, wie du so lange nicht kamst und kaum ausgeschlossen aß und so, hat sie der Pflicht herumgetrieben, und nun will sie den . . . Ich ist ein Jammer! Der Mann kann nicht einmal Mißgeschick vertragen! Schöne Bräutigamschaft! Und alles wegen dir Tom! Aber was will man tun, wenn die Mutter mal nicht wollen?"

Tom verfiel in türkisches Schweigen; und wir alle mit ihm.

„Nun," sagte er dann, „ich verzeihe Euch! (Mit Anstrengung:) Und der Mann? Ja, ich will Euch sogar versuchen gegen Bernhard (der Mißstand ist leider schon weg) zum Verhandlungsrichter Bernhard (Schwerpunkt Bernhard:) Ich muß ja nicht dabei sein. . . — Schließlich ist sehr ich auch auf die Mary gestreut habe (Tom verbindungsvoll lächelnd:), die Freiheit ist auch etwas wert. Ihr müßt halt gefallen, daß der Cuxmann etwas lernt! Wir gnädig aber, Murphy, bleiben die alten."

Verhaftfest atmete der liebe alte Herr auf: „Jawohl, Tom! Und jetzt kommt ihr mit über. Ohne Frühst!"

Und so gingen wir nach dem Kartoffelfeld, wo in der Nachbarschaft der Mitschmuck Johan Georg Vellmann mit der Mary Elizabeth verhaftet. Die nächste Nachbarschaft war etwas peinlich. Aber Tom's Humor brachte bald Leben in die Mißstimmung, so sich Heiratsfest bei wurde. . . .

Als wir heimkamen, meinte Tom seelenvergnügt: „Hannah wär' ich nach Bremerhafen! Man heißt mir aber, daß, daß mir nicht gleichen so noch vorkommt!"

Und wir auch, während der folgenden Monate mehrfaches kamen. Dann kamen wir auseinander. Der eine dahin, der andere dorthin. Aber ich glaube fester, daß er bis heute nicht minder Hochzeitsfreuden ist. Denn damals hat er jedenfalls Angst mitgeschleppt. Leo Kalisch

Pelle der Eroberer

Roman von Martin Andersen Nexø

31

Pelle war am Sonnabendnachmittag mit dem Fegen der Straße beschäftigt. Es war gegen Abend, in den kleinen Häusern war schon Feuer auf dem Herd; man hörte es bei Kommer Rasmussen und dem schwedischen Anderso prasseln, und der Geruch gebratener Heringe erfüllte die Straße. Die Frauen bereiteten etwas essen Kaffee, um den Mann zu bieten, wenn er nun bald mit dem Wochenlohn nach Hause kam. Dann holten sie zum Höker nach Schnaps und Bier, die Alten holten sie weit weg hinter sich stehen, sie hatten gerade die halbe Minute, während der Hering auf der einen Seite fertig briet! So — Pelle schmiedete ganz weit hinein — nun hatte sich Madam Rasmussen mit dem Höker fest gestritten! „Madam Rasmussen!" „Ihr Hering bestimmt!" kreischte eine Stimme, da kam sie herbei gelaufen und duckte beschämt den Kopf von Haus zu Haus, während sie über die Straße jagte und hinein! Der blaue Rauch sank zwischen die Häuser hinab, die Sonne stet niedrig hinein und schien die Straße mit Goldsand.

Den ganzen Weg hinab waren sie deine Augen: Väter Jörgen, die Waschfrau und Konfirmierte Mädchen. Die schwarzen Maulbeerbäume drängten sich auf der anderen Seite der Straße über die Mauer herüber und reichten die letzten reifen Früchte dem hin, der sie pflücken wollte. Da drinnen hinter der Mauer ging wohl der reiche Kaufmann Hans und pflegte in seinem Garten, er, der sich mit dem Kindermädchen verheiraten hatte. Er kam nie heraus, und es ging das Gerücht, er werde von der Frau und ihrer Sippe eingeschlossen gehalten. Aber Pelle hatte das Ehe an die Mauer gelehnt und eine lebende Gesellschaft immer dieselben Kosenamen wiederholen hören, so daß es klang wie eines jener Liebeslieder, die nie ein Ende nehmen, und wenn er in der Dämmerung aus seinem Dachfenster hinausschlich und auf den Dachrücken des Hauses kletterte, um einen Ueberblick über die Welt zu bekommen, sah er einen winzig kleinen, weißhaarigen Mann da unten gehen, den Arm um die Taille einer jüngeren Frau geschlungen. Sie glichen dahinwandelnder Jugend, und alle Augenblicke mußten sie stehen bleiben, um sich zu schmähen. Es gingen die unförmlichsten Sagen über Kaufmann Hans und sein Geld, über das Vermögen, das einstmals vor Zeiten auf einem Brief Steckenbrin begründet wurde und so groß war, daß ein Flinch daran hängen mußte.

Aus dem Hause des Bäckers heraus kam Sängen geschlichen, das fromme Gesangbuch in der Hand. Er stak gleich hinüber in den Schutz der Mauer und eilte von dannen; der alte Jörgen stand da und glaubte vor Lachen, während er ihm nachsah, die Hände um den Besen gefaltet.

„Herrjemine, is das 'ne Mannsperson!" rief er Jeppe zu, der hinter dem Fenster saß und sich in die Milchschüssel hineinsaferte. „Sieh mal bloß, wie er preist! — Na muß er hin und Gott um Verzeihung bitten von wegen der Freierei!"

Jeppe kam am Fenster zum Vorschein und beschwichtigte ihn, man konnte Bruder Jörgens Pfiffe ja über die ganze Straße hören. „Hat er gefreit? Wie hast du ihn dazu bloß gekriegt, dem Sprung zu wagen?" fragte er eifrig.

„Ach, das war, als wir beim Eier saßen, ich kriegt meinen Melancholischen, weil ich an das mit dem kleinen Jörgen denken mußte. Da kommt, weiß Gott, nie ein kleiner Jörgen und verpflanzt seinen Namen weiter, sagt ich zu mir selbst, denn Sören is 'nen Waschlappen und andere hast du nich, auf die du dauern kannst! Und du kannst jeden Tag, den Gott werden läßt, mit der Nase in den Luft dalegen, und denn is das Ganze weggeblasen und umsonst. — Und all dergleichen, wie du ja weißt, daß ich denk', wenn diese Gedanken die Oberhand in mir haben. Ich saß da und sah mich bitterböse um, Sören; ja, das tat ich; denn da sitzt ein prächtiges Stück Frauenzimmer ihm gerade gegenüber, und er sieht sie nich mal. Und da auf einmal schlag ich mit der Hand auf den Tisch und sag: „Ja, Sören, du sollst du Marie bei der Hand und frag sie, ob sie deine Frau werden will, denn du will ich der Sache ein Ende machen und sehen, wo du zu gebrauchen bist?" Sören guckte ja zusammen und hielt die Hand hin, und Marie, die is noch unden. „Ja, das will ich," sagt sie und greift zu, eh er Zeit hatte, sich zu besinnen. Und nu machen wir bald Hochzeit."

„Wenn du denn man Etiesel aus dem Leder werden," meinte Jeppe.

„Ach, die hat Körper, so wie sie gebaut ist! Die wird ihn schon auftauen. Warten, die verstehen es, er wird noch im Bett frieren." Der alte Jörgen lachte zufrieden und ging an seine Arbeit. „Ja, die Mamsen selbst von Toten Leben eine blasen," wiederholte er draußen auf der Straße. — — — —

Die anderen flogen im feuchten Staub aus, aber Pelle hatte keine Lust. Er war nicht freigebiger in dieser Zeit. Seinen sündigen Beschluß zu zeigen, daß er sich selbst operativ helfen konnte, hatte er nicht durchführen können, das Bewußtsein seiner Niederlage saß in ihm und nagte. Und diese Lücken in den Stützungen, die nun so groß waren, daß sie nicht mehr gestopft werden konnten, die machten sich an der Hand gehend auf eine eklhafte Weise, so daß er Abscheu vor sich selbst empfand.

Nun ging die Jugend aus! Er sah das Meer in einem Augenblick unten am Ende der Straße, es lag in völliger Ruhe da und entlockte dem Sonnenuntergang die Farben. Dann ging der Zug nach dem Hafen zu, auch den Seehäfeln hin, man sangte im Grünen, und vielleicht wurde ein Kampf um die Mädchen ausgefochten! Aber er wollte sich nicht, wie ein rückbiger Hund von der Schar vorgeschoben lassen, er will mit die ganze Gesellschaft!

Er warf die Schürze ab und ließ sich auf einem Vorsatz draußen vor der Pforte nieder. Da hatten auf der Bank saßen die alten Leute aus der Straße und rauchten ihre Pfeifen, sie plauderten über alles unter der Sonne. Jetzt flatterten die Glocken den Feierabend ein, und Madam Rasmussen peitschte ihr Kind und schimpfte im Takt. Plötzlich verstummte das Gezänk, nur das Weinen des Kindes blieb wie ein fernes Abendgeläuting zurück.

„Jeppe erzählte Malaga — „Jawohl, als ich auf Malaga fuhr?" aber der Bäcker Jörgen hielt nach unter seinen Gutbehramgen und sagte: „Ach so, ja, aber nur in die Zukunft sehen kann?" dann sang er auf einmal an, den den Mormonen zu reden. „Es kann eigentlich ganz nützlich sein, mal zu versuchen, was sie einem zu bieten haben," sagte er.

„Ich hab' gegloubt, du wärst schon Mangel Mormone, Onkel Jörgen," sagte Mister Andersen. Der Alte lachte.

„Na, man hat ja in seiner Zeit so allerlei erlebt," sagte er und sah in die Luft hinauf.

Eben in der Straße fand der Uhrmacher auf seiner Steintreppe, er wandte das Gesicht gerade aufwärts und schleuderte seine wahnsinnigen Rede aus: „Die neue Zeit! Ich suche nach der neuen Zeit, o Gott Vater!" wiederholte er.

Zwei wilde Hofenarbeiter gingen vorüber. „Er will die Armut aus der Welt schießen und uns ein neues Leben schenken. Das ist es, womit seine Verrücktheit sich abmaucht!" sagte der eine mit einem stumpfen Lächeln.

„Denn hat er weil das Tausendjährige Reich in'n Kopf," meinte der andere.

„Ne, er denkt bloß den Mond an," sagte der alte Jörgen hinter ihnen drein. „Wir kriegen gewiß einen Umschlag in der Witterung."

„Es geht ihm augenblicklich nicht gut, dem Vernünftigen!" sagte Bjerregaard frohlockend. „Um diese Zeit des Jahres hat er seinen Verstand verloren."

Eine innere Stimme spornte Pelle an: Sig doch nicht da, die Hände im Schoß, geh hinauf und sieh deine Sachen nach! Aber er konnte sich nicht dazu zwingen, es war zu unüberwindlich geworden. Morgen riefen Mama und die andere ihn, und er konnte nicht über den Zaun zu ihnen hinüberspringen; sie hatten angefangen, heimlich die Nase zu rümpfen. Ihr verstand das nur zu gut, ein Aussätziger war er geworden, ein Stubsekt, das sich nicht mehr einmal ordentlich waschen mochte. Aber was nützte das; er konnte nicht fortfahren, mit dem Unüberwindlichen zu kämpfen! Niemand hatte ihn begleiten gewollt, und nun hatte ihn die Stadt eingefangen und ihn selbst das Uebige überlassen. Er hatte die Erlaubnis, das Leben abzuschütteln.

Mein Mensch hatte einen Gedanken für sich! Wenn der Meister gewaschen wurde, kam die Madam nicht auf den Einfall, etwas von ihm mitzuwaschen, und Pelle war nicht derjenige, der sich weiderte. Die Waschfrau war bedachtsamer, sie sah es doch, wenn sie etwas Wäsche von ihm einschmuggeln konnte, obwohl sie selber dadurch mehr Arbeit hatte. Nun, sie war ja selbst arm, die anderen konnten ihn nur ausnutzen! Hier in der Stadt hatte er nicht einen einzigen Menschen, der unregelmäßig war und nur sehnt an sein Wohl dachte, daß er sich die Mühe machte, seinen Mund zu öffnen, um ihm die Wahrheit zu sagen. Das war ein Gefühl, das seinen Mann wohl mutlos in den Knien machen konnte, selbst woran er fünfzehn Jahre alt war und den Mut hatte, auf einen tollen Sinn herzugehen! Aber als alles andere war es die Verlassenheit, die seinen Widerstand unterzogen. Er war hilflos allein unter diesen Menschen, ein Blind, das — wenn es nur seinen Augen hat — fehlt dafür sorgen konnte, wie es mit alledem fertig wurde, was den nächsten Hohen und Andere herumtummelte.

Er saß da und ließ den Kummer kommen und in sich hineingehen, wie er wollte, während er dem Leben um sich her mit halbem Ohr lauschte. Aber plötzlich fiehlte er endlich in seiner Kleidertasche — Geld! Das nahm ihm einen Stein vom Herzen, aber Pelle lief nicht, er hielt hinter die Pforte und zählte es. Ueberzählig Kronen waren es! Er war gerade daran, es als Geld von ihm zu betrachten, als einmal, was ihm der liebe Gott in seiner großen Güte geschenkt hatte, aber da fiel ihm ein, daß es ja das Geld des Meisters war. Er hatte es gehen für ein Paar Tannenbeschlagen bekommen und nicht daran gedacht, es abzuliefern, und der Meister hatte nachdrücklichst ganz vergessen, danach zu fragen.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Arbeiter-Sängerbund Der Erste Kindersingleiter- und Frauenchor hat gestern, am 10. Januar, seine Probe begonnen. Der Chor hat sich vorgenommen, die Pflege des Kinderliedes und des Frauenliedes mit Eifer zu betreiben. Es ist ein erfreulicher Umstand, daß die Leitung des Kinderchores wieder in die bewährten Hände des Herrn Kantor Hans Wolf gelegt ist. Wir wünschen den Chören gutes Gelingen.

Tagesschau Ueber die Hygiene-Ausstellung und das neu zu schaffende Nationaltheater. Hygiene-Museum. Gestern gelangte bei den geladenen Gästen und einigen Mitgliedern der Regierung zum Kaiserpanorama Wagner in den ja bei Gelegenheit der Hygiene-Ausstellung eröffneten Bau. Er gab zunächst als Vorspiel der Hygiene-Ausstellung einen Blick auf Gesundheit und Krankheit, die sich dann bei der ganzen Anlage gewaltig verschlechtert. Der Gesundheit, das einer Mission vergleichen ist, wird ein großes Feld eingeräumt. Es kann der Ausstellung vielleicht Verdienste gewinnen, wenn es gelingt, auch die Ausstellungsbesucher hierfür zu hart gewinnen. Diese Bestrebungen sind aber nicht hinreichend gewesen. Dann das Gebiet einer Mission erschlossen, die in Zahlen (8 Millionen) und Wirkung gewaltig werden sollte, dann mußte Hand gerichtet werden, gerade in Dresden gegenüber Schwierigkeiten zu überwinden waren als in Berlin. Schwierigkeiten und die Ungunstlichkeit der Ausstellung ungeheuer Mittel verschlungen. Die wissenschaftliche Abteilung allein machte einen Aufwand von 100 000 M. aus. Außer seinen dem Publikum Gelegenheiten gewährt werden, die bei anderen Ausstellungen nicht angeboten haben. Dennoch bei Schwierigkeit der Ausstellung zu erwarten, daß das Publikum alle Abteilungen besonders Kenner einer Ausstellung, daß einem Gesamtkomplex von Gebäuden bis zu einem 10 M. geschlossen. Auch bei der ungeheuren Ausstellung dieser Anlagen gegeben werden. Wenn trotz Schwierigkeiten solch Schwierigkeiten ein großer Ueberschuß erzielt wurde, so sei nicht der Geist der Ausstellung, der Gesamtgeist der Ausstellung, aber auch dem Gesamtgeschmack von Stadt und Staat zu danken. Die Lotterie habe einen Ueberschuß von Kronen 18 gebracht. Bei den Magazinen und Ausstellungen ist ein Schmuck, das den Ausstellungsbesucher bei anderen Ausstellungen abzuschrecken Gefahr in Anspruch genommen,

Genossenschaftswesen.

Unterrichtskurse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der erste Unterrichtskursus, der am 30. Januar begonnen hat, wurde am 8. März geschlossen. An dem Kursus nahmen 20 Geschäftsführer, 2 Kassierer, 1 Kontrolleur, 6 Aufsichtsratsmitglieder und 1 Lagerhalter teil. In Nr. 12 der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau berichtet der Sekretär der Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über den Verlauf des Kursus. Er schreibt: Die Erfahrungen in Arnstadt haben gezeigt, daß es nicht ratsam ist, über die Höchstzahl von 30 Teilnehmern hinauszugehen, daß andererseits aber auch bei der Auswahl unter den Bewerbern auf möglichst gleichmäßige Vorbildung derselben geachtet werden muß. Es wird sich zunächst und in der Hauptsache um die Ausbildung von Vorstandsmitgliedern der Konsumvereine handeln müssen.

Unterrichtet wurde in der sechswöchigen Unterrichtsperiode an je vier Tagen der Woche. Die Unterrichtswoche begann am Dienstag vormittag und endigte am Freitag nachmittag. Es wurde dadurch den Teilnehmern ermöglicht, in jeder Woche drei Tage in ihrer Heimat zuzubringen und notwendige Geschäfte zu erledigen. Bei der Zusammensetzung der Kursisten aus Funktionären der Konsumvereine dürfte diese Zeiteinteilung als praktisch beizubehalten sein. Der tägliche Unterricht währte sechs Stunden und kann nach den gemachten Erfahrungen über dieses Maß nicht ausgedehnt werden.

In den Unterricht teilten sich neun Lehrer (Beamte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft). Es wurde unterrichtet in Buchführung, Rechtskunde, genossenschaftlicher Propaganda, Genossenschaftsliteratur, Versicherungswesen, Geschichte und Stand der deutschen Konsumvereinsbewegung, Warenkunde, Nationalökonomie, Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften und Kunst und Technik des Vortrages. Für sechs Wochen war dieser Stoff etwas reichlich. Der Kursus bedeutete für die Teilnehmer eine ziemliche Anstrengung. Trotzdem hielten alle bis zum Schlusse des Kursus treu aus und nahmen die ganze Zeit mit großer Aufmerksamkeit teil. Ein Zeichen, daß der Kursus einem wirklichen Bedürfnis entsprach. In jeder Woche fand ein Diskussionsabend statt, der Redeübungen diente. Auch für Anschauungsunterricht war gesorgt. Es wurden die Einrichtungen der Konsumvereine Jena, Gotha und Erfurt besichtigt, ferner das Erfurter Lager der Großeinkaufsgesellschaft.

Das Resultat des ersten Unterrichtskursus des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist als vollbefriedigend zu bezeichnen. Was sich bei einem ersten Versuch erreichen ließ, wurde erreicht. Die Teilnehmer zeigten wachsendes Verständnis und unverhohlenes Interesse bis zum Ende. Die Lehrer lernten die Mängel kennen, welche in der Konsumgenossenschaftsbewegung schlummern und durch systematische Belehrung zur Entfaltung gebracht werden können. Ob es dauernd möglich und richtig sein wird, die Zeit von sechs Wochen einzuhalten, ob neue Lehrgegenstände einzufügen sind, ob in der Organisation der Kurse noch sonstige Aenderungen vorzunehmen sind, das alles müssen die weiteren Kurse ergeben. Bereits die nächsten Kurse werden Aenderungen und Erweiterungen aufweisen. Im ganzen genommen ergab der erste Versuch einen nach allen Seiten befriedigenden Erfolg.

Der zweite Kursus wird am 26. März in Gera beginnen. Auch hier sind 30 Personen zugelassen, und zwar 17 Geschäftsführer, 7 Kassierer, 3 Kontrolleure, 2 Aufsichtsratsmitglieder und 1 Lagerhalter. Mit Rücksicht auf die Feiteinteilung und den Ende April in Gera tagenden Thüringer Verbandstag wird der Geraer Kursus nur fünf Wochen dauern. Dadurch, daß einige Wochen fünf Unterrichtstage erhalten und eine anderweitige Arbeitseinteilung vorgenommen wurde, wird jedoch die Stundenzahl der des Arnstadter Kursus entsprechen. Der Lehrplan zeigt eine Erweiterung. Es ist ein Vortrag über Verkehrswesen eingeschaltet.

Der dritte Kursus wird vom 7. Mai bis 13. Juni in Plagwitz stattfinden.

Briefkasten.

M. G. Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet.

R. R., Birkigt. C 15: Krankheiten des Nervensystems.

Cousin Heinrich. 1 C 1, 8, 3: Allgemeine Schwächlichkeit infolge zurückgebliebener körperlicher Entwicklung. Entfältung oder Schwäche des Körpers nach unlängst überstandenen Krankheiten oder Verletzungen.

S., Magdeburg. 1. Nein, wenn Sie unter 1500 M. jährliches Einkommen haben. 2. Sie müssen sich an das zuständige Amtsgericht wenden und die Eintragung in das Güterrechtsregister veranlassen.

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

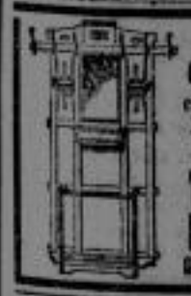
Nähere Bezeichnung	Preise für ½ kg: vor 10 Jahren	Ende Februar 1912	Ende Februar 1911
Rindfleisch			
Brust	70—120	70—120	70—120
Bauch	70—90	70—90	70—90
Braatenfleisch, Keule	90—130	90—130	90—140
Schaft	100—200	100—200	100—200
Lende, unausgeschält	80—130	80—130	80—130
Lende, ausgeschält	120—250	120—250	130—250
Kalbfleisch			
Schnitzelfleisch	130—240	130—240	140—240
Keule	85—130	85—130	80—130
Uebrige Teile	70—120	70—120	75—120
Hammelfleisch			
Keule	90—120	90—120	90—120
Kotelett	90—120	90—120	90—120
Kochfleisch	70—100	65—100	65—100
Schweinefleisch			
Keule	80—120	75—120	70—120
Karree	90—120	90—120	90—140
Bauch	65—80	60—80	65—80
Knöchel	30—70	30—70	30—70
Rauchfleisch	90—130	80—130	90—140
Schinken, im ganzen Stück	100—150	100—150	100—150
Schinken, im Aufschnitt	140—240	140—240	140—250
Speck, geräuchert	75—120	75—120	80—120
Speck, roh	70—90	65—90	65—100
Schweineschmalz	90—120	80—120	90—120
Rinderschmalz	60—80	60—80	50—80
Blutwurst	50—140	50—140	50—140
Leberwurst	60—140	60—140	60—140
Zervelatwurst	120—240	120—240	120—240

Anmerkung. Es verstehen sich: Der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.

Wilddieb
Güterbahnhofstr. 18
Bier- u. Weinstuben

3
Extra-Verkaufstage!!!
Donnerstag den 28. März
Freitag den 29. März
Sonnabend den 30. März
lassen folgende Restbestände zu außerordentlich herabgesetzten Preisen total räumen werden.
Zirka 12500 Meter Gardinen-Reste!
weiß u. creme, pass. zu 1-6 Fenstern, abgepaßte Gardinen, Künstlergardinen, Stores, Vitragen und Vitragen-Reste. — Angeschmutzte Gardinen zur Hälfte des Preises.
50 Teppiche
Pa. Qual., prachtv. Muster, wegen kl. Fehler bedeutend unter Preis.
200 Stück Portieren
Steppdecken :: Tischdecken
Chaiselongue-Decken spottbillig.
An allen 3 Tagen auf sämtliche Einkäufe
10 Proz. Rabatt extra.
Fabriklager Serrestr. 10, I.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum von Coschütz, Gittersee und Umgegend zur Nachricht, daß ich mich am 25. März in Coschütz, Dresdner Straße 63, als Sattler und Tapezierer niedergelassen habe.
Ich bitte, das langjährige Vertrauen, das ich bei Frau Wirth, Gittersee, gehabt, auch auf mein Geschäft übertragen zu wollen.
Wilhelm Meißner.


Flur-Garderoben
echt Eiche, von 15.— M. an
größte Auswahl
Tränkners Möbelhaus
Christuskirche 21/22.

Nur Große Brüdergasse 11, 2.
Eingang Quergasse, verk. staunend billig herrschaftl. getr. H.- u. D.-Kleider, Schuhe Wäsche Betten.
Gehrock- und Smoking-Anzüge.

Damen-Hüte
einfach, flott u. schick. Umarbeiten nach neuesten Modellen bei Frau Rüglich, Fritz-Reuter-Str. 17, Erdgeschoß.

Auf Kredit!
Verlangen Sie gratis per Postkarte Katalog!
Möbel 1 Zimmer 80 M. Anz. 6 M. 2 Zimmer 165 M. Anz. 15 M. 3 Zimmer 278 M. Anz. 25 M.
Herren- und Damen-Konfektion in großer Auswahl.
Per später gekaufte Möbel werden kostenlos aufbewahrt.
S. Osswald
DRESDEN-A.
Marienstr. 12, I. u. II
Entzück. Neuheiten in Herrenkonfektion soeben eingetroffen!

Wir empfehlen:
Führer durch die Reichsversicherungs-Ordnung
Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung betr.
Preis 30 Pf.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Gr. Zwingerstr.

Neu eröffnet!!
Sie kaufen
von Herrschaften wenig getragene Maß-Anzüge von 6 M. an, Ueberzieher v. 4 M. an, Jacketts, Hosen von 2 M. an, Westen v. 30 Pf. an, Schuhe von 1.50 M. an, ein Posten neue Muster, Anzüge, Ulster, Paletots, Hosen sehr billig bei
M. Hausmann
nur 15 I. Gr. Brüdergasse 15 I.
Auswärt. Kunden Fahrtvergütung.

Marke Härenz
Dänisch Bündel
ein milder Stift

Kokos-Flocken
Selbmanns Filialen

Billig! Billig!
1 Posten Herren-Sommer-Paletots u. -Ulster, vorj. Façons, früherer Preis bis 60 M., jetzt 6 M. bis 36 M. Verkauf direkt an Private. Nur so lange Vorrat
Herrengarderoben-Engroslager
Schloßstraße 6, I. Etage.

Nur Galeriestr. 11
Nähe des Altmarktes
kaufen Sie Ihre Kleider, von Herrschaften wenig getr., billig. Maßanzüge v. M. 8.—, 16.—, Ulster, Paletots v. M. 5.—, 18.—, Kinderanzüge aus gutem Stoff v. M. 2.50, Pelerinen v. M. 5.—, Hosen, Schuhe v. M. 1.50, neue Musterung. a. gut. Stoff v. M. 15—20, Damenkostüme v. M. 5—10, Röcke v. M. 5.—, Federbetten v. M. 10 an. Frackanzüge v. 15—20 M., auch zu verleih. Konfirmanden-Anzüge aus gut. Stoff v. 11 M. an Auswär. Kund. Fahrtvergüt.

Genossen!
In seinem Warenhause kauft Ihr billiger und besser als bei
Sperling
10 Oberseergasse 10
Kleidung, Wäsche, Strumpfwaren usw. usw. usw.

Zigarren
Zigaretten
Tabak
sowie sämtliche vorschriftsmäßige
Schul-Artikel
Richard Fischer
Dr.-Striesen, Lauensteiner Str. 21
Ecke Wittenberger Straße.

Echt Münchner Eberl Bräu in Halbliter und Elfer-Flaschen
Prämien Bons
Eberl-Brause
Eberl-Sprudel
überall erhältlich!

Tüchtiger Holzmaler!
Von einer süddeutschen Möbelfabrik wird als
Vorarbeiter
ein tüchtiger, zuverlässiger Holzmaler gesucht, der gewohnt ist, selbständig zu arbeiten.
Offerten mit Angabe seitheriger Tätigkeit und Gehaltsanspruch erbeten unter N. H. 800 an Rudolf Mosse, Nürnberg.

Gewandte Zigarren-Hausarbeiter f. Zigarren-Fabrik A. Weiser, Laubegast, Bismarckplatz.

Frühstücksträgerin
für eingerichtete Tour gesucht. Näh. Dr.-Striesen, Kreischaer Str. 18.

Ostermädchen
werden als Lehrmädchen bei sofort. wöchentl. Anfangslohn von M. 5.— bis M. 7.— steigend, zu gut bezahlter Akkordarbeit angelernt.
Dresdn. Papier-Zigarrenspitzenfabr. D. Fleischer u. Co.
Dresden-A., Peterstraße 45, 2.

Patente
Gebr.-Must. Warenz. aller Länder
Erfolge
auch in schwierigen Fällen nachgewiesen, für gewissenhafte Ausführung Garantie. Tel. 4462 Dresden-A., Waisenhausstr. 37.
Patentbüro Hülsmann

Bitte probieren Sie:
1 Pfund hochfeinen Hanswaldt-Kakao „Editha" und 1 Pfund gemahlenen Zucker 1.10 M.
1 Pfund gebrannten Kaffee und 1 Pfund echten Malzkaffee 1.60 M.
Solange Vorrat reicht.
Karl Müller, Dresden-N.
Königstraße 9

Bienen-Honig
gar. naturr.
empfiehlt in: ½ Postdose 2 Pfd. netto M. 9.50, ¼ " 5 " " 5.50, franko; 3. Zone 25 Pf. mehr.
Nachn. od. vorh. Einsend. d. Betrages.
Otto Lochner, Bienenzüchter, Cossebaude b. Dresden.

Brillen, Klemmer
in Gold, Silber, Doublé, Nickel, Schildpatt, Hartgummi, Horn und Stahl, adelnder Sitz, pa. Gläser v. 1.50 M. an. Reparatur sofort.
F. E. Zimmermann
Chirurgiker 4. a. d. Herzogin-Garten.

Sofabezugreste
von hochfeinen Möbelstoffen, der ganze Bezug zum Kaufpreis a 5, 8, 10.50, 14 bis 22 M., auch in pa. Plüsch, Perlenleste, Marocken-Tresle, enorm billig.
Starer
Wilsdruffer Str. 29, 1. Etage.
Kein Laden.

Postkarten
mit eigener Photographie 4 St. 1 M., Dutzend 1.80 M.
liefert
Photograph Richard Jähnig
Marienstr. 1., in Haus v. Engel & Sohn

Möbel, neue und gebrauchte, Schuhe, sehr billig. F. Neumann, Großenhainer Straße 117.

Oberlausitzer haltbare
Arbeits-Garderobe
für Lehrlinge jeden Berufs empf.
Karl Breitfeld, Alaunstr. 10.

Soeben erschienen:
Das neue Reichswertzuwachs-Steuergesetz
vom 1. April 1911 und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm.
Von Paul Göhre.
Preis 25 Pf.
Die Frauen und der politische Kampf.
Von Luise Ziep.
Preis 20 Pf.
Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung
von Prof. Dr. med. Th. Sommerfeld, Berlin.
Preis 20 Pf.

Rosel Nitzsche
Palmstr. 13, Hof I. Etage
empfiehlt sich den geehrten Vereinen zur Anfertigung von Dekorationen und Lorbeerkränzen; auch werden Haararbeiten angefertigt.

1 kleines Hausgrundstück
neugebaut, m. schönem Obstgarten, ist sofort auszugs- u. herbergsfrei zu verkaufen Wiedingen Nr. 72.

Die gegen Herrn Max Schöber ausgesprochene Verdächtigung erkläre ich als unwahr und warne hierdurch vor Weiterverbreitung, indem gerichtliche Anzeige die Folge sein würde.

Ernestine Schulze, Lobrig.

Die gegen Frau Olga Lange ausgesprochene Beleidigung erkläre ich hiermit als unwahr und warne hierdurch vor Weiterverbreitung, da gerichtliche Strafe die Folge sein würde.

Frau Ernestine Schulze, Lobrig.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120327/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Konsum-Verein „Vorwärts“

Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäfte

Große Zwingerstraße 12
Königsbrücker Straße 38
Potschappel, Dresdner Str. 33
:: Deuben, Dresdner Str. 43 ::

Für den

Oster-Umzug

empfehlen:

Gardinen

Gardinen, weiss und creme,	125 cm breit	50 Pf.
Gardinen, weiss und creme,	130 cm breit	60 Pf.
Gardinen, weiss und creme,	135 cm breit	70 Pf.
Gardinen, weiss und creme,	140 cm breit	80 Pf.
Gardinen, weiss und creme,	150 cm breit	100 Pf.
Gardinen, weiss und creme,	150 cm breit	125 Pf.
Gardinen, weiss und creme,	160 cm breit	135—200 Pf.
Scheibengardinen, weiss und creme		30—75 Pf.
Spachtelkanten, weiss und creme		45—135 Pf.
Tüllspachtelkanten, weiss u. creme		75—200 Pf.
Künstlergardinen		135—250 Pf.
Spachtelvitragen, weiss und creme, abgepasst		235—750 Pf.
Vitragenköper, weiss und creme		55— 75 Pf.
Vitragen-Damaste, creme und gold		65—150 Pf.
Brise-bise, creme und weiss		45—150 Pf.
Zuggardinenstangen		50 Pf.
Portierenstoffe — Lambrequins		95—250 Pf.

Linoleum

Läufer, 67 cm breit	à Meter 1.15 M.
Läufer, 90 cm breit	à Meter 1.50 M.
Läufer, 110 cm breit	à Meter 2.00 M.
Läufer, 200 cm breit	à Meter 3.50 M.

Nur schöne Muster in Parkett einfarbig mit Kante u. geblümt.

Linoleum, 200 cm breit, braun	6.00 M.
Linoleum, 200 cm breit, braun	5.00 M.
Linoleum, 200 cm breit, rot	5.00 M.

Linoleum-Vorlagen und Teppiche.

Beste Marke, keine Ueberbestandsware.

Wachstuche

Axminster-Teppiche	von 10.50—45.00 M.
Velour-Teppiche	von 18.00—42.50 M.
Steppdecken, Schlafdecken	von 3.50—14.00 M.
Kamelhaardecken	von 9.50—26.00 M.
Möbelstoffe, Fensterfriese	von 2.50—4.50 M.
Läuferstoffe	von 0.30—2.50 M.
Barchentbettücher	von 1.35—3.00 M.
Wachsbarchent, 85 cm breit	von 1.20—1.30 M.
Wachsbarchent, 100 cm breit	von 1.25—1.40 M.
Wachsbarchent, 115 cm breit	von 1.60 an
Gummidecken	von 3.25—4.50 M.

Rheinperle SOLO

Margarine die Elitemarken der Branche ersetzen

Feinste Butter

Holl. Marg. We[illegible] G.m.b.H. Goch Rhld.

Prager Strasse **26** Prager Strasse

Größte Auswahl in

Anzügen • Ulstern • Paletots

Tadelloser Sitz, neueste Formen, ein- und zweireihig

M. 12, 15, 18, 22, 26, 32, 38 usw.

Monats-Garderobe

wenig getragen oder verliehen gewesen

M. 8, 10, 12, 16, 20, 25 usw.

Hosen u. Westen

M. 3, 4.50, 5, 6, 7.50, 9, 10.50 usw.

Verleihung eleganter Gesellschafts-Anzüge

Kaufhaus f. Herren-Garderoben

G. m. b. H.

Dresden-A., Prager Str. 26. Tel. 19575

Sammeln Sie Ihr ausgekämmtes

Haar?

Ich bezahle für das Kilogramm:
Mittelfarben . . bis **15** M.
dunkle Farben . bis **20** M.
seltenere Farben . bis **30** M.
und mehr oder verarbeite Ihnen Ihr Haar, ohne es gegen minderwertiges (gebleichtes Chinesenhaar) zu vertauschen, zu einem Zopf oder einer Vorderfrisur (für 1.50 M.), zu einer Strähne (für 1 M.), zu einem Lockenchignon (1 Locke 30 Pf.) usw. Anderweitig gekaufte verschossene oder rotgewordene Zöpfe färbe ich Ihnen billig auf.

Frau Emma Schunke
Schloßstraße 19, I.

Frauen-Tee!
altbewährt. Paket 75 Pf.
Alle
Frauen-Artikel.
R. Freisleben
Postplatz.

Ausschuss-
und **Rester-Cigaretten,** nur feinste Qualitätsmarken. 100 Stück 60, 65, 70, 75, 85, 90, 95, 125, 135, 140, 150, 160, 180, 195, 200, 210 Pf.
Cigarren-Richter, Landhausstr. 8.

Zahn-Praxis

Max Wagner

Wettinerstraße 18, 1 **Dresden,** Wettinerstraße 18, 1
früher **Rudolphs Zahnatelier.**
Spezialität: **Zahnziehen in örtlicher Betäubung.**
Zahnersatz in bester Ausführung. — Plombierungen.
Leichte Zahlungsweise.

Als Konfirmations-Geschenke

sehr empfehlenswert:

Goethes Werke

4 Bände 6 Mark

Schillers Werke

3 Bände 4 Mark

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Gr. Zwingerstraße.

Fahrräder

Dürkopp, Mars u. Haenel
sind zuverlässig und leichtlaufend, reelle Garantie, bequem. Teilzahlung
Reparaturen aller Fabrikate.
Dr.-Cotta, Warthaer Strasse 37.

Sander u. Fichtner

Fahrräder

neu, 1 Jahr Garantie, 45, 50, 60, 75 bis 150 M., Damenräder 55, 65 bis 165 M.

Mäntel, neu, 1.85, 2.25, 3.00 m. Garantie 3.75, 4.50, 5.00, 6.00 bis 11.75 M.
Gebirgsreifen, 3.75, 4.50, 5.—, 5.50, 6.50, 11.75
Schläuche, 1.10, 2.50, 3.00, 3.75, 4.50, 5.00
Oellaternen, 0.75, 1.25 b. 6.50 M.
Azetylenlat., 1.25, 2 bis 10 M.
Pedale, Paar 1.35, 1.75 b. 6.50 M.
Luftpumpen, 0.35, 0.65 b. 1.75 M.
Fußpumpen, 0.65, 1 b. 3.75 M.
Gamaschen, 0.45, 0.60, 1 b. 3 M.
Gepäckträger, 0.35, 0.85 b. 3.25 M.
Rucksäcke, 0.50, 0.75, 1 b. 5 M.
Wettermäntel, 3.85 bis 12 M.
Lenkstangen von 1.50 bis 5 M.
Netze f. Damenräd. 0.45 b. 3.50 M.
Glocken, 0.15, 0.30, 0.50 b. 1.50 M.
Rotschützer, Paar 0.75, 1 u. 1.25 M.
Fahrradständer, 0.45 u. 0.75 M.
Karbid, kg 40 Pf.
Freil.-Hinterrad, 12, 14 u. 16 M.
Ersatzteile für Astoria-, Adler- u. Torpedo-Freilauf.

Stirl Wettinerstr. 49 Ziegelstr. 10.

Auf Kredit!
Kleinste Ar- u. Abzahlung
Möbel, Polsterwaren
Moderne Küchen
Einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen Wohn- und Schlafzimmer.

Otto **Fietze**
vorm. S. Gottlieb
2 Grunaer Str. 2
I. Etage, direkt am Pirn. Platz

Auf Kredit!
Federnde 1 M.
Teppiche, Gardinen, Bett- und Leibwäsche, Uhren, Bilder, Schirme Kinderwagen usw.

Otto **Fietze**
vorm. S. Gottlieb
2 Grunaer Str. 2
I. Etage, direkt am Pirn. Platz

Auf Kredit!
auch und ausschließlich
Damen-, Herren- und Kinder-Garderoben
Konfektion - Ausstattungen
Gardinen Bettdecken
Polsterwaren, Bettwäsche, Kleider

Otto **Fietze**
vorm. S. Gottlieb
2 Grunaer Str. 2
I. Etage, direkt am Pirn. Platz

10%
sofortige Vergüt. der Anzahl. bei Vorzeig. dieser Annonce sowie
Gratis
Bel. Stück, Bettdrogen, Bettfedern, Kleider usw.

Fahrräder, neu u. gebr., Pneumatiks verkauft billig Genesse
A. Kräber, Pfotenhauerstr. 41, II.

Rechtsauskunft für Frauen ... Das sei ein großes Verdienst des Rechtsschutzvereins für Frauen. Die Vortragende schloß: Bis jetzt war die soziale Frauenarbeit in der Hauptsache eine freiwillige. Aber allmählich vollziehe sich die Wandlung zum Beruf. Von 22 000 sozial tätigen Frauen in Deutschland sind heute 400 in besoldeter Stellung. Damit ist auch eine gründlichere Schulung verbunden. Eine Anzahl sozialer Frauenschulen bestehen, bei denen ein ... Lehrgang durchzumachen ist. [illegible]

Diese Darlegungen der Vortragenden zeigen, daß die soziale Hilfe auf diesem Gebiete auf die Dauer nicht der ... [illegible] ... Frauenwelt selbstverständlich von der größten Bedeutung ist.

Kampf um Recht Die Frau im öffentlichen und im Privat-Recht. Ueber dieses Thema sprach in der vorigen Woche im Dresdner ... Frau Dr. ... Salinger. Die Rechtlosigkeit der Frau beleuchte ... [illegible]

Heilkunde Die Entstehung und Heilung des Stotterns. Unter dem Vorsitz von Dr. William ... hat in London eine Versammlung von Sprachlehrern stattgefunden, d. h. von solchen, die sich mit der Behandlung und Heilung von Sprachfehlern beschäftigen. [illegible]

Zeitschriften Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 13 des 22. Jahrgangs zugegangen. [illegible]

1912 – Nr. 7 | Beiblatt zu der Dresdner Volkszeitung und der Volkszeitung für Zittau, Pirna, Freiberg, Meissen | 27. März

Mein Kind hat noch nie ein Geschenk erhalten

Von Alexander Herzen

Vor ungefähr drei Jahren begegnete ich einem jungen, sehr hübschen, armseligen Mädchen. Sie gehörte zu der Aristokratie der ... [illegible]

[illegible]

„... mein Kind hat noch nie ein Geschenk erhalten.“

Ich sah sie gerührt an und drückte die Hand dieser „Verworfenen“ mit Freundschaft und Achtung. [illegible]

Ein bürgerlicher Frauenkongreß

[illegible]

Sicherlich aller Dinge aus den Herzen gerissen, die sie unserer Frauen alle Wetten möglichst nicht oder wenig gestört wissen wollen, aber wer rechnen kann, daß Frauenkampfmaßnahmen sich gewissermaßen nicht nach den Wünschen und Gottlichkeiten einer Angestellt verlangter Damen richten. Heute ist der Schwarzkittel und Jugendbewegung der Gesellschaft bei Politikerin und Sozialpolitik auf: „Die Entwicklung steht nicht still!“ und jetzt aber Augen wie Sträuben Vergangenheitsfeindschaft hinweg in einige Fernen! . . . Die Entwicklung steht nicht still! . . . So wenig wie die Eigentumsfrage, Produktionsmittel- und Ehefragen ewig wie heute gewesen sind und ewig bleiben, wie sie heute sind, so wenig waren und bleiben es auch die Haushaltsformen. Die Gestalt der Hauptwirtschaft ist ebenfalls etwas Absolutes und für alle Zeiten Gültiges wie alle anderen gesellschaftlichen Gebilde sind und Verhältnisse, sondern ist ein dem Wandel des ökonomischen und gesellschaftlichen Zustandes entsprechenden Veränderungen unterworfen, und die heutige Hauptwirtschaft wird um so geschwächter und haltloser, je mehr ihre Form entgegen aller anderen wirtschaftlichen Entwicklung einem Erstarrungsprozeß herbeiführt, der dem Vorwärts und den Bedürfnissen kommender Geschlechter entgegensteht. Mit der Sozialisierung aller anderen gesellschaftlichen Verhältnisse erfreuen auch die Frauen, wo der Beruf hat und nicht andere aus dem Hause verdrängt, und die Menschen werden dann „umfühlen“ können, wie schon so oft im Laufe der Entwicklung, und aus den geänderten Verhältnissen ganz von selber erkennen, daß physisches Wohl und moralisches Wohlsein nicht einzig und unverbrüchlich an den heutigen Hauptwirtschaft gebunden ist, der Bedürfnisse von Müttern und Mutter trennend verschlingt. Diese neue Zeit mit neuen Anschauungen wird ganz naturgemäß der Sozialismus bringen. —

Es sind auf dem Kongreß viel schöne, schöne Vorlesungen über Persönlichkeitswert und Erweckung der Frau zum Persönlichkeitsbewußtsein erklungen. In allen Variationen und bei allen erdenklichen Fragen hieß man: Ethik und Persönlichkeit. Jedoch auch unseren nicht Hoffnungslosen, sondern materialistischen Betrachtungsweise ist Ethik weniger eine persönliche denn eine gesellschaftliche Größe, und bei Ethik unserer kapitalistischen Gesellschaft denkt für das Heer der Narrenhaften, Mützen wie Frauen, kein Recht der Entfaltung zur Persönlichkeit. In dieser kapitalistischen Gesellschaft verschwinden Millionen Frauenzeitungen auf der Linie der tätigen Frau und Schwester, wie sie jener Kostbarkeiten Zeit in der Halle der Frauenausstellung geschrieben; sie begeistern die schwärmerischen Wirrh, daß die Menschenmasse gegenüber richtet und die sittlichen zur Fortentwicklung und Vorstellung zur höheren Menschlichkeit treibt, gestaltenge heute zur Folgerung, die Kräfte der Kultur zu verdrücken, sie zu mehren aber auch vor einem ewigen Tag gewachsen zu können. Millionen und Abermillionen leben in Verzweiflungsnöten, die aller Sittlichkeit und Hygiene Hohn sprechen, sie verkümmern sich auf den Hauptkrankengen und in den Kasernen des Elends, sie ersticken heißen ein Elend, das über die sittlichen Mängeln der Besitzenden Unmöglichkeit, und verschwinden lautlos nur der Sittlichkeit, nachdem sie nur der Zeit entgegenhaucht sind. Ihre zusammenhängende proletarische Existenz mit der Schicht der Kerkerfeind im tiefsten Schlamm bildet die furchtbare Grundlage für all die Wirrung nach oben und die Möglichkeit der Frauen, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft und der eigenen Welt ihre Persönlichkeit zu entfalten und frei zu sein.

Nimmer helfen die so gesagte Gleichstellung der Hausfrauschaft nach zur hauptsächlichsten berufenen Frauen des Frauenkongresses sich im Geist einstellen, dem Arbeitsfeld der zur Verwaltung Berufenen zu gewinnen mit dem Bestreben, daß dem eine Neuordnung Frauenfrage unserer in Fesseln legenden Hauptsächlichkeit zum „Hauptsächlichen“ ?! Die Proletarier gehen über solcher Leitung ihrer begleiten Gesellschaft oder zur Tagesordnung!

Noch ist nicht jeder Einzelne von Frauen, und ihre Mode die Verhältnisse vorzeitig zu ändern und unverdrossen für sich Aufgaben, Entfaltung und Freiheit und Gerechtigkeit zu erlangen, um sich zu behaupten, und die politische Gleichstellung von Mannesgenossen zum Kleinmenschlichen zu bedeuten. Jene ist einzig nur Mittel, dem der Weg sich bringen kann. Aber ist nicht die Gleichstellung von Menschen zum Menschen, bei so lange Hinter, Entfaltung, Freiheit für alle, nach menschlich und einzig? Es handelt nicht nur die Frauen ein Mensch nur nach gesellschaftlicher Achtung und Entfaltung der Verhältnisse, sondern jeder Frau, jeder Mensch, nehmen alle, um die gesellschaftliche Mission herzustellen, die Hände von die Hauptarbeiter, nach auf der Arbeit alle Kräfte bereitet. Was hilft es über den Kleinkrämern, wenn eine Frauenschicht etwa durch die Sozialistische „Gleichberechtigung“, mit den proletarischen „Gleichheit“ die reiche Gesellschaftsfrauen herein, nun sozialistisch „Gleichheit“ bereit, Hilfe und Kräfte zur höheren Gesellschaftlichkeit bekommt?

Reich durch „Gleichberechtigung“ für das ganze Volk wäre an der Klassengegensätzen und dem Klassengegensatz nichts geändert!

Jedoch eine andere Frage. Wenn man unterstellt, daß schon eine Gesellschaftung, eine bestimmte Gesellschaftung der kleinlichen Bedürfnisse eine Menge Frauenkraft bedeutet und die Kraft Begleiter einer höheren Entwicklung entgegenstellt, was will man denn unter Schwärmerei, daß in noch viel höherem Maße eine Sozialisierung unserer geistigen wirtschaftlichen Verhältnisse dieses bewirkt, logisch noch entgegenstellt? Wenn für die Frauen, die einer bestimmten Rasse angehören, die Verwirklichung von Zeit und Kräfte genügt, um das eigentliche Leben zur Persönlichkeit zu entwickeln und alle Seiten ihrer Eigenpersönlichkeit zu entfalten, warum kann keine Sozialisierung, die das ganze Leben so organisiert, daß die unterste Kraft für alle Menschen gewinnt und alle lebendigen Kräfte sich möglichst ungehindert entwickeln können? Bitte, warum nicht, ihr Frauen, die ihr bei den letzten Wahlen und auch sonst immer den Sozialismus, so gut ihr es versteht, hochspielt? —

Für Proletarier und ihre Frauen ist die Herstellung eines sozialen Zustandes, der auch keine materiellen Unterdrückten und Ausgebeuteten mehr kennt, der neben der ökonomischen Gleichheit der Freiheit und Gerechtigkeit für alle, die vollständige Gleichberechtigung beider Geschlechter ermöglicht — der Sozialismus — Licht, Recht, Entfaltung, allen! Dagegen ist das im bürgerlich-kapitalistischen Sinne behandelte Problem „Gleichberechtigung“ nicht gerichtet, die Letzten der Proletarierinnen wirklich schlagen zu machen.

Gerade nur angesichts des kapitalistischen Strebens der Frauen unsere proletarische Seele leidtragen schwang, wurmte neben da die Frauenbewegung an Gehalt und sittlichen Wert, so war für unter den Gesichtswinkel hielten, daß sie allerdings bei keinen Nöten einzelne Wenige Tüchtigkeiten gut, besonders für den großen Schwarz der proletarischen Mitschwestern dann die Stimme erhebt, zum wenigsten von der Mitteln seiner Befestigung nichts wissen will. Die bürgerlichen Frauen kämpfen nur Frauen, der Vorrechte der Männer ihrer Klasse teilhaftig zu werden, nicht aber für die Verbesserung der Proletariatsfrauen. Die Proletarier und ihre Frauen ersehnen sich Besserung, gestützt auf die große Lehrerin, die sozialdemokratische Partei und Bewegung, auch einige Liebe kann ihnen geben, was sie vorwärts bringen wird: Die Kraft, die Kar und fest und ohne Mitreden den Weg gerade Ziele steuert.

Stimmen und Bilder

Die Ausstellung der „Frau in Haus und Beruf“ in Berlin

(Schlußbemerkungen)

Die Ausstellung der „Frau in Haus und Beruf“, die in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten in Berlin geöffnet wurde und nun geschlossen ist, hat eine große Aufmerksamkeit gefunden. Wie man auch sonst darüber urteilen mag: ein bedeutungsvolles Ereignis ist sie unzweifelhaft gewesen, denn sie war die erste größere Ausstellung, die ganz und gar von Frauen veranstaltet worden ist, um das Wirken der modernen Frau auf den verschiedensten Gebieten, ihre Leistungsfähigkeit, ihr Können und ihr Vorwärtsstreben zu zeigen. Freilich, was die Ausstellung tatsächlich geleistet hat, ändern die Meinungen verschieden. Und es hat sogar sehr ernsthaftes noch nicht gutes eine Ausstellung stattgefunden. Aber die die Urteile so weit auseinandergegangen sind, vom Überschwenglichen bis zur vernichtenden Kritik, wie über diese Ausstellung der Frauen. Das ist sehr erklärlich und war nicht anders zu erwarten: Die Ausstellung stellte das Programm einer Richtung dar, und die Kritik urteilte doch pro et contra zum Programm. Partei-Interesse sich aber manchmal geltend. Und trotzdem ist viel Hervorragendes über diese Ausstellung gesagt worden, Wertvolles von beiden Seiten. Die wichtigsten Vorbedingungen, mit denen Anschauungen der bürgerlichen Frauenbewegung die Verwirklichung und das Gebotene zu verwirklichen suchten — u. a. auch Frau Pfleiderer in der Frauen-Abteilung des Berliner Tageblattes — geben ein noch schärferes, farbenreiches Bild von der Ausstellung als die gänzlichen Unterlassungen, mit denen auch in einigen sozialdemokratischen Blättern die Ausstellung abgetan worden ist. Mit aus der Ausstellung gerecht werden, muß man sich an das halten, was sie sein wollte und was sie auf Grund ihres Programms geben mußte.

Die Ausstellung war bei dem Deutschen Frauenstaat verwirklicht worden einer Vereinigung von Schriftstellerinnen und Mitgliedern der verschiedenen Verbänden. Auch diese Frauen gegeben worden, wenn man ihnen die hier Gemeinschaftsgedanken hätte. Die Lage der Frauen zu geben, beschränkt sich der Arbeiterinnen — das lag den Veranstaltern gänzlich fern und gehörte so wenig in das Programm der Ausstellung, wie etwa eine Darstellung von Hausgeschichten der Kleinen möglich. Der Wunsch der Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf“ ist deutlich etwas unklärend; aber es hatte über das Hinsehen auf das, was die Frau in Haus und Beruf hervorgebracht haben kann und muß die historische Betrachtungen, ihre Leistungsfähigkeit zu erkennen, deutlich erreicht haben. Aber ihre Gesamtleistungsfähigkeit haben nur aber die Proletarierinnen überzeugend, wie die wirklichen Interessenten, die eigentlich hier Geschichten, Kunstschätzen alle, bildlichen Sinnen. Die meisten Bilder der Proletarierin Frauen nicht einmal einen Platz einnimmt, und so die Mittel nicht dazu haben. Die Ausstellung hat auch diesen Mangel nicht mit verhalt eine Illusionen, weil sie von den bedeutenden Frauen und aus bürgerlichen Frauenkreisen heraus und Leben erstehen mußte, sondern auch deshalb, weil sie eigentlich nur Leistungen von Frauen und Mädchen hauptsächlich Kreise zur Darstellung brachte. Aber wie wie die Geist und die Mitgefühle meistens nicht gerissen hat werden, daß die Arbeiter und Gebildeten in der Frauen Gesellschaft in der Regel aus den bescheidenen Kreisen kommen, so muß man auch die Ausstellungen dieser allen Ausstellung der Frauen schließlich durch Interessen, daß sie auch von Frauenmöglichkeiten und Frauenleistungen erzählen.

Vor zwanzig Jahren waren in Deutschland noch keine Frauen an deutschen Hochschulen, Gymnasien oder Kunstgewerbeschulen zugelassen. Heute dürfen in Deutschland Ärztinnen von Frauen, und auch in Kunstgewerbeschulen sind neben den männlichen Schülern auch Schülerinnen zu finden. Die Erfolge dieser größeren Gleichstellungsmöglichkeit der Frauen nahmen einer sehr kurzen Zeit gegenüber sich auf der Entwicklung in ganz bemerkenswerten Maße. Die Ausstellung an sich war ja das Werk von Gewerbeschulen, Künstlerinnen und Schriftstellerinnen. Aber das, was die weiblichen „Intellektuellen“ im einzelnen ausgestellt hatten, war auch das Bedeutungsvollste der ganzen Ausstellung.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die einzelnen Werke der Kunstabteilung zu besprechen. Die meisten der ausgestellten Gemälde und Skulpturen waren durchschnittliche Leistungen, aber es fehlte auch nicht an geradezu Arbeiten. Mehr noch interessierten die kunstgewerblichen Arbeiten, da dieses Gebiet erst in der jüngsten Zeit von den Frauen in Angriff genommen worden ist. Die Frauen gegeben sich hier als tüchtige Architekten für Innendekoration, und die von ihnen entworfenen Wohnungseinrichtungen haben neben ihrer wohnlichen Anlagen in nichts nach. Viele Wohnungseinrichtungen sind verschiedentlich von einigen Wohnen herausgeschnitten worden, als sollen sie das moderne Wohnungsproblem zur Darstellung bringen, während in doch lediglich die Leistungsfähigkeit der Frau als Architekten, als kunstgewerbliche Künstlerin demonstrieren. Aus solchen falschen Ausstellungen heraus ist auch eine falsche Beurteilung der Ausstellung entstanden. Nicht die „reichen“, die „luxuriösen“ Wohnungen der Kapitalisten wurde gezeigt, sondern das, was auf dem Gebiete der Wohnungskunst die Frau heute leisten kann. Und dabei, daß die Frauen in der Plakatkunst, in der Illustration, der Innendekoration, der Goldschmiedekunst und in vielen anderen kunstgewerblichen Arbeiten bisher bewiesen, haben sie sich auch am meisten ausgezeichnet, und die Ausstellung zum ersten Male der großen Öffentlichkeit dokumentiert. Das Geschehen ist das Resultat weniger Jahre, und man darf daraus schließen, daß das Kunstgewerbe einst jener Spezialgebiete ist, auf dem die Frauen einmal ihre größten Erfolge erzielen werden.

Die Frau als Gelehrtin und Schriftstellerin zeigte sich in den historischen Arbeiten und in der Literatur über die allgemeine Berufstätigkeit der Frauen, die von Frauen bearbeitet waren. Daß die Tätigkeit der Frauen in der Industrie, in Fabriken und in der Heimarbeit, in der Landwirtschaft, im Handel und Verkehr nur in statistischen Tabellen und in Diagrammen veranschaulicht wurde, lag an dem ganzen Charakter der Ausstellung. Es waren freilich auch einige Modelle in Tätigkeit zu sehen, auch Spinnerei, Weben arbeitende Mädchen an Strickmaschinen usw. — aber das war der geschäftliche Teil der Ausstellung, wo Unternehmer sich den Käufern empfehlen, wie die große Gummiwaren Michels und Komp., welche die Gummiprodukten vorführte. Dieser stets große Teil der Ausstellung war nichts als Reklame für das Publikum, ähnlich wie die Ausstellung der praktischen Damen und anderer mehr, das jede Ausstellung aufzuweisen hat, auch dem aber die Ausstellung nicht benutzbar werden darf.

Was die Frauen in der Erziehung und im Unterricht, in den Schulen und in Kindergärten leisten, suchte die Ausstellung zu veranschaulichen. Neues konnte hier nicht gezeigt werden. Dagegen erwarte die Tätigkeit von Frauen als Bibliothekarin und Lehrerinnen ganz besonders Interesse.

Einen großen Raum nahm die Krankenpflege ein und dann die Gesundheitspflege und die Bestrebungen auf dem Gebiete der Hauswirtschaft. Zahlreiche Haushaltungsgeräte waren ausgestellt. Damit sollte veranschaulicht werden, daß die Hauptziele der Ausstellung, Frau Helene Lange, in ihrer Eröffnungsrede gesagt hatte:

„Diese Ausstellung ist die Friedensfanfare für die heißen großen Erfindungsgeister der Frau, Haus und Beruf, die sich aufzugleich auseinandersetzen und um Ring kämpfen zu müssen schienen, um sich neue einander treuen mehr zu nähern, sich zu ergänzen.“

Mehr von uns dieser Teil der Ausstellung aber nicht zu erkennen, als daß die Frauen immer noch in verschiedenen Stellungen zum Leben in der Gesellschaft tätig sind, und auch ja bleiben wer. Auch das, daß aus der sozialen Tätigkeit der Frauen zur Entdeckung zu machen wurde, erzählte nicht viel, weil zur öffentlichen Einflußnahme in der häuslichen und familiären Betreuung auf sehr wenige Frauen gestützen sich, die Tätigkeit der bürgerlichen Frauenvereinigungen auf diesem Gebiete aber noch nicht recht bei ist und die Frauenbewegungsfrauen dieser Richtung gewichtig haben.

Die Ausstellung hat alles wohl gezeigt, daß die Frau die Berufstätigkeit besitzt, auf vielen Gebieten Erfolgreiches zu leisten, und daß ein großes Stückchen Arbeit in der Frauenfrage verrichtet ist. Viele Fragen sie nicht lösen, wenige kann man aber auch nicht von ihr erwarten.

Umschau

Nageln statt Brot

Wo die Tänzer der Schlacht
gacht die Schlachtenfreude,
in die Sturmigen Nächte
bringt Hilfe stammer und nacht:
„Ich bin Germania, das da unten am Rhein liegt?
Kommt und sieht, ich lebe nicht, wie man sagt!“
Doch aus den Gruften tönt es zurück:
„Hilf uns nicht auf!
Unsere Frauen und Mütter hungern nach Brot,
unser Geld liegt die Not,
wir müssen nicht eine Sekunde verlieren —
und der Herr Staatssekretär müssen sich erst informieren.“

Wer des Vaterlands Wirtschaft
wirft mit jedem Schlag,
Und sie gerissen die Kaufkraft
und bringen herauf zu Tag:
die Gläubiger verhungern, das Kaufkraft perfällt,
die Banken dem Nicht und der Ruhr erfällt,
Gottes Ehrenhalle, verschlungen den Stand und Macht
so stehn sie und fordern von treuer Macht,
was sie selbst dem Vaterlande geraubt,
der sich doch sättigt und sich ernährt —
doch die Thalern und Gelenkt sind beim Dirigent,
und der Herr Staatssekretär müssen sich erst informieren.

Geh gerüstet, ihr Massen,
man hilft euch schon;
Hakenkreuz, Stahlhelmen
und Dragoner-Schwadron,
die dürfen nach Marxer als gleichwertes Gute —
das laßt nur den andern auf dieser Welt.
Und vielmehr, gesteht ihr ja viel und gut,
gibt's keine Verhaung und nicht Blut,
Doch Pleiten nach in den Hungerstunden
die blauen Bohnen, das sättigt in Wunden
und gesteht euch wieder auf allen Wegen —
und der Herr Staatssekretär muß sich erst informieren.

Franz Langheinrich

Soziales Soziale Frauenarbeit. Der vierte, vom Deutschen Reichsfrauenrat für Frauen veranstaltete Kursus zur Einführung in die Probleme der Frauenbewegung wurde von Frl. A. von Weizsäcker geschlossen über die verschiedenen Gebiete der sozialen Frauenarbeit. Die Betätigung der Frauen in sozialer Arbeit zu eine Frucht des erwachenden sozialen Gewissens. Die Ursache dieser Arbeit sei unter anderem die unsichere und ungerechte Verteilung des Kapitals. Angesichts dessen mache allmählich das Pflichtbewußtsein, den schlechter gestellten Volksschichten zu helfen. Dabei könne man nicht bei der rein theoretischen Arbeit stehen bleiben. Eine Hauptaufgabe sozialer Frauenarbeit sei die Kinder- und Jugendpflege. Die Säuglingsfürsorge, die allerdings gleich von Anfang angefangen wurde, ist ohne Frauenarbeit unmöglich. Daß sie durchgeführt ist, ging zum Beispiel in Dresden die Säuglingssterblichkeit in den Jahren 1906 bis 1910 um 4 Prozent herunter. Tatsächlich haben bei dieser Frauenarbeitung jährlich Mütterberatungsstellen für Unbemittelte mit großem Erfolg gearbeitet. In Deutschland gibt man jetzt 300 Krippen und 70 Säuglingsheime, die hauptsächlich von Frauenvereinen gegründet sind. Ferner ist eine große Zahl Kleinkinderbewahranstalten und Kindergärten von Frauen gegründet worden. Die bestehen sich leider nicht in privaten Händen und gelinge bei geringen Mitteln ist die Einrichtung unmöglich. Es ist zu fordern, daß die Gemeinden hierfür große Mittel aufwenden. Nun ingesamtlich Unglück ist, ferner die sozialige Mitarbeit der Frauen bei den Schulpflegen, die geeignet zu einer sozialen Kameradschaft werden, in Anbetracht der starken Unterschiedung unter Schulkinder, die eine Folge ungeregelter Elternverhältnisse der Eltern ist. Die Arbeit des Vereins gegen Kinderausnutzung und Mißhandlung der Kinder gestaltet sich sehr schwierig. In Berlin habe der Verein 9 u. 200 Mißhandlungen für leichte Fälle erstattet. Auch Kinderschutzgesetzen für die schulentlassene Jugend habe der Verein gefordert. Oder wenig Frau Gerhard noch gesagt, eine Kommunalarbeit zu übernehmen, weil sie vielfach Ehre hätten, und den Bedürfnissen in Verbindung zu treten. Aber heute dürfen sie einmal wenig gemeinschaftlich, wie bei der Mitarbeit zur Jugendgerichtshilfe, die nicht und nicht nach unentgeltlichem Gesetzt durchgeführt werden müßte. Heute wolle man die Frauen bei dem Jugendgericht noch nicht als Beisitzer gelassen, aber Gerhard Lange hoffe der Frauen zum ehrlichen Gesetz zu erreichen. Aber auch das wurde nun Jährlich bei Jugendlichen nicht auftreten können.

Ein weiteres wichtiges Gebiet sozialer Frauenarbeit ist die Kriegsfürsorge. Geheimrat Kettler gerät Frauen heute bereits hohe, ist keine politische Tätigkeit unter zur Anerkennung gekommen, so daß heute politische Frauen in den Kommunalkreisen tätig seien. Es müsse gelingen, daß sie auch zum Wahlrecht herangezogen werden, bevor Mehr man den Frauen heute auch anerkennen müsse. Auch in der Kriegsfürsorge nahmen sich heute eine Stärkung. Sie jetzt führen in der Gemeinde aus katholischen Caritasschwestern ausgeführt worden, weniger aus evangelischen. Trotz Zimmerer Hilfe gerade entgegenkommen, besonders Kriegsfürsorgerinnen ausgeführt. Trotzdem wurde die Kriegsfürsorge zur Gemeinde, denn die Gemeindeangestellten aus. Ein Vorwurf gegen die Gemeindeschwestern, die der Pflege hat ausführen, die die Gemeinden ist nicht frei. Die Gemeindeschwester wendete sich im Gegensatz hierzu gegen die „Gemeindeschwestern“, die es unentgeltlich Arbeit leisten müssen, und die Gemeindeschwester gründlich mit gut ausbilden zu können. Diese hätte nur geschulten Arbeiten verwendet hatten. Sehr interessant hätten sich die Gemeindeschwestern der Frauen bei der unentgeltlichen

Reichstag.

85. Sitzung. Dienstag, den 26. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kühn, Kraetke.

Dritte Beratung des Protokolls betreffend:

Fortsetzung der internationalen Zuckerkonvention.

Abg. v. Grabski (Pole) bedauert, daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen zu wenig Rücksicht auf die Wünsche der Interessenten genommen hat. Die außerordentlich große Menge Zucker, die Rußland nach dem Vertrage auf den englischen Markt werfen dürfe, müsse preisdrückend auf den Zucker wirken.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) fragt an, was die Regierung zu tun gedenke, um Umgehungen der Konvention durch Rußland, wie sie vorgekommen seien, zu verhindern und wünscht eine bündige Erklärung, daß Rußland in den nächsten 5 Jahren während der Dauer der Konvention keine weiteren Zugeständnisse gewährt würden. Ganz ungeklärt sei das Verhältnis Englands zur Konvention.

Reichsschatzsekretär Kühn: Ob England später der Konvention beitreten wird oder nicht, wissen wir nicht. Aber England hat erklärt, daß es in jedem Falle seine bisherige Zuckerpolitik nicht ändern wird. Den behaupteten Umgehungen der Konvention werden wir nachforschen; sollten sich die Mitteilungen als wahr erweisen, so werden wir natürlich solche Umgehungen zu verhindern wissen.

Abg. Bernstein (Soz.):

Es ist eigentlich nicht unsere Aufgabe, der Regierung beizutreten in ihrem Kampf gegen die Rechte. Wir sehen die Konvention nur als kleineres Uebel an, um die Prämienwirtschaft zu beseitigen. Verzichten Sie auf den Zuckerzoll und die Zuckersteuer, so geben wir die Konvention sofort preis. Natürlich verurteilen wir auch das russische Prämiensystem auf das entschiedenste im Interesse des russischen Volkes. Aber eine Aenderung kann da nur in Rußland selbst durchgesetzt werden. Gewiß mag es einigen Zuckerrübenindustriellen nicht gut gehen, aber warum haben Sie denn gar kein Gefühl für die Millionen, die Zucker verbrauchen? Wir betrachten die Dinge nicht vom Standpunkt einer Industrie, sondern der gesamten Volkswirtschaft aus. Die Befürchtung, die Herr Dr. Arendt wegen Schaffung eines englischen Zollverbandes mit seinen Kolonien hegt, ist bei dem jetzt dort herrschenden Regierungssystem ganz unbegründet. Aber gerade die Rüstungspolitik, die die Herren der Rechten bei uns betreiben, das beständige Schaffen von Reibungen zwischen England und Deutschland, treibt gerade dahin, daß die Chamberlainsche Politik, die Sie fürchten, wieder ans Ruder kommt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Also wir erkennen zwar die Nachteile der Zuckerkonvention, sehen aber in ihr das kleinere Uebel und werden deshalb dafür stimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Graf Kanitz (kons.): Herrn Bernstein erinnere ich daran, daß gerade meine Freunde vor einigen Jahren eine Herabsetzung der Zuckersteuer beantragt haben. Eine Kontrolle des infolge der hohen Exportprämie sehr großen Zuckerexports aus Rußland dürfte kaum möglich sein; eine Umgehung der Konvention in der Richtung der Ausfuhr über das Kontingent hinaus wird daher kaum zu verhindern sein. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Meyer (natl.) bedauert gleichfalls die Haltung des Zentrums und beantragt Kommissionsberatung.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, die Konvention hierauf in der Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Alsdann werden die Wahlen der Abgeordneten Adler (natl.), Schulenburg (natl.), Dunajski (Pole), Dr. Erdmann (Soz.) entsprechend dem Antrage der Wahlprüfungskommission debattelos für gültig erklärt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Postetats

beim Titel Staatssekretär.

Abg. Duffner (Z.): Der in der Denkschrift konstatierte beispiellose Aufschwung des Postwesens ist sicher mit zurückzuführen auf die im Jahre 1909 durchgeführte Sanierung unserer Reichsfinanzen. Die Besoldungsordnung hat nicht alle Wünsche erfüllt, besonders bei den Assistenten. Jetzt, wo sich die finanziellen Ergebnisse übersehen lassen, sollte man die Mißstimmigkeiten beseitigen. Wir beantragen daher für die Assistenten eine Erhöhung der Bezüge entsprechend dem gesunkenen Geldwert und eine bessere Bezahlung für die Postschaffner und Assistenten. Ferner verlangen wir eine Neuregelung der Tagelöhne der Reichspost- und Telegraphenarbeiter. Auf die angemessene Sonntagsruhe muß mehr Rücksicht genommen werden nicht nur im Postdienst, sondern auch im Verkehrsdienst. Die Wohnungsverhältnisse der verheiratete Unterbeamte bleiben manchmal hinter denen für unverheiratete Beamtinnen zurück. In der Kommission ist unser Antrag auf Erhöhung des Portos für postlagernde Sendungen leider abgelehnt worden, aber gerade durch diese kommt die pornographische Literatur in die Hände unserer Jugend. (Lebhafte Sehr richtig! im Zentrum.) Gleichzeitig stellen wir erhöhte Anforderungen an den Postetat. (Zustimmung im Zentrum.)

Staatssekretär Krätke: Wir müssen die Ueberschüsse abliefern. Wollten wir die Beamten aus den Ueberschüssen bezahlen, so könnten z. B. die Justizbeamten gar nichts erhalten. (Heiterkeit.) Würde die Besoldungsordnung wieder an einem Punkte durchbrochen, so würde sofort die Hydra mit 1000 Köpfen kommen. Es ist verfügt, daß die Unterbeamten von zwei Sonntagen einen ganz frei oder zwei halbe frei haben. Mit Rücksicht auf die finanziellen Konsequenzen können wir den Sonntagsdienst nicht einschränken und den Nachtdienst nicht bereits von 8 Uhr an rechnen.

Abg. Brutt-Hagenow (kons.): Die Rede des Herrn Zubeil sollte wieder die Unterbeamten gegen die Postbehörde aufhetzen. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben den Beamten keine Versprechung gemacht, die wir nicht zu halten in der Lage sind. (Ah, auf links.) Wenn sich viele Beamte mit allerlei Zuschriften an Herrn Zubeil gewandt haben, so haben sie damit bewiesen, daß sie kein Vertrauen zu ihrer Behörde haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich halte es mit der Ehre eines Beamten für ganz unvereinbar, wenn er sich an einen sozialdemokratischen Abgeordneten wendet. (Lebh. Ohoi! b. d. Soz. — Bravo! rechts.) Nutzen werden die betreffenden Beamten davon aber nicht haben. (Lachen b. d. Soz.) Redner tritt des weiteren für die Wünsche verschiedener Beamtenkategorien ein. Die Erfüllung der hier erhobenen Forderungen der Unterbeamten und Assistenten würde 25 Millionen erfordern. Wo wollen Sie die Mittel hernehmen? (Rufe: Erbschaftssteuer!) Dann beschließen Sie lieber eine Witwenbrennersteuer, die würde vielleicht noch mehr einbringen. Viel zu gering ist die Entschädigung für Postaushilfsstellen. Die Mittagszeiten der Postgenossenschaften und kleinen Postämter sollen einheitlich geregelt werden mit Rücksicht auf die Telephonteilnehmer.

Abg. Beck-Heidelberg (natl.): Der glänzende Aufschwung im Bereiche der Postverwaltung und die blühende Entwickelung unseres Wirtschaftslebens ist nicht wegen, sondern trotz der Finanzreform von 1909 eingetreten. In dem Tempo der Errichtung neuer Postagenturen und der Umwandlung kleinerer in größere ist leider ein kleiner Rückschlag eingetreten. Der Wünsche der untteren Postbeamten halten wir für ebenso berechtigt wie vor drei Jahren; dem Beamtenbesoldungsgesetz haben wir nur zugestimmt, um überhaupt etwas zustande zu bringen, aber wir hoffen auch, dadurch für die Regierung den Boden zu bereiten um den weitergehenden Wünschen entgegenzukommen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auch für die Inhaber der Postagenturen sollte mehr geschehen; vielleicht kann man bei ihnen kaum noch von einer Verwaltung im Nebenamt sprechen. Wenn die Sozialdemokratie in den Kreisen der Postbeamten Eingang findet, so ist das mangelnde Entgegenkommen der Verwaltung daran schuld. Vorläufig allerdings ist die Beamtenschaft allerdings sich noch ihrer Pflichten gegen den Staat bewußt, und ich bin überzeugt, daß der Abg. Zubeil sein Material nicht aus Kreisen der Beamten bekommen hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, es ist liberal, das Recht der Beamten zu vertreten, und national, auch die Pflicht der Beamten dem Staat gegenüber zu vertreten. (Lachen b. d. Sozialdem.) Auch die Postbeamten haben das Recht, frei nach ihrem Willen zu wählen und sich auch bei der Agitation zu betätigen, selbstverständlich aber innerhalb der nationalen und staatlichen Verpflichtungen. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Zuruf: Nationalliberale Freiheit!) — Redner tritt dann für die Schaffung eines Postbeirates, für die Verbilligung des Weltpostportos und für Postsparkassen ein.

Präsident Kaempf: Ich habe dem Hause eine schmerzliche Mitteilung zu machen. (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.) Vor wenigen Minuten hat uns die Trauerbotschaft erreicht von dem Ableben des Abgeordneten dieses Hauses, des Abg. Albert Traeger, der seit 1874 ununterbrochen dem Reichstag angehört hat. In diesem Augenblick steht vor unserem geistigen Auge das Bild dieses aufrechten Mitbürgers auf, der noch vor wenigen Wochen trotz seiner 82 Jahre die Verhandlungen dieses Hauses in jugendlicher Frische geleitet hat. Dem Andenken an den verehrten Mann, der — ich glaube, in Aller unser Sinne zu sprechen — wohl politische Gegner, niemals aber einen persönlichen Feind gehabt hat, bringen wir unsere Huldigung dar, indem wir uns von den Plätzen erheben. In der Ehrung des Dahingeschiedenen werde ich mir gestatten, im Namen des Reichstages einen Kranz als äußeres Zeichen des Andenkens niederzulegen.

Abg. Mirl (Vp.) tritt für die Beseitigung gerechter Mißstimmigkeiten im Postpersonal, vor allem für Gewährung des Briefgeheimnisses ein, sowie für Errichtung des Reichspostmuseums. Bei Wollendeckenbestellungen sollte man dem Publikum einen Empfangschein aushändigen, manche z. B. 10 000 und mehr 5-Pf.-Marken zu liefern. Mit der Verteuerung der Konsumartikel wird vielfach Mißbrauch getrieben. Aber geradezu ein Unrecht ist es, wenn im Namen einer Landesfürstin, der neben seiner repräsentativen auch eine industrielle Tätigkeit treibt (Heiterkeit), politische Briefe portofrei als dienstliche Angelegenheiten versandt werden. (Widerspruch links.) Redner legt entsprechende Beweisstücke auf den Tisch des Hauses nieder.

Staatssekretär Kraetke: Ich werde diesen Fällen nachgehen, sollten sie sich so ereignet haben, wie vorgetragen, so entspräche dies nicht dem, was ich wünsche. Um größere Verwendbarkeit des Briefportos im Weltpostverkehr machen wir uns bemühen. Es ist jetzt eine Maschine erfunden, die zugleich mit dem Stempel die Marken für Drucksachen aufklebt und die Briefe sortiert. Es wird also viel Arbeit gespart werden. Einer Verkürzung der Arbeitsstunden in ländlichen Postämtern und Agenturen soll nach Möglichkeit nachgegangen werden. Herr Mirl sagte, es seien Beamte verletzt worden, weil über politische Tätigkeit gewisser Kreise nicht gesprochen war. Das ist eine schwere Beleidigung der Postverwaltung, und ich bitte doch, die Fälle näher zu bezeichnen. Der Abgeordnete Beck sprach von einem Beschlusse der Reichsregierung gegen die Beamten. Gegen Maßregelungen von Beamten wird eingeschritten; aber ein allgemeiner Beschluß besteht nicht.

Abg. Dr. Schlüter (Zentr.) führt Beschwerde über Nichtbestellung von Briefen und Postkarten mit teilweise polnischer Aufschrift. So ging eine Karte aus Freiburg an die „Magyar Nemzeti", Klausenburg, nach Russisch-Polen und von da als unbestellbar nach Kuxerite zurück. Bei heutigen Verhältnissen bekommen ist die Welt sehr findig. So wurde eine Karte an den Hund Waldi, Wien, Wallfischgasse 15 I richtig bestellt. Wie die Post auf den Hund gekommen ist (Heiterkeit), weiß ich nicht. Es zeigt sich auch, daß manche Postbeamte sich als Zensurbehörde fühlen. So wurde eine Postkarte mit einer intimen Bemerkung über den Inhalt dem Aufgeber als „unzulässig" zurückgegeben. (Lebh. Hört! b. d. Soz.) Kontrolliert werden die Unterbeamten in ganz unerhörter Weise bei den Wahlen, sowohl bei den öffentlichen wie auch bei den geheimen. Die Chauffeure gelangen fast ganz unbehelligt, man sagt, sie sind wegen des schwierigen Standes in den politischen Vorgängen unbeteiligt. Das ist ganz falsch, denn gerade das politische Publikum macht den Beamten am meisten Schwierigkeiten. Der Anfang hat nur eine politische Tendenz, wir werden deshalb für ihre Streichung stimmen. (Wiederholt b. d. Soz.)

Abg. Freiherr von Stumm (Rp.): Die Gesamtkosten haben sich auf die Anfrage einzurichten und müssen bei dem Budget jetzt angestellt werden. Gelegentlich wurden mitgeteilt, daß die Beamtenvereinigungen, auch die politischen, dazu. Es gewerkschaftlich politische Motive für die Anfragen vorgelegen haben, aber es kann dann nicht die Rede sein. Die Geschäftsordnung soll geändert werden, daß Anträge zum Etat in der Budgetkommission besprochen werden. Wir beantragen, alle Anfragen der Budgetkommission zur Berichterstattung zu überweisen, damit ihre Konsequenzen für andere Etats geprüft werden.

Staatssekretär Kraetke: Wir haben sollen doch bedenken, daß die Eisenbahnanfragen den kleinen Beamten schon seit Jahren gemacht werden, daß ihre Beziehung daher ein großes Unrecht wäre.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Vorher: Staatsnotgesetz und Handelsvertrag mit Italien.

Schluß 7½ Uhr.

Westfälischer Schnupftabak stets frisch, bei Moritz Gabriel Große Zwingerstr. 9 Ecke Wettinerstraße und Grunaer Straße 6.

Schönheit verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz, weiße, sammetweiche Haut und ein reiner, zarter, schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife, Stück 50 Pf., ferner macht der Tada-Cream rote und rissige Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf. bei Hermann u. Co., König-Johann-Str. Hermann Boeh, Altmarkt 5. Heinrich v. Zeeh, Marienstr. 12. P. Vogt, Hofl., Pfotenhauerstr. 35. G. Klepperbein, Frauenstr. 9. Künzelmann, Am See 55, Neustädter Markt u. Schössergasse 3. Max Kartig, Rosenstr. 24. Baumann, König-Johann-Str. 9. Teichmann, Striesener Str. 24.

20 Teppiche mit kleinen Webfehlern, großer Posten Gardinen-Reste, 100 Kamelhaar-Decken und 100 Schlaf-Decken 35% unter Preis. Starer Wilsdruffer Str. 29, 1. Etage. Kein Laden.

Immalin-Schuhcreme die Weltmarke. Dünn wie ein Hauch aufgetragen, unübertreffliche Wirkung. Dadurch sparsamster Verbrauch. Besichtigen Sie unsere in den meisten Geschäften ausgestellten Gratis-Polierbürsten wertvoll, einzig, praktisch. Verbraucher von Immalin erhalten diese elegante Bürste gegen gesammelte 12 rote oder 20 grüne Gutscheine von darauf vermerkter Ausgabestelle gratis und franko. (Immalin-Dosen ohne Gutscheine weise man zurück.) Alleinige Fabrikanten: Chem. Fabrik Eisendrath, G. m. b. H., Mettmann.

Gute, mehlreiche Speise-Kartoffeln sind eingetroffen Bahnhof Weißig-Göhlau, im Mühlengeschäft.

Große Auswahl in Steppdecken Maschinen- und Handarbeit von 4.90 M. an Kupfermann Dresden-A. Pillnitzer Str. 14, 1. Etage. Kein Laden.

Brautleute kaufen Möbel solid und billig im Cottaer Möbelhaus Cossebauder Straße gegenüber d. neuen Schule. Eigene Werkstatt. Hermann Störzel.

Sommerüberzieher, Ulster, Anzüge verkauft bill. Gebler, Schneidermeister, Dreßgasse 8, 1.

H.-Rad m. Frl., w. neu, f. 25 M. zu vk. Oppellstr. 19, I. r.

Kreideiniw., Farben, Lacke, Pinsel, Bürst., Bronzen, Schablonen, Leim, Spiritus., Likäre, Zigarren, St. 2½, 3½ (Spezial. 4 Pf. [illegible] Spitze), 5, 6, 8, 10 Pf. Verl. Hüte, s. Hundert. Bierkreiniw., 50, 150. Apfeliw., 45. Heidelbeerw., 60 Pf. Tische Kochen (Wasser), auf Hochglanz, Farbe streichf. Kost, Teuben, Grüdnstr. 23.

Spülkanne Frauenschutz! Mutterspritzen, Pessarien sowie ähnl. Frauenartikel. Preisliste gratis. 10% Rabatt. Alex F. Freisleben Freiberger Platz 8. Man achte auf Firma!

Damen- u. Kinderhüte garniert und ungarniert, in großer Auswahl, sowie sämtl. Putzartikel z. Hutkarniren billigst. Umarbeitung in allen modernen Formen. Olga Schubert, Pulschappel, Schulstraße 5, part.

Gardinen-Reste 1–3 Fenster, und einzelne Etores, abgepaßte Bettgarn u. Bettzeug-Reste 30 Proz. billiger. Starer Wilsdruffer Str. 29, 1. Etage. Kein Laden.

Gewerbsmäßige Reparaturen! Uhren aller Art in gut, billigst repariert. Neue Uhren empfiehlt billig m. Garantie der Fabrikmarke. Max Richter, Annenstr. 2, 1.

Herren welche Wert auf elegante und gute Kleidung legen, bietet sich Gelegenheit in der Reinigungs-Anstalt Schloßstraße 4, 1. mit neuer, lange von Herrschaften sehr geschätzter Kleidung zu versehen. Hab-Anzüge 10, 15, 20 M. usw. Wall-Paletots 8, 12, 15 M. usw. Der besondere Vorzug unserer Reparaturen besteht darin, daß dieselben nur chemisch gereinigt zum Verkauf gelangen. Reinigungs-Anstalt Schloßstraße 4, 1. neben Café Central.

Frauen gebrauchen bei Störungen Perioden-Pulver Schachtel 2.50 M. Preisliste gratis. Alle hygienischen Gebrauchsartikel Mutterspritzen, Gummiwaren usw. E. Pietzsch, Dresden Jahnsgasse 7.

Man verlangt jetzt nur Bier der Genossenschafts-Brauerei G. G. m. b. H. Niederpoyritz in Niederpoyritzer Genossenschafts-Böhmisch — H. Lager — Einfach, hell und dunkel. Der das verlangt und gut bekommt.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

67. Sitzung vom 26. März, vorm. 11¼ Uhr.

(Fortsetzung.)

Darauf wird in die Schlußberatung über den Bericht der Gesetzgebungsdeputation über den

Gesetzentwurf auf Aenderung und Ergänzung der Revidierten Landgemeindeordnung

eingetreten.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Kaiser (natl.) verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und bemerkt dazu, daß das Dekret in der Deputation große Enttäuschung hervorgerufen habe. Es sei auch sicher, daß der Deputationsbericht vielfach enttäuschen werde. Erwartet werde, daß die Revision der Landgemeindeordnung nicht die Revision der anderen Verwaltungsgesetze verzögern werde. In der Deputation sei die Meinung für Aufhebung der exemten Güter gewesen, trotzdem habe man von einem solchen Beschluß abgesehen, weil man beabsichtige, nicht über den Rahmen der Abänderung der Landgemeindeordnung hinauszugehen. Nach zweierlei Richtungen bringe der Deputationsbericht wirklich etwas Gutes, einmal gebe er den größeren Landgemeinden mehr Bewegungsfreiheit, und dann sei den Wünschen der Industrie in weitgehender Weise entgegengekommen.

Abg. **Greulich** (kons.) schließt sich als Mitberichterstatter den Ausführungen des Vorredners an, bemerkt aber noch, daß eine Minderheit sich gegen die Aufhebung der exemten Güter ausgesprochen hat.

Abg. **Kleinhempel** (natl.): Das wäre es lieber gewesen, wenn man noch mehr erreichen hatte können. Die Deputation treffe aber keine Schuld. Bedauerlich sei es, daß sich bezüglich der Ausgestaltung der Anstellungsverhältnisse der Gemeindevorstände, die oft geradezu traurig lägen, nicht viel hat erreichen lassen.

Abg. **Nitzsche** (Soz.): Der Berichterstatter hat mit Bemerkungen begonnen, die wir eine allgemeine Entschuldigung fragen, daß der Bericht der Deputation nicht mehr bringt, als es tatsächlich der Fall ist. Was uns hier vorgelegt wird, ist allerdings kläglich. Wenn der Berichterstatter hinzugefügt hat, daß voraussichtlich mehr erreicht worden wäre, wenn gleichzeitig auch eine Revision der anderen Organisationsgesetze erfolgt wäre, so erscheint das doch mehr als fraglich. Trotzdem die Deputation in ihrer Aufgabe sehr beschränkt war, hat sie sich doch nicht abhalten lassen, wesentliche Verschlechterungen für die große Masse der Gemeindebevölkerung durchzuführen. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Zweiten Kammer sollte man annehmen, daß ganz wesentliche Fortschritte zu erzielen gewesen wären. Vergleicht man aber die Regierungsvorlage mit dem Bericht der Gesetzgebungsdeputation, so ergibt sich, daß nur kleine Fortschritte in einzelnen Fällen erzielt worden sind, die aber durch einschneidende Verschlechterungen, die die Deputation eingeführt hat und die sicherlich auch von der Mehrheit der Kammer angenommen werden dürften, wieder mehr als aufgehoben werden. Die Anregung zu einer Revision der Landgemeindeordnung ist von den Bürgermeistern und Gemeindevorständen ausgegangen. Eine Anzahl der von diesen geäußerten Wünsche ist nun wohl erfüllt worden, ein Teil davon waren aber solche, die schon einen reaktionären Anstrich hatten. Die großen Landgemeinden haben zwar eine größere Selbständigkeit erhalten, aber nur unter der Bedingung, daß das Wahlrecht der Unansässigen durch Klassenscheidung verschlechtert wird. Die Rechte und Machtbefugnisse der Gemeindevorstände sind zwar erweitert worden, dafür hat man aber den Einfluß der Einwohnerschaft auf die Gemeindevertretung und damit auf die Gemeindepolitik selbst eingeschränkt. Hätte man den Einfluß der Einwohnerschaft auf die Gemeindeverwaltung sicherstellen wollen, so hätte man zu einer Erweiterung des Gemeindewahlrechts kommen müssen. Eine Gemeindeautonomie muß getragen sein vom Willen der Gesamteinwohnerschaft. Die Gemeindeautonomie darf nicht eingeschränkt werden durch willkürliche Maßnahmen der Gemeindevorstände und der Aufsichtsbehörden. Unsere Forderungen, die wir an eine Gemeindeautonomie stellen, sind nicht erfüllt worden. Das Aufsichtsrecht besteht noch in der Form der Bevormundung, die Regierung behält sich auch vor, Dispens von den Bestimmungen der Landgemeindeordnung zu erteilen. Wenn man den Gemeindevorständen mehr Rechte einräumt, die sie in die Lage versetzen, noch mehr als bisher bureaukratisch und willkürlich vorzugehen, so ist das doch noch keine Erweiterung der Gemeindeautonomie. Will man letztere herstellen, müssen Einfluß und Rechte der Gemeindeglieder auf die Gemeindevertretung selbst erweitert werden. Davon sind wir aber weiter denn je entfernt. Man will lediglich dem Gemeindevorstand und der besitzenden Klasse die Herrschaft sichern, indem man Wahlrechtsverkürzungen und Wahlrechtsverschlechterungen einführt, wie sie in der Vorlage vorgesehen sind. Man will zwar den Einfluß der Hausbesitzer etwas beschneiden, auf der anderen Seite hat man aber auch die Unansässigen in Klassen geteilt, um auf diese Weise den Interessen der Besitzenden besser dienen zu können. Man hat es hier mit einer Beschneidung der Interessen der ärmeren Einwohner und der Mehrzahl der Einwohnerschaft zugunsten einer kleinen Gruppe der Besitzenden zu tun. Die Unansässigen sollen durch das Gesetz in Klassen geteilt werden. Bisher war dies nicht der Fall, wenn auch schon jetzt durch Dispensation die Möglichkeit der Klassenscheidung der Unansässigen durchgeführt werden konnte. Die gesetzliche Einführung der Klassenscheidung der Unansässigen ist deshalb zweifellos eine arge Beschneidung des allgemeinen Wahlrechts. Die Möglichkeit der allgemeinen Wahl der Gemeindevertretung wird ebenfalls beseitigt, die hierauf bezügliche Bestimmung wird aufgehoben und es muß künftig klassenweise gewählt werden. Man hat jetzt gesetzlich die Klassenwahlen vorgeschrieben, um die Interessen der Besitzenden noch mehr zu sichern, als es bisher schon der Fall war.

Weiter wird den Vertretern der gewerblichen Großbetriebe das Recht eingeräumt, ohne weiteres in die Gemeindevertretung als Gemeindevertreter einzutreten. Das ist eine unerhörte Vergewaltigung an die Industriemagnaten und verstößt gegen die bisher geltenden Grundsätze, die für die Zusammensetzung des Gemeinderats maßgebend waren. Sobald ein solcher Unternehmer und dessen Angestellte und Arbeiter zusammen mehr als ein Drittel der gesamten Gemeindeanlagen aufbringen, steht dem Unternehmer oder einem Vertreter desselben Sitz und Stimme im Gemeinderate zu. Das Vorrecht, das hier dem Industriellen eingeräumt wird, wird also von Steuerleistungen abhängig gemacht, die dem betreffenden Unternehmer gar nichts angehen. Wie kommt man dazu, dem Großkapitalisten Rechte zu verleihen, die auf die Steuerleistungen seiner Angestellten und Arbeiter beruhen? Das ist eine Ungeheuerlichkeit. Der Mann geht auf Grund seiner eigenen Selbstherrlichkeit, die er als Industrieboron ausübt, in den Gemeinderat und spielt dort den Gemeindevertreter. Dabei hat ein solcher Mann schon ohnehin in der Gemeinde einen großen Einfluß. Wenn er nun gar auf Grund eigener Befugnis in die Gemeindevertretung eingeht und dieser aufoktroyiert wird, so bildet er einfach den Drahtzieher, dem alle andern willenlos folgen, weil die anderen Mitglieder der Gemeindevertretung zum großen Teil von ihm wirtschaftlich abhängig sind. Es liegt nun auf der Hand, daß die große Gefahr besteht, daß die Beschlüsse, die von der Gemeindevertretung gefaßt werden, nicht von der Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit geleitet sind, sondern sich nach den Wahlrücksichten der Großindustrie des Ortes bezw. ihrer Vertreter richten. Ein solcher Unternehmer kann dann eine Steuerpolitik treiben, die ihn wenig trifft, und dafür alle Lasten der Gemeinde soviel als nur irgend möglich den übrigen Einwohnern zuschiebt. Wird deshalb § 30, Abs. 2 des Entwurfs Gesetz, so wird das Interesse der Allgemeinheit geopfert dem Sonderinteresse einzelner Industrieherren. Wir lehnen deshalb diesen Paragraphen ab und beantragen insoweit namentliche Abstimmung.

Neben der Industrie will man auch den Forensern eine Extrawurst geben, man will ihnen das Wahlrecht und die Wählbarkeit verleihen, obgleich diese Leute gar nicht in der Gemeinde wohnen; sie sollen wählen dürfen, nur weil sie in der Gemeinde Grundbesitz haben. Auf der anderen Seite läßt man dagegen die Unansässigen zwei Jahre lang warten, ehe sie wählbar sind und wählen dürfen. Solche Forenser haben an der Entwicklung der Gemeinde aber gar kein Interesse, und haben sie doch ein solches, so ist es ein rein persönliches. Wenn man nun einwendet, daß die Gemeinde einen solchen Forenser ja nicht in die Gemeindevertretung zu berufen braucht, so vergißt man, daß, je reicher ein Grundstücksspekulant ist und jemehr Land er hat, es ihm um so leichter fällt, eine Anzahl Mitglieder der Gemeindevertretung zu bestimmen, für seine Berufung einzutreten. Wir werden also auch gegen diese Bestimmung stimmen. Das alles aber zeigt, daß man hier wahllos Rechte verliehen hat, selbst dort, wo die Interessen der Gemeinden dagegen sprachen, während man auf der anderen Seite der großen Masse der Einwohnerschaft, die naturgemäß das größte Interesse an der Erfüllung der Gemeindeaufgaben hat, ihre Rechte beschneidet.

Mit der Vorlage hat man den größeren Landgemeinden mehr Rechte einräumen wollen. Durch die Klasseneinteilung der Unansässigen wird aber die Anregung zu Wahlrechtsverstümmelungen gegeben. Von einer fortschrittlichen Kommunalpolitik kann keine Rede mehr sein, wenn das Gesetz Wahlrechtsverstümmelungen und damit die Entrechtung der breiten Masse nicht bloß anregt, sondern sogar in ungemessenem Grade zuläßt und ermöglicht. Gegenüber diesen einschneidenden Verschlechterungen können die kleinen Verbesserungen, die die Vorlage bringt, kaum groß in Betracht kommen. Damit können wir uns selbstverständlich nicht einverstanden erklären, wir fordern Sicherung des Gemeindewahlrechts nach dem Vorbilde des Reichstagswahlrechts. Der Wille der Mehrheit der Einwohner soll für die Gemeindepolitik und Zusammensetzung des Gemeinderats maßgebend sein. Demgemäß werden wir noch unsere Anträge stellen. Betrachtet man sich die Vorlage im ganzen, so ergibt sich, daß der Grundsatz der klassenstaatlichen Gemeindepolitik, der schon bisher maßgebend war, auch künftig in den Gemeindevertretungen aufrechterhalten werden soll. Der Gemeinderat soll ausschließlich nur die Vertretung der Steuerinteressenten sein. Das ist der Grundgedanke der bürgerlichen Gemeindepolitik. Diese Art von Gemeindepolitik muß zu einem ganz engherzigen Klassenstandpunkt führen. Wir aber sind der Meinung, daß das Hauptgewicht auf die notwendigen Gemeindeaufgaben gelegt werden muß, an deren Erfüllung doch auch der Staat ein großes Interesse hat, und nicht auf das Interesse der Steuerzahler. Wer die Gemeindevertretung zu einer Vertretung der Steuerinteressenten macht, darf sich nicht beklagen, wenn in der Gemeinde die engherzigste Gemeindepolitik getrieben wird. Wir protestieren deshalb aufs schärfste, daß man Verschlechterungen schlimmster Art einführen will und lehnen die ganze Vorlage ab. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Schönfeld** (kons.) meint, es wäre richtiger gewesen, wenn sämtliche Organisationsgesetze gleichzeitig einer Revision unterworfen worden wären, als daß man ein einziges Gesetz herausgriff. Redner spricht im allgemeinen seine Zustimmung zu dem Entwurf aus und bemerkt u. a., daß die Arbeiter gar nicht nötig hätten, in der Gemeinde vertreten zu sein, es gäbe schon genug Gesetze, die für sie hinreichend sorgten.

Abg. **Brebauf** (Fortschr. Volksp.) ist nicht einverstanden mit der Regelung des § 30, der die Wahlrechtsfrage betrifft. Der § 30 ist für uns unannehmbar, weil wir Gegner jeder Klassenwahl sind. Wir sind auch prinzipielle Gegner von Privilegien, wie sie hier geschaffen werden sollen. Wir lehnen also den § 30 ab, halten aber die hier zur Einführung gebrachte Verschlechterung angesichts der Verbesserungen, die das Gesetz in anderer Beziehung bringt, nicht für erheblich genug, daß wir unsere Zustimmung zum Gesamtdekret davon abhängig machen. Wir setzen unsere Hoffnung auf eine spätere Regelung der Verwaltungsgesetze.

Inzwischen ist eine Anzahl Anträge eingegangen. So fordert ein Antrag Uhlig (Soz.), dem § 30 folgende Fassung zu geben:

Die Gemeindevertreter werden durch allgemeine Wahl gewählt. Teilung der Gemeindevertreter und der Wähler in Klassen nach den Besitzverhältnissen, nach Berufsklassen oder anderen Merkmalen ist unzulässig. In bezug auf die Stimmberechtigung und Wählbarkeit finden die Bestimmungen des Reichstagswahlrechtes mit der Maßgabe Anwendung, daß weibliche Personen in dem gleichen Maße wie männliche stimmberechtigt und wählbar sind und die Verteilung der Gemeindevertretersitze nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems erfolgt. Für das Wahlverfahren gelten die Bestimmungen des Reglements für die Reichstagswahlen (Kuvertwahl usw.).

Weiter liegen noch zu verschiedenen einzelnen Paragraphen des Gesetzes Zusatz- und Abänderungsanträge vor, die die äußerste Linke gestellt hat.

Abg. **Nitzsche** (natl.): Die großen Landgemeinden stehen auf dem Standpunkt, daß wegen der wenigen Aenderungen, die eintreten, eine Neubearbeitung des Gesetzes nicht nötig gewesen wäre. Wesentliche Vorteile sind für sie auch nicht herausgesprungen. Es ist nicht nur Aufgabe der Regierung, für die Großen und Mächtigen einzutreten, sondern sich auch der Kleinen anzunehmen.

Abg. **Hermann** (kons.) meint, dem Antrage Uhlig, daß die Gemeindevertreterwahlen am Sonntage zu erfolgen haben, dann entgegenkommen zu können, wenn er dahin formuliert würde: die Wahlen können an einem Sonntage vorgenommen werden.

Abg. **Barth** (kons.) äußert sich im Sinne der Ausführungen seines Fraktionskollegen Schönfeld.

Abg. **Uhlig** (Soz.) polemisiert zunächst gegen den Abg. Schönfeld. Wenn jetzt verschiedene Gesetze bestehen, die die Arbeiter in der einen oder anderen Richtung schützen, so muß hervorgehoben werden, daß diese Gesetze erst durch die Vertretungen geschaffen wurden, die sich die Arbeiterschaft in den verschiedensten Parlamenten und Körperschaften schuf. Redner bekämpft dann ebenfalls mit Entschiedenheit die Vorlage. Solange die Klasseneinteilung bestehen bleibt, solle daran nicht gerüttelt werden, daß der äußerst bescheidene Einfluß, den bisher die Arbeiterschaft in den Gemeindevertretungen auszuüben vermochte, noch mehr beschränkt wird. Man will die Armen wegen ihrer Armut ausschließen. Die besitzlosen Klassen besitzen dabei mehr Idealismus und Gemeinsinn als die besitzenden Klassen. Charakteristisch ist aber, daß unter der Mitwirkung des Liberalismus den Industriellen ein Privileg gegeben werden soll, das zwar modern ist, aber auch nicht brutaler sein kann. (Sehr richtig! bei den Natl.) Die Arbeiter geben dem Unternehmen erst ihre Bedeutung, selbst der Teil der Steuerleistungen, den der Unternehmer trägt, ist von der Arbeiterschaft erarbeitet. Man schafft hier ein neues Feudalsystem, das besonders durch die Klasseneinteilung der Unansässigen zur Wirkung kommen wird. Die Folge der Teilung der Unansässigen in zwei Klassen wird sein, daß neben einigen Arbeitern auch eine Anzahl kaufmännischer Beamter, die von dem Unternehmer abhängig ist, in den Gemeinderat hineinkommt. Wir sehen dann in der Gemeindevertretung den ausgesprochensten Industriefeudalismus verkörpert. Redner begründet hierauf die sozialdemokratischen Anträge.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird über die einzelnen Paragraphen abgestimmt. Vor der Abstimmung über § 30 erklärt

Minister Graf **Vitzthum**, daß der von der Sozialdemokratie zu § 30 gestellte Antrag für die Regierung unannehmbar sei.

Abg. **Günther** (Fortschr. Volksp.): Der Antrag der Sozialdemokratie fordert auch die Einführung des Frauenwahlrechts und geht damit sogar über das Reichstagswahlrecht hinaus. Aus diesem Grunde werden wir gegen den Antrag stimmen.

Abg. Dr. **Schanz** (kons.) ersucht um Ablehnung des Antrages Uhlig.

Der Berichterstatter Abg. Dr. **Kaiser** (natl.) behauptet, das Bestreben der Deputation sei gerade darauf gerichtet gewesen, nicht die Herrschaft einer einzelnen Klasse auf die Dauer zu etablieren, sei es nun die Herrschaft der breiten Masse oder einzelner Besitzender. (Sehr richtig! bei den Natl.) Der Gemeinderat soll ein getreues Spiegelbild der Zusammensetzung der Einwohnerschaft sein. (Beifall. Zurufe bei den Soz.) Deshalb sei die Deputation bemüht gewesen, die Vereinigung von Zahl und deren Bedeutung zum Ausdruck zu bringen. Redner versucht dann noch darzulegen, daß die Behauptungen von einer einseitigen Vertretung der Industrieinteressen nicht den Tatsachen entsprächen.

Der Antrag Uhlig wird sodann von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Ueber § 30, Absatz 3 — Einräumung einer Vertretung im Gemeinderat an industrielle Unternehmungen — wird auf Antrag der äußersten Linken namentlich abgestimmt. Die Bestimmung wird mit 43 Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen gegen 34 Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und der beiden liberalen Abgg. Merkel und Langhammer angenommen. — Hierauf gelangt der ganze § 30 gegen 36 Stimmen zur Annahme; der Minderheit hatten sich noch die konservativen Abgg. Schönfeld und Barth angeschlossen.

Abg. **Nitzsche** (Soz.) hatte zu § 30 Absatz 3 folgenden Zusatzantrag gestellt:

Die Kammer wolle für den Fall der Annahme des § 30 beschließen, dem Absatz 3 folgenden Passus anzufügen: Die Vertreter der gewerblichen Niederlassungen haben nur beratende Stimme.

Dieser Zusatzantrag wird jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinniger abgelehnt.

§ 33 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Zu § 36 liegt wieder ein Antrag Nitzsche (Soz.) vor, des Inhalts, dem § 36 folgende Fassung zu geben:

Das Stimmrecht ist in Person auszuüben. Niemand darf in einer Gemeinde das Stimmrecht mehrfach ausüben.

Nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller wird jetzt der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt.

Bei § 37 beantragt Abg. Uhlig (Soz.), den letzten Satz, „Durch Ortsgesetz kann ansässigen Gemeindemitgliedern, die in Gemeindebezirke nicht wesentlich wohnhaft sind (sogenannte Forenser), die Wählbarkeit eingeräumt werden", zu streichen. Für auch dieser Antrag wird mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Sehr lebhafte Debatten entfesselt der Zusatzantrag des Abg. Nitzsche (Soz.) zu § 44:

Die Wahlen haben an einem Sonntage stattzufinden.

Abg. Nitzsche (Soz.) begründet kurz den Antrag, für den auch Vizepräsident Fräßdorf eintritt.

Die Abgg. Dr. Schanz (kons.) und Heitmer (natl.) bekämpfen den Antrag. Man solle die Sache den zuständigen Behörden überlassen, die jetzt schon die Wahl auf einen Sonntag festsetzen könnten.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Volksp.) sagt, nach den jetzt geltenden Bestimmungen sei es unmöglich, die Wahl auf einen Sonntag anzuberaumen.

Abg. Langhammer (ntl.) tritt mit Rücksicht auf die wohltätige Wirkung für die Wahl am Sonntage ein.

Abg. Günther (Fortschr. Volksp.) stimmt dem Antrage Nitzsche zu.

Abg. Uhlig (Soz.) bemerkt, daß schon Fälle vorgekommen seien, in denen die Aufsichtsbehörde die Festsetzung der Wahl auf einen Sonntag verboten habe. Die Freiheit, die der Abg. Dr. Schanz wolle, wenn es freistände, welcher Tag für die Wahl ausersehen werde, werde zu einer Unfreiheit für das Wahlverfahren führen. (Lebh. Sehr richtig! links.)

Minister Graf Vitzthum: Die Wahl am Sonntag ist schon jetzt zugelassen. Ein Verbot, am Sonntag die Wahl stattfinden zu lassen, würde unzulässig sein.

Hierauf wird der Antrag Nitzsche abgelehnt, wieder mit den Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen.

Zu § 80d Absatz 2 stellt

Abg. Uhlig (Soz.) den Antrag, die Strafbefugnis des Gemeinderats über Mitglieder und Zuhörer zu streichen. Zur Begründung führt der Antragsteller aus, daß der Bestimmung zweifellos die Absicht verbunden sei, eine einzelne Obstruktion lahmzulegen. Es sei eines Mitgliedes einer Gemeindevertretung auch unwürdig, sich unter eine solche Strafbefugnis des Gemeindevorstandes zu stellen.

Abg. Dr. Schanz (kons.) verteidigt die Bestimmung, die er notwendig sei. (Zurufe links: Freiheit! Darauf Große Heiterkeit.)

Präsident Dr. Vogel: Während der Ausführungen des Redners ist der Zwischenruf: Polizeidscha! gefallen. Ich nehme an, daß der Zwischenruf nicht einem Mitgliede dieses Hauses gegolten hat. (Heiterkeit.)

Abg. Fleißner (Soz.): Wer hat denn das geklatscht? (Große Heiterkeit.)

Der Antrag Uhlig wird schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinniger abgelehnt.

Die übrigen Paragraphen werden debattelos angenommen, worauf das ganze Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme gelangt.

Weiter liegt noch ein Antrag des Abg. Kleinhempel (natl.) vor, daß bei Ergänzungswahlen innerhalb eines Jahres noch die alten Wählerlisten benutzt werden dürfen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Dafür stimmen auch die Sozialdemokraten, da er gegenüber dem bisherigen Zustande eine Verbesserung bedeutet. — Die zu dem Dekret vorliegenden Petitionen bleiben, soweit sie nicht durch die bereits gefaßten Beschlüsse erledigt sind, auf sich beruhen.

Nächste Sitzung: Mittwoch vorm. 11½ Uhr. Tagesordnung: Eisenbahn-Petitionen und das Dekret über die Wertzuwachssteuer.

Victoria-Salon
Waisenhausstrasse 26.
Große erstklassige Varieté-Vorstellung.
Sehr abwechslungsreiches Programm!
Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.
Im Tunnel: Von 7½ Uhr, Sonntags von 5 Uhr ab: Das brill. Hamburger Künstler-Ensemble.

Kavon-Seife / eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.
Preis pro Stück 20 Pf. — Jetzt überall erhältlich.